JOSEF MÄRZ:

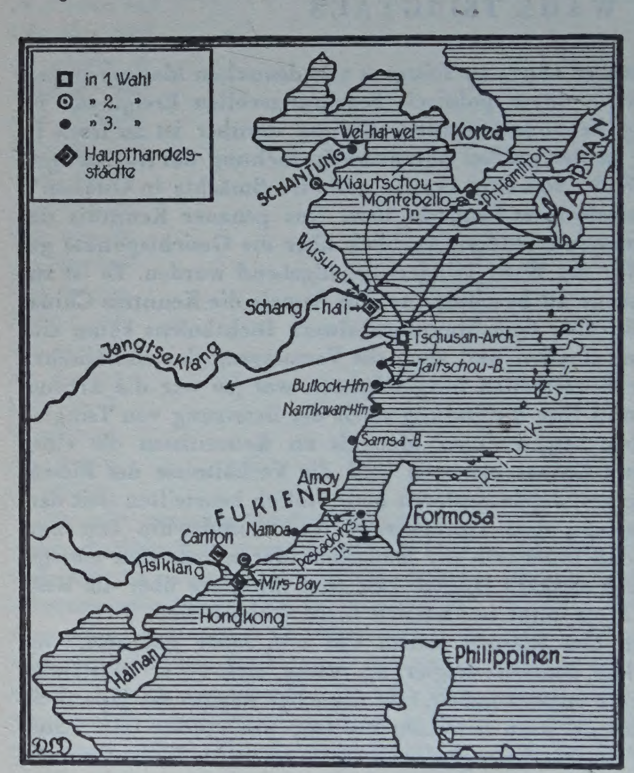
DIE WAHL TSINGTAUS

Vor 30 Jahren, am 14. November 1897, ist Tsingtau von deutschen Marinetruppen besetzt worden. Die Vorgeschichte dieses politisch bedeutungsvollen Ereignisses ist zusammenhängend noch wenig behandelt worden. Einiges darüber ist zu lesen in den Erinnerungen von Tirpitz, in der großen Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amtes, in dem vortrefflichen Werke von Otto Franke „Die Großmächte in Ostasien", in den Arbeiten des Hafenbautechnikers Franzius usw. Aus genauer Kenntnis der Unterlagen soll hier ein zusammenfassender Überblick über die Gesichtspunkte gegeben werden, die schließlich für die Wahl Tsingtaus maßgebend wurden. Es ist zur richtigen Beurteilung der Vorgänge zu beachten: 1. daß damals die Kenntnis Chinas noch sehr lückenhaft war, daß außer dem Monumentalwerk Richthofens kaum einwandfreie Quellen zur Verfügung standen und auch die Vermessung der chinesischen Küsten noch nicht bis in die Einzelheiten fortgeschritten war (so war die Arconabucht nicht bekannt gewesen und ihre Auffindung nach der Besetzung von Tsingtau eine Überraschung), 2. daß eben wegen dieses Mangels an Kenntnissen die europäischen Mächte eine Aufteilung Chinas erwogen und die Verhältnisse des Riesenreiches, das gerade den Krieg gegen Japan verloren hatte, falsch beurteilten (seit dem Beginn der Erschließung Ostasiens, dem Opiumkrieg, waren immerhin erst zwei Menschenalter verflossen!), 3. daß innerhalb der deutschen Marineinstanzen eine gewisse Rivalität herrschte und sich deshalb längere Zeit eine Einigung über die Wahl des Ortes für einen deutschen Stützpunkt in Ostasien nicht erzielen ließ.

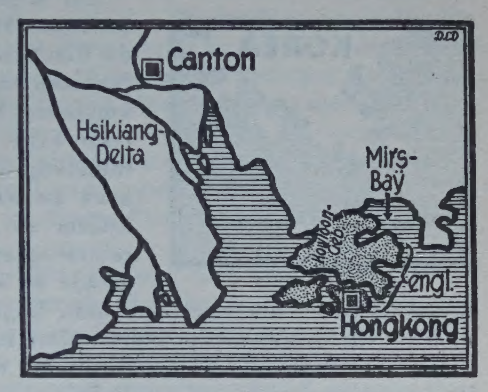
Die Verhandlungen zwischen den Ressorts haben fast $2\frac{1}{2}$ Jahre gedauert, vom März 1895 bis Herbst 1897. Die deutsche Regierung erwog, sich unter Umständen einer Intervention der Großmächte anzuschließen, falls diese den Beginn der japanisch-chinesischen Friedensverhandlungen dazu benützen wollten, um Punkte oder Landstriche Chinas in der Form von Entschädigungen in Besitz zu nehmen. Mitbestimmend war dabei die Erwägung, daß der deutsche Handel in Ostasien bereits an zweiter Stelle hinter dem englischen stand und zwar Rußland und Frankreich (Tongking), aber auch Holland (Insulinde), Spanien (Philippinen), Portugal (Macao), von England ganz abgesehen, Landbesitz in Ostasien aufzuweisen hatten, Deutschland dagegen nicht.

Erörterungen über eine solche Festsetzung in Ostasien hatten schon um das Jahr 1873 zwischen der damaligen Admiralität und dem Reichskanzleramt stattgefunden, blieben aber mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse ohne Erfolg. Vorgeschlagen wurde damals an erster Stelle (und zwar von dem Chinaforscher Richthofen) die Erwerbung der Tschusan-Inseln, an zweiter die der Mirs-Bay bei Hongkong, an dritter die der kleinen Insel Kulangseu bei Amoy (Schreibweise der weniger bekannten chinesischen Namen nach damaligem amtlichen Gebrauch; siehe Kartenskizze 1). Zu Beginn der Aktion von 1895 empfahl dann der damalige Gesandte in Peking ohne nähere Begründung die „Kiao-Tsou"-Bucht und die Pescadores-

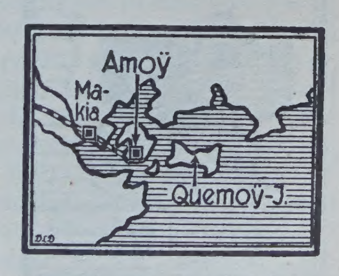
Inseln in der Formosa-Straße, die aber bald durch den Übergang an Japan aus dem Wettbewerb ausschieden. Aus dem gleichen Grunde mußte Formosa außer Betracht bleiben, das, nach dem Urteil der Marine, „zwar fruchtbar sei, aber zu wenig brauchbare Häfen besitze", und dessen Erwerbung und Festhaltung ohnehin unverhältnismäßig große Kraftaufwendungen notwendig gemacht hätte. Nach Ansicht der Marine kamen nur solche Plätze in Frage, die schon Handelsbeziehungen besaßen und bevölkert waren (die Entwicklung von Tsingtau, das darin ein Gegenstück zu Hongkong bildete, hat allerdings dann bewiesen, daß diese Voraussetzungen nicht unbedingt erfüllt sein mußten); die Frage der Verteidigungsfähigkeit komme erst in zweiter Linie in Betracht, wesentlich sei aber, daß das Gebiet unter die Landeshoheit und Gesetzgebung des deutschen Reiches zu treten habe, weil die Grunderwerbsfrage ohne die Möglichkeit der Enteignung sonst unlösbar sei. (Tatsächlich bildete Tsingtau während der chinesischen Revolution einen sicheren Zufluchtsort für chinesische Kaufleute und Würdenträger, weil das Gebiet unter die Oberhoheit einer Fremdmacht getreten war, und die Landgesetzgebung des Pachtgebietes war — was unbestritten blieb und ein Verdienst Schrameiers war — vorbildlich). Über die weiterhin noch genannten Plätze gab die Marine das Gutachten ab, daß die an sich brauchbare und geschützte Mirs-Bay zu nahe an Hongkong liege (siehe Kartenskizze 2), wodurch ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis begründet werden könnte (ein zweifellos richtiges Argument), daß der Ankerplatz der Insel Namoa (bei Futschou) sicher und günstiger gelegen sei, was auch für die guten Häfen der Tschusan-Inseln zutreffe, und daß der an sich geräumige Hafen von „Kyou-Chau" (Kiao-Tsou) von Dezember bis März nicht eisfrei sei; die Häfen westlich von Hongkong kämen nicht in Betracht. Zusammenfassend betrachtet, müßten als Anforderungen berücksichtigt werden: 1. da die in Ostasien stationierten Schiffe eine Wirksamkeit von Singapore bis Hakodate entfalten müßten (also über 3000 sm weit), seien zwei Stützpunkte notwendig: einer im Norden, einer im Süden; 2. der Hafen müsse geräumig, gegen Winde und Seegang nach allen Richtungen geschützt sein und genügend Gelände für Anlagen, Docks usw. bieten, 3. an einer der Hauptverkehrsstraßen gelegen, entwicklungsfähig sein und bereits einige wirtschaftliche



Bedeutung erworben haben, 4. ohne Schwierigkeit befestigt werden können — Inseln würden dabei vorzuziehen sein, aber auch Küstenplätze seien unter Umständen ebenso geeignet —; 5. vermieden werden müsse die Nähe von anderen Stationen, die im Besitze fremder Mächte seien. Wie aus der späteren geschichtlichen Entwicklung hervorgeht, haben sich nicht alle diese Forderungen erfüllen lassen. Am Schlusse ihres Gutachtens nannte die Marine die Punkte, die ihr am geeignetsten erschienen: an 1. Stelle die Tschusan-Inseln, wegen der Nähe der Jangtse-Mündung, und Amoy-Kulangseu, an 2. Kiautschou — als Ersatz für Tschusan — und die Mirs-Bay, an 3. die Pescadores und (neu in die Debatte geworfen) die Montebello-Inseln (Crichton Harbour) an der Südspitze Koreas, nahe der Inselgruppe von Port Hamilton, die England 1885 besetzt hatte, aber rasch wieder aufgab, angeblich wegen der schlechten nautischen Eigenschaften des Punktes, in Wahrheit wegen der scharfen Proteste Rußlands und Japans, die in diesem Vorstoß Englands bis in den Norden der ostasiatischen Gewässer eine Bedrohung erblickten; eine politische Lehre, die dazu führte, daß man auf deutscher Seite den Gedanken bald wieder verließ (siehe Kartenskizze 4).

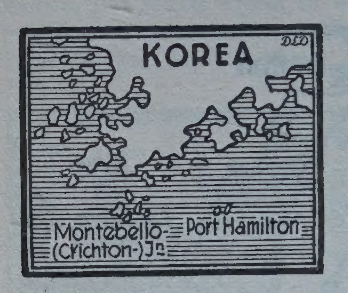


Die beiden an erster Stelle genannten Plätze waren allerdings aus politischen Gründen kaum zu haben. Auf die Tschusan-Inseln, die im Opiumkrieg und später noch einmal Basis des englischen Vorgehens gegen China gewesen sind, hatte sich England durch einen Vertrag von 1846 eine Sicherungshypothek eintragen lassen — China verpflichtete sich, die Gruppe gegebenenfalls an keine andere Macht als an England abzutreten —, und obwohl England von seinen Rechten späterhin keinen Gebrauch mehr machte, so war es doch sehr zweifelhaft, ob der Vertrag von 1846 durch spätere Friedensschlüsse überholt war, wie man an einigen Stellen der deutschen Marine anzunehmen geneigt war. Was ferner die Erwerbung von Amoy anbelangt, so hielt der langjährige deutsche Gesandte in Peking, Herr von Brandt, der die ostasiatischen Verhältnisse aus einem dreißigjährigen Aufenthalt gründlich kannte, die Schwierigkeiten für unüberwindlich, da Amoy einer der wichtigsten Vertragshäfen war. Kiautschou bot deshalb eher Aussicht auf Erfolg, weil hierbei nur mit China allein zu verhandeln war.



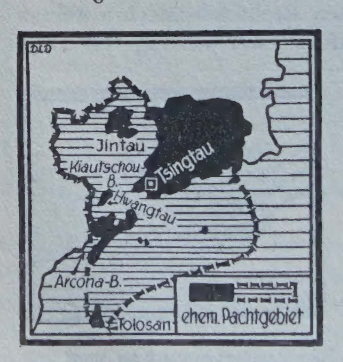
Im September 1895 hatten sich Auswärtiges Amt und Reichsmarineamt so weit geeinigt, daß der geringste Widerstand bei einer Erwerbung von Kiautschou zu erwarten sei. Andere Marinestellen, in erster Linie der Kommandeur der Ostasiendivision, legten aber viel Wert auf Amoy und suchten ihre Ansicht durchzusetzen. Kiautschou sei zu den Hauptverkehrswegen ungünstig gelegen — was im allgemeinen richtig war —, es sei nur in Verbindung mit einem zweiten im Süden gelegenen Punkt von Wert — was sich später als falsch herausstellte — und sein Hafen sei einige Monate nicht eisfrei — was ebenfalls durch die Tatsachen widerlegt wurde.

Außerdem könne man ja die auf dem Vertragshafen Amoy liegenden Pflichten mit übernehmen, wenn die Jurisdiktion der Vertragsmächte aufgehoben sei; militärisch sei gegen die Erwerbung eines Vertragshafens nichts einzuwenden, auch werde der Handel des Hafens unter Befestigungsmaßnahmen nicht leiden (eine Annahme, die sich am Beispiel von Tsingtau bestätigte).



Das Ergebnis einer Erkundung schien das Votum des Kommandeurs zu unterstützen. „Irene" untersuchte die Kiautschou-Bucht und fand sie ungeeignet, höchstens für einen vorübergehenden Versammlungsort in Betracht kommend. Das Hinterland könne sich zwar entwickeln, doch liege der Platz schon 360 sm von der Jangtsemündung und 160 vom Schantung-Vorgebirge ab, also auch zu weit vom Eingang zum Golf von Petschili. Zudem sei es gar nicht wünschenswert, einen rein militärischen und wirtschaftlich unentwickelten Punkt gerade an dieser Stelle zu besitzen, wo die einander widerstreitenden Interessen Rußlands, Englands und Japans sich im Kampf um Korea und um die Herrschaft im Gelben Meer zuzuspitzen drohten; auch seien endlich die wirklich fruchtbaren und an Mineralien reichen Landstriche der Provinz Schantung im Innern und nicht auf der Halbinsel gelegen.

Die Schiffe „Cormoran" und „Arcona" hatten zur gleichen Zeit die Samsah-Bucht und die Insel Namoa bei Swatau untersucht und als ungeeignet befunden. Weiter nach Süden wollte man nicht gehen, um nicht in die Einflußsphäre von Hongkong zu geraten. Man entschloß sich demgemäß, noch einmal Amoy sehr angelegentlich zu empfehlen und auf die der Stadtinsel vorgelagerte Insel Quemoy hinzuweisen (siehe Kartenskizze 3), falls politische Gründe der Erwerbung des Vertragshafens entgegenstehen sollten; für den Notfall wurde die Samsah-Bucht zur Wahl vorgeschlagen. Flüchtig untersucht wurden auch der Bullock-Hafen bei Wentschau und die Taitschau-Bucht, auf die der frühere Gesandte von Brandt aufmerksam gemacht hatte. Auch sie kamen nicht ernstlich in Frage, ebensowenig der Namkwan-Hafen nahe der Samsah-Bucht.



Kiautschou stand also in diesem Stadium der Angelegenheit noch ganz im Hintergrund und hatte, außer Richthofen, der aber in den Augen der Behörden Außenseiter war, kaum einen Freund. Immerhin ist es gerade Richthofen gewesen, der mit prophetischem Blick die spätere Entwicklung des zur Zeit seines Besuches (Ende der 60er Jahre) ganz unbedeutenden Küstenplatzes vorausahnte und ihm die Fähigkeit zuschrieb, Tschifu zu überflügeln, falls er dem Fremdhandel geöffnet würde.

Auf Wunsch des Kaisers wurde im Oktober 1895 die Frage untersucht, ob für den geplanten Zweck auch Wei-hai-wei an der Nordseite der Halbinsel Schantung geeignet sei. Wei-hai-wei ist bekanntlich drei Jahre später von den Engländern besetzt worden, die es solange behalten wollten, als Rußland im Besitz von Port Arthur sein werde, es aber auch nach 1905 nicht räumten und sich erst gelegentlich der Washingtoner Konferenz von 1922 dazu verstanden, ein Räumungsversprechen abzugeben. Besonders entwickelt hat sich der Platz unter englischer Herrschaft nicht; auch nach

Ansicht der deutschen Denkschrift von 1895 entsprach der Punkt nicht den Anforderungen, die gestellt werden mußten. Man kam mehr und mehr zu der Überzeugung, daß ein rein militärischer Stützpunkt zweifelhaften Wert haben würde, da seine Befestigung zu große Summen verschlingen müßte, ohne daß er dann im Kriege einen sicheren Zufluchtsort abgeben könnte, zumal die Entfernung von der Heimat sehr groß und die rückwärtige Verbindung nicht sichergestellt sei. Tatsächlich hat Tsingtau seinen militärischen Zweck insofern verfehlt, als das Ostasiengeschwader 1914 diese seine Basis verlassen mußte, um den Kreuzerkrieg zu führen; auch wurden wohl nur schwache Versuche gemacht, um eine Etappenlinie zwischen der Heimat und dem Fernen Osten zu schaffen, und die fremde, besonders die englische Presse, die Deutschland solche Absichten unterstellte (z. B. im Falle der Farisan-Inseln im Roten Meer, deren Wert in diesem beiderseits verkorkten Binnenmeer für die deutsche Flotte ohnehin äußerst problematisch gewesen wäre, und in dem anderen von Pulo Weh an der Nordspitze Sumatras), kann in diesem Punkte nicht als einwandfreie Quelle betrachtet werden.

Der Meinungskampf ging noch längere Zeit hin und her. Das Kommando der Kreuzerdivision vertrat den vernünftigen Standpunkt, daß man unmöglich einen wirtschaftlich unwichtigen Punkt zum Brennpunkt der deutschen Interessen stempeln könne, zumal die deutschen Bemühungen und Untersuchungen in Ostasien nicht unbemerkt geblieben waren und der dortigen englischen Presse Anlaß zu mehr oder weniger alarmierenden Artikeln gegeben hatten; es schlug vor, doch das deutsche Anrecht an einem zur Station geeigneten Vertragshafen so zu „heben", daß es für die Zukunft nicht angezweifelt werden könne und unter normalen Verhältnissen den sicheren Besitz eines Stützpunktes gewährleiste. Nicht das Bedürfnis der Flotte dürfe in den Vordergrund gerückt werden, sondern das Bedürfnis jener Interessen, deren Rückhalt die Flotte sein solle. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes schloß sich — es war inzwischen Mitte 1896 geworden — dem Standpunkt an, daß nur ein wirtschaftlich entwicklungsfähiger Platz Wert habe; sonst sei lieber auf die Verwirklichung des Planes zu verzichten.

Im Dezember 1896 trat die Kiautschou-Bucht wieder mehr in den Vordergrund, nachdem der Gesandte von Heyking gemeldet hatte, daß Rußland die Bucht, als in seine Interessensphäre fallend, beanspruche. Tatsächlich findet sich ein Passus, der eine Verpachtung auf 15 Jahre vorsieht, in dem russisch-chinesischen Geheimvertrag (Cassini-Vertrag), der später veröffentlicht wurde; auch hatten die Russen Tsingtau im Winter 1895/96 als Unterkunft benutzt. Es wurde dann im Dezember ein Sachverständiger, der Hafenbaudirektor Franzius, ausgesandt, mit dem Auftrag, Amoy, Kiautschou und die Samsah-Bucht auf ihre Eignung zu prüfen. In der Zwischenzeit hatte Tirpitz das Kommando der Kreuzerdivision übernommen und bei einer Zusammenkunft in Tschifu dem Gesandten von Heyking die Vorzüge der Kiautschou-Bucht gerühmt und die früheren ungünstigen Berichte über ihre Beschaffenheit als auf ungenügender Beobachtung beruhend bezeichnet. Auch wurden bereits Ende 1896 die nötigen Vorbereitungen für eine etwaige Besitzergreifung bis in die Einzelheiten besprochen. Tirpitz setzte sich auch in seinen Berichten sehr für Kiautschou ein, da er wie sein Vorgänger den Eindruck gewonnen hatte, daß der Erwerbung der Tschusan-Inseln kaum zu überwindende Widerstände von der Seite Englands gegenüberstehen würden. Wesentlich war, daß Tirpitz die Annahme widerlegen konnte, die Kiautschou-Bucht sei nicht eisfrei, da dieser angeblich festgestellte Nachteil bei der vorherigen Ablehnung des Platzes eine große Rolle gespielt hatte.

Von Amoy riet er ab, da dessen Handel zurückgegangen sei (der Hafen stand an 9. Stelle in China), die defensiven Eigenschaften nicht gut genannt werden könnten und England nur versuchen würde, politisch möglichst viel an Kompensationen zu fordern, falls Deutschland diesen Vertragshafen in Besitz nehmen wolle. Auch wies Tirpitz darauf hin, daß Fukien, die Provinz, in der Amoy liegt, kein Hinterland besitze und auch nach einer Festsetzung an diesem Platze die eigentlichen wirtschaftlichen Interessen der Chinadeutschen auf das Jangtse-Gebiet und auf das Gebiet des Sikiang im Süden gerichtet bleiben würden; ein Stützpunkt im Raume von Amoy würde sich also nicht mit diesen Interessen identifizieren und von vornherein einen großen Teil seines Wertes verlieren. Auch eine Besitznahme von Tschusan habe nur dann Zweck, wenn sie lediglich eine Etappe darstelle, gewissermaßen als Dokument für ein Vorkaufsrecht auf das Gebiet um die Jangtsemündung betrachtet werden könne (der Gedanke einer Aufteilung Chinas war noch nicht aus den Köpfen verschwunden); die deutschen Absichten, die mit der Erwerbung von Tschusan verknüpft würden, könnten von den Engländern durch eine Besetzung von Wusung, das kein Vertragshafen und deshalb dem Zugriff frei sei, durchkreuzt werden, denn der Verkehr zeige immer mehr die Tendenz, die Umschlagplätze möglichst weit ins Landinnere zu verlegen und nicht auf hoher See zu belassen (s. Tirpitz S. 152 ff.: Sie lagen vor Schanghai ähnlich wie Helgoland vor Hamburg „Der Handel strebte an ihnen vorbei.") Die Samsah-Bucht vollends sei erst recht nicht imstande, den Handel von Fukien an sich zu ziehen oder die Möglichkeit zu einer erfolgreichen Anknüpfung von Beziehungen mit Innerchina zu bieten.

Anfang 1897 war die Marine, nicht zum wenigsten infolge des warmen Plädoyers des Admirals Tirpitz, der sich andernfalls „vor eine unmögliche Wahl gestellt" sah, dazu gelangt, den größten Wert auf Kiautschou zu legen und nur noch die Erkundung zu empfehlen, ob Rußland diesen Platz selbst beanspruche oder seine Erwerbung durch Deutschland als Riegel gegen eine Besitznahme für England nicht ungern sehen würde. Der Verzicht Rußlands auf seine nicht sehr stark begründeten Ansprüche wurde im Laufe des Jahres 1897 noch erreicht. Daß Deutschland mit der endgültigen Wahl Tsingtaus keinen schlechten Griff gemacht hat, ist durch die ungeahnte Entwicklung in den wenigen Jahren von 1897—1914 wohl einwandfrei bewiesen worden.

LITERATUR: Tirpitz, Lebenserinnerungen, bes. S. 61 ff. — Franke, Otto, Die Großmächte in Ostasien von 1894—1914. Braunschweig und Hamburg 1923. — Franzius, Georg, Kiautschou, Deutschlands Erwerbung in Ostasien, Berlin 1898. — Franzius, Georg, Koloniales Jahrbuch XI, 1899, S. 43 ff. — März, J., Die Stützpunktpolitik der großen Mächte (in: „Zum Freiheitskampf in Ostasien", Berlin-Grunewald 1923, Kurt Vowinckel Verlag). — Richthofen, Ferd. Frh. von, Kiautschou, „Preußische Jahrbücher", Dezember 1897. — Richthofen, Schantung und seine Eingangspforte Kiautschou, Berlin 1898. — Richthofen, Tagebücher aus China, Bd. I, Berlin 1907.

HEINRICH JOHANNES:

AUSLÄNDISCHE KONZESSIONEN IN RUSSLAND

Die russische Wirtschaft braucht zur Ausbeutung ihrer Bodenschätze und zur Versorgung der Bevölkerung mit Industrieerzeugnissen Kapital und Beratung der industriell weiter vorgeschrittenen Länder. Abgesehen von dem Importbedürfnis Westeuropas an landwirtschaftlichen Erzeugnissen haben einige europäische Industrieländer und die Vereinigten Staaten von Amerika ein Interesse an der Erweiterung ihres Handels durch die Heranziehung des großen russischen Marktes. Die Vereinigten

Staaten sind zudem noch an der Investierung von Kapital interessiert, für das sich bei ihnen selbst keine Anlagemöglichkeit findet. Das Kapitalbedürfnis Rußlands nun, das sich mehr und mehr zu einem wirtschaftlichen Zwang herausbildet und sich nach allen Nachrichten und den offiziellen Erklärungen russischer behördlicher Stellen immer bedrohlicher verschärft, und das Expansions- und Investierungsinteresse des Auslandes andererseits begegnen einander seit Jahren. Heute blicken wir auf rund ein halbes Jahrzehnt russischer Konzessionspolitik zurück; es lohnt daher wohl, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung dieser Politik zu werfen.

Das Hauptkonzessionskomitee in Moskau unterscheidet drei Arten von Konzessionen.

1. Handels- und Verkehrskonzessionen: Deruluft (Flugverkehr), Rußtransit, Eggexport, Russot u. a. Die Derutra der Hamburg-Amerika-Linie und die Konzession der Firma Otto Wolf sind bereits eingegangen. Hier ist das Risiko für den Konzessionär verhältnismäßig unbedeutend wegen der geringen Kapitalinvestierung. Trotzdem sehen wir die Liquidation von zwei bedeutenden Unternehmen dieser Art, von welchem zum mindesten die Derutra (Deutsch-russische Transport A.-G.) dem russischen Verkehrswesen eine wesentliche Stütze bot, indem sie das Vertrauen im Auslande wachhielt.

2. Produktionsunternehmen, industrielle, land- und forstwirtschaftliche: Berger & Wirth (Farbenfabrikation), Laboratorium Leo (Fabrikation kosmetischer Artikel), H. Bruck (Herstellung von Trockenapparaten), Stock & Co. (Knöpfe), H. Langmann & Söhne (Hopfenverarbeitung), Bloch & Ginsberg (Knöpfe), Schachtbau Thyssen (Ausführung von Schachtarbeiten im Donjezbecken), Paul Kossel & Co., Russgerstroy (Ausführung von Bauarbeiten), SKF. (Schwedische Kugellager-Fabrikation), Drusag (Deutsch-russische Saatbaugesellschaft), Kruppkonzession Manytsch (anfänglich Landwirtschaft auf etwa 30000 Desjatinen, neuerdings für Schafzucht geändert, weil Körnerbau sich absolut nicht rentierte), Lena-Goldfields (englisch für Goldgewinnung), Harrimann (amerikanisch für Mangangewinnung, anfänglich mit Verpflichtungen zu Bahnbauten). Mit forstwirtschaftlichen und Holzkonzessionen steht es augenblicklich am wenigsten gut: Angloljess und Hollandoljess sind seit langem eingegangen; Mologaljess, die bei weitem größte ausländische Konzession, befindet sich in Liquidation; so bleibt nur noch eine in diesem Jahre im Fernen Osten gegründete japanische Konzession, die jedoch ausschließlich auf wenige Jahre große Einschläge vornehmen und das Holz ausführen soll. Sie hat für den inneren russischen Markt nur als Arbeitsgelegenheit eine Bedeutung.

3. Technische Beratung: AEG. (abgeschlossen 1926 auf 5 Jahre mit der Aufgabe, bei dem staatlichen Elektrotrust, dem Bau von Transformatoren, Generatoren, Motoren u. a. behilflich zu sein), Motorenfabrik Deutz A.-G. (Anleitung zum Bau von Dieselmotoren), Borsig (Anleitung bei der staatlichen Gomsa beim Bau von Kühlanlagen, 1926 auf 6 Jahre), I.-G.-Farbenindustrie (Herstellung von Anilinfarben und chemischen und pharmazeutischen Produktion), Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken Ausfuhrgemeinschaft (Hilfe in der Metallindustrie bei Orgametall, einem Staatsunternehmen), endlich Siemensbauunion (Beratung bei der Überwindung der Dnjeprstromschnellen, gegründet Anfang März 1927); das amerikanische Ingenieurbüro Cooper hat einen gleichen Vertrag. Bei dieser Art von Konzessionen handelt es sich eigentlich nur um eine Verwendung ausländischer Ingenieure, Chemiker und Qualitätsarbeiter.

Die russische Regierung — vor allem als berufener Vertreter Herr Joffe — ist seit einem halben Jahre außerordentlich eifrig bestrebt, die Lage der Konzessionäre im allgemeinen günstig darzustellen und Mißerfolge aus Gründen herzuleiten, die sich einem Einfluß der Sowjetregierung entziehen. Es soll hier keineswegs bestritten

werden, daß auch von Konzessionären manche Fehler gemacht worden sind, aber im wesentlichen hängt doch der Erfolg solcher Unternehmen von den russischen Behörden und der Lage dortselbst ab.

So behauptet Herr Joffe, daß den Konzessionären die Konzessionsobjekte vor Abschluß der Verträge genau bekannt gewesen seien. Ihnen wären stets eingehende Exposés ausgehändigt worden. Das genügt durchaus nicht. Wer ein großes Unternehmen mit hohem Kapital aufziehen will, muß sich persönlich von der wirtschaftlichen Lage im Lande und an Ort und Stelle und allen anderen damit zusammenhängenden Verhältnissen durch eigene Vertrauenspersonen unterrichten können. Hier aber liegt der wunde Punkt, denn die Sowjetregierung hat eine manchmal geradezu komisch wirkende Furcht, Personen nach Rußland zu Informationszwecken die Einreise zu gestatten. Typische Beispiele für die Unmöglichkeit, sich vor Abschluß des Vertrages eingehend und ausreichend zu informieren, sind die Fälle Krupp, Manytsch, Mologaljeß und Harrimann, wenn man auch bei den beiden erstgenannten deutschen Konzessionen zugeben muß, daß diese Unternehmen etwas übereilig auf recht erhebliches Drängen von politisch damals sehr einflußreichen Persönlichkeiten ins Leben gerufen wurden. Jedenfalls mußten die Verträge dieser drei Unternehmen ein- und mehrmals abgeändert werden, ehe der Konzessionär lebensfähig wurde; die Mologa hat jetzt sogar liquidieren müssen. Die genauen Gründe dafür wird man wohl erst nach Schluß der Liquidation zu erkennen vermögen.

Herr Joffe hebt besonders hervor, wie entgegenkommend Rußland in der Kreditfrage gegenüber den Konzessionären sei, und führt nach einem Artikel in dem „Iswestija" folgende Zahlen an: 42 Mill. Rubel investiertes Kapital, rund 24,5 Mill. Rubel Kredite und „nur" 15,28 Mill. Rubel Einnahmen aus den Konzessionen im Jahre 1926. Das heißt also, daß die Konzessionäre fast drei Achtel ihres eingebrachten Kapitals bereits in Form von Abgaben verloren haben und zwei Drittel der aufgenommenen Kredite nur zur Deckung dieser Abgaben aufgenommen worden sind. Es ist auch irreführend, wenn Herr Joffe den Anschein zu erwecken sucht, als ob sich die russischen Banken aus reinem Entgegenkommen den Konzessionären weit über ihr Vermögen hinaus zur Verfügung gestellt hätten. Bei Warenbeleihungen, worin die Kredite neben Diskont von Wechseln von Staatsbetrieben sonst fast ausschließlich bestehen, werden von den russischen Banken prinzipiell nie mehr als 50% eines amtlich sehr vorsichtig festgestellten Marktpreises hergegeben. Dabei sind diese Kredite außerordentlich teuer. Sie stellen sich augenblicklich für den Konzessionär auf 15—16%; er wird dabei den Staatsbetrieben um rund 6% und den Trusts um rund 4% gegenüber ungünstiger gestellt.

Eine besondere Schwierigkeit hat der Konzessionär natürlich auch im Transfer etwaiger Verdienste. Hier ist besonders schwer abzuhelfen, soweit er auf dem inneren russischen Markt arbeitet, da der Tscherwonjez nur schwer zu halten ist und die russische Regierung mangels entsprechender Ausfuhr auf anderem Wege den Kurs halten muß.

Die Erfahrungen in diesem halben Jahrzehnt lassen sich folgendermaßen kurz zusammenfassen: Die Konzessionspolitik Rußlands ist sicherlich auf verschiedenen Gebieten nicht aussichtslos, weil der Bedarf im Inlande groß ist. Der Export ist wegen der hohen Unkosten bei vielen Materialien unmöglich. Die russische Regierung wird mithin Mittel und Wege finden müssen, das Transfer in irgendeiner Form sicherzustellen, wenn sie das Ausland für die Arbeit auf dem inneren russischen Markt interessieren will.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Auch dieses Mal wieder vermögen wir unserem Bericht nicht jene einheitliche Großraum-Note zu geben, die die Berichterstattung aus anderen Teilen der Welt so reizvoll gestaltet. Der eigensüchtige Triebwille der vielzähligen Staatenindividuen Europas setzt sich skrupellos über alle Gegebenheiten und Wegweiser der Natur hinweg und erzeugt ein derartig chaotisches Neben- und Durcheinander, daß eine einheitliche Linie unmöglich aufzudecken ist. Zudem hat man die Geheimdiplomatie lediglich nach dem Rezept „Le roi est mort, vive le roi!“ abgeschafft, so daß die führenden Staatsmänner allenthalben ärger denn je in „zufälligen“ Zusammentreffen schwelgen (Chamberlains Mittelmeerreise!), ihre Fäden spinnen, Koalitionen vorbereiten können usw. Eine Deutung und Beurteilung der politischen Vorgänge in den mittleren und kleinen Staaten wird durch diesen Umstand noch besonders erschwert, denn die meisten der dortigen Handlungen sind die Resultante zweier Komponenten: eigenen Wollens und fremder Beeinflussung.

Nicht einmal der Genfer Völkerbund macht von dieser Zwiespältigkeit eine Ausnahme. Intrigen hin, Intrigen her; große Programme und wenig Taten; hochheiliges Beteuern edelster Absichten auf Menschheitsbeglückung, und dabei im Grunde doch nur notdürftig verhüllter Egoismus und Imperialismus. Vielleicht sollten wir viel mehr Geduld aufbringen und trotz aller Enttäuschungen zum Völkerbundsgedanken stehen; aber die gegenwärtige Verkörperung dieses hehren Gedankens befriedigt eben doch gar zu wenig und treibt selbst einen Politiker vom Range Viscount Cecils zum Bruch. Einstweilen mindestens ist der Völkerbund tatsächlich für die Mehrzahl der Staaten nur Mittel zum Zweck, und jede der Großmächte versucht, auf diesem Instrument ihre eigene Melodie zu spielen.

Die Septembertagung des Genfer Völkerbundes hat nicht gerade dazu beigetragen, das obige Urteil abzuschwächen. Bezeichnend genug, daß beispielsweise die „Vossische Zeitung“ ihre Kritik in die Worte kleidet „22 Außenminister suchen einen Völkerbund“ und „diese Tagung mit ihrem Massenaufgebot von Ministern bietet nur äußerlich ein imposantes Bild; hinter der stolzen Fassade aber verbirgt sich ein mageres Programm“. In der Tat, die Ergebnisse dieser Tagung sind alles andere denn berückend und stimmen vollends pessimistisch. Allenthalben geht man den wirklich brennenden Fragen mit allerlei schönen Redensarten aus dem Weg, scheut sich vor entscheidenden Taten und sieht hilflos zu, wie die Atmosphäre von Genf muffig und immer muffiger wird. Der Mechanismus leistet, was er leisten kann; aber Geist und Wille fehlt, ihn in einen lebendigen Organismus umzugestalten. Neuwahlen zum Rat! Man preist sich glücklich, daß man mit einem Wahlgang auskommt, und kürt Kuba (mit 40 Stimmen), Finnland (33) und Kanada (26). Der Ausgang wird in Frankreich recht peinlich empfunden, da man sich nach der Niederlage Belgiens sehr stark für Griechenland (23 Stimmen) eingesetzt hatte. England triumphiert um

so mehr, denn nachdem nun zum ersten Male ein britisches Dominion Zugang zum Völkerbundsrat gefunden hat, dürfte sich daraus recht schnell ein Gewohnheitsrecht entwickeln und zukünftig einer der Ratssitze dauernd für einen der überseeischen Reichsteile Großbritanniens freigehalten werden. Uns Deutsche interessiert an dieser Wahlhandlung nur das eine, daß Kanada das Minoritätenproblem im eigenen Hause recht großzügig zu lösen versucht hat und daher vielleicht als Fürsprecher einer gerechten Minderheitenbehandlung auch in anderen Ländern angesehen werden kann. Gar zu kühnen Hoffnungen sollten wir uns aber auch in diesem Falle nicht hingeben, denn was weiß man in Kanada von der unaussprechlichen Not der deutschen Minoritäten in vielen Staaten, und wie leicht wiegt der Aufschrei deutschen Volkstums in einem Reiche, daß sich im Interesse seiner Erhaltung vielfältig gebunden hat. — Der Versuch Polens, ein Ost-Locarno zu erzwingen, scheiterte in Genf trotz aller französischen Unterstützung an dem unerbittlichen Widerstand Englands, daß sich für den Osten unter allen Umständen Handlungsfreiheit sichern will. — Aufs äußerste zu bedauern ist die Tatsache, daß trotz des zielbewußten Auftretens des Grafen Bernstorff die allgemeine Abrüstung auch dieses Mal wieder nicht im geringsten weiter gediehen ist. Dabei weiß doch nachgerade jedes Kind, daß die Abrüstungsfrage den ernstesten Prüfstein für die Daseinsberechtigung des Völkerbundes darstellt. Sieht der Völkerbund nicht, daß er der Auflösung zutreibt, sofern er sich in diesem Punkte nicht ehestens zu entscheidenden Taten aufrafft? Gerade wir Deutsche können und wollen uns nicht mehr lange mit billigen Redensarten abspeisen lassen. Wie auch immer die bevorstehenden Wahlen ausfallen mögen, der deutsche Außenminister wird von der deutschen öffentlichen Meinung mit Recht sehr bald dazu gedrängt werden, in Genf mit der eindeutigen und bündigen Erklärung aufzuwarten: entweder sofortiger Beginn der allgemeinen Abrüstung oder Deutschland tritt aus dem Völkerbund aus. Wir wissen, daß das ganze deutsche Volk hinter einem solchen Außenminister stehen und daß gerade durch ein solches kategorisches Begehren das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt wesentlich gehoben werden würde.

Wie im Völkerbund, so kriselt es auch in dem ebenfalls in Genf tagenden Minderheitenkongreß, nur daß man dort weit größere Aktivität zeigt. Die in Deutschland lebenden Minderheiten sind unter Führung des Polen Kaczmarek aus dem Kongreß ausgetreten, weil das Plenum die Friesen nicht als Minorität im Sinne der Verbandssatzung anerkannt hat. Stürmischer Beifall von allen Seiten, als Präsident Dr. Wilfan diesen Entschluß mit Bedauern zur Kenntnis nimmt, gleichzeitig aber erklärt, die Idee des Minderheitenkongresses sei zu gesund, um durch diesen Zwischenfall begraben zu werden. Was an positiver Arbeit von dem Minderheitenkongreß geleistet worden ist, verdient ernsthafte Beachtung (Statistik der Minderheiten, Minderheitenpresse u. a. m.). Wie lange wird sich der Völkerbund, werden es sich die Einzelstaaten herausnehmen dürfen, diese starke Minderheitenbewegung zu ignorieren oder herablassend zu belächeln?

Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang schließlich auch noch die Interparlamentarische Konferenz, die Ende August in Paris stattfand. Auch hier eine Versammlung ohne machtpolitische Befugnis, aber trotzdem bedeutungsvoll, weil das Problem der europäischen Nachkriegspolitik mit Mut und Tatkraft angepackt wurde. Gewiß, der belgische Senator Magnette konnte es sich nicht versagen, mit Bitternis und einseitig schiefer Darstellung des August 1914 zu gedenken, und auch die Rede de Jouvenels war nicht gerade erhebend. Aber was die deutschen Ver-

treter Löbe und Schücking dem mit größter Spannung horchenden Kongreß vortrugen, war wohl dazu angetan, die Atmosphäre zu entgiften und die Versammlung zu klarer Zukunftspolitik hinzuführen. Wir danken es Löbe, daß er auch an dieser Stelle mit aller zu wünschenden Deutlichkeit Frankreichs moralische und politische Verpflichtung zur Räumung des Rheinlandes unterstrich. Wir danken es Schücking, daß er in seiner klugen, überzeugenden Rede den Vorwurf der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands auf das bestimmteste zurückwies und hervorhob, wie schwer sich das ganze deutsche Volk durch diesen Vorwurf in seiner Ehre getroffen fühlt.

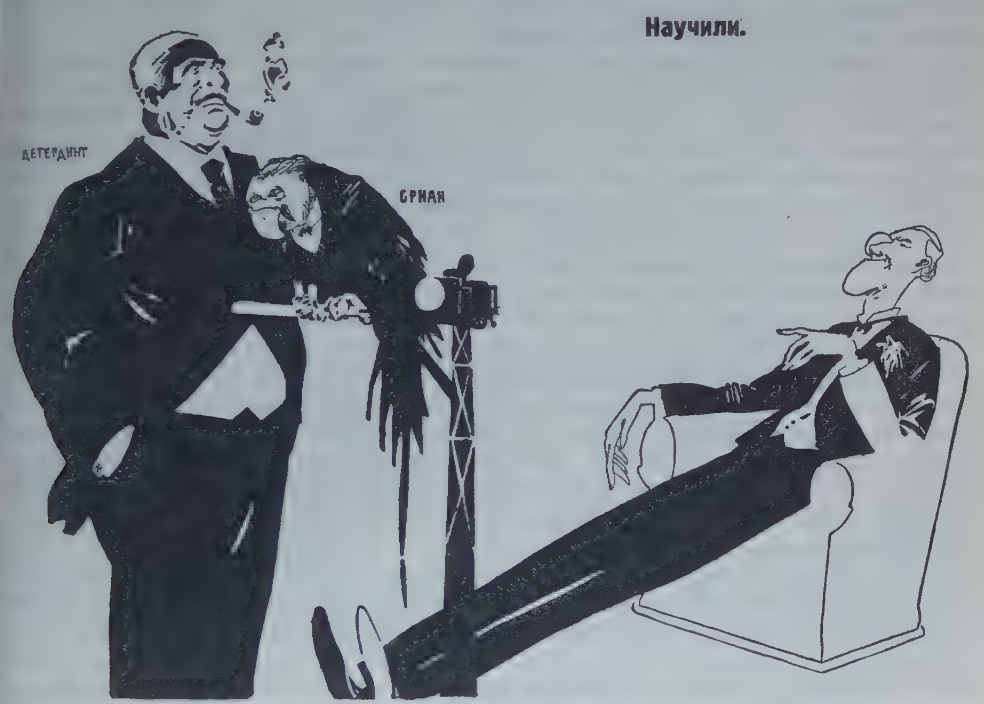


Abb. 1. Überschrift: Angelernt. Text zur Zeichnung: Deterding: „Jetzt hat er schon ziemlich gut sprechen gelernt.“ — Der Papagei: Briand. — Mann mit der Pfeife: Deterding

Sehr schade, daß Schücking diese Rede nicht in der Plenarversammlung des Völkerbundes halten konnte; sehr bedauerlich, daß man in Genf so viel Gefallen an „courtoisie“ findet, statt endlich, wie hier, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen.

Werfen wir nach dieser Einführung einen Blick auf die wichtigsten Mächtegruppen Europas, so verdient an erster Stelle die Politik Englands hervorgehoben zu werden. Alle Parteien rüsten zum Wahlkampf, jede in ihrer Art, aber einig doch in der Absage an Rußland. Daß der englische Gewerkschaftskongreß in Edinburg mit nahezu 2 Millionen gegen 600000 Stimmen den Bruch mit den russischen Gewerkschaften beschlossen hat, ist als Tatsache und symptomatisch recht sehr bezeichnend. Die Labour Party wird aus diesem Beschluß im Wahlkampf zweifellos großen Nutzen ziehen. Den Konservativen, die ihre Stellung noch rasch durch eine Reform des Ober-

hauses zu verbessern trachten, fehlt einstweilen eine zugkräftige Wahlparole, nachdem ihre Völkerbundspolitik durch den Rücktritt Cecils entschieden an Ansehen eingebüßt hat. Sie werden vermutlich den Empiregedanken, den durch das Gewerkschaftsgesetz erzwungenen Arbeitsfrieden und die Kampfstellung gegen Rußland in den Vordergrund rücken. Von den Liberalen hört man verhältnismäßig wenig; Lloyd George scheint neuerdings seine Anhänger mit dem Gedanken einer Revision der Verträge von 1919/20 vertraut zu machen, doch ist schwer zu beurteilen, ob es sich hierbei um ein taktisches Manöver oder um ernst zu nehmende Absichten handelt. — Nachdem es der englischen Regierung nicht geglückt ist, auf Anhieb eine paneuropäische Allianz gegen Rußland zustande zu bringen, versucht sie die Einkreisung des Sowjetstaates Schritt für Schritt zu erreichen. Sicher nicht ohne Unterstützung der Regierung führt die Royal Dutch-Shell unter Herrn Deterdings geschickter Regie den erbitterten Kampf gegen das russische Erdöl. Wie sehr dabei tatsächlich die Regierung Hilfsstellung leistet, erhellt aus der Ausweisung des Hauptdirektors und Organisators der Russian Oil Products, der Vertriebsfirma für die staatlichen russischen Autobetriebsstoffe, aus England. Neben diesem Kampf mit wirtschaftlichen Mitteln gehen versteckte militärpolitische Drohungen (Gerücht einer englisch-rumänischen Flottenbasis in Constanza) und diplomatische Ränke einher. Nicht nur in Moskau, sondern auch in Paris vertritt man vielfach die Meinung, daß die erzwungene Abberufung des Sowjetbotschafters Rakowski letzten Endes auf englischen Einfluß zurückzuführen sei. Man hält diesen Schritt für ein bloßes Glied in der Kette der englischen Bemühungen, die in den Bereich der Möglichkeit gerückte französisch-russische Verständigung unter allen Umständen zu verhindern. Trifft diese Vermutung das Richtige, so kann man Chamberlains Verhandlungen mit Spanien (Tangerfrage) und Italien (Nordafrika- und Mittelmeerpolitik, Zusammengehen im nahen Orient u. a. m.) folgerichtig als einen Versuch ansprechen, Frankreich durch das Gespenst einer völligen Isolierung für eine antirussische Politik gefügig zu machen.

Welches Echo diese Politik in Rußland findet, zeigen die beigefügten Spottzeichnungen. Hinter der zynischen Ironie verbirgt sich hier aber viel Ernst und Sorge, was nicht übersehen werden darf. Rußland braucht Europa und nicht zuletzt England als Absatzmarkt für seine Rohstoffe und Nahrungsmittel. Wird ihm dieser Markt wirklich in erheblichem Umfange gesperrt, so müssen schwere wirtschaftliche Erschütterungen eintreten. Das aber wäre höchst bedenklich, weil im Inneren die Trotzki-Opposition ganz und gar nicht schweigen will und der regierenden Parteigruppe tagtäglich neue Ungelegenheiten bereitet. Allerdings hat in eben dieser Zeit eine andere Oppositionsgruppe endlich die Waffen gestreckt: das orthodoxe Patriarchat. Das Oberhaupt der russischen Kirche, der Metropolit Sergius, hat vor kurzem im Namen der alten russischen Kirche eine Proklamation erlassen, aus der wegen ihrer bezeichnenden Einstellung hier einige Sätze angeführt werden mögen:

„Wir fühlen mit wachsender Gewißheit, daß heute bereits die Möglichkeit ruhiger Arbeit und gesicherter Existenz unter der Sowjetregierung und ihren Gesetzen gegeben ist. Jetzt, wo wir in Rußland dieses erstrebenswerte Ziel nahezu erreicht haben, setzt die unterirdische Wühlarbeit des feindlichen Auslandes mit erneuter Kraft ein und tritt mit Morden, wie dem Warschauer Attentat, in Überfällen auf unsere Auslandsvertretungen, in Bombenattentaten, Diebstählen und Brandstiftungen zutage. Diese Aktivität der Feinde Sowjetrußlands ist von vernichtendem Einfluß auf den Gang unseres friedlichen Lebens und unserer Erwerbstätigkeit, und es ist deshalb

dringend notwendig, daß sich die kirchlich gesinnte Bevölkerung sowie die Geistlichen nicht auf die Seite der Feinde der Sowjetregierung stellen, sondern mit unserem gesamten Volk und unserer jetzigen Regierung zusammengehen. Die russischen Gläubigen wollen auch gegenüber der Sowjetregierung, die unser Vaterland bedeutet, orthodox bleiben. Sowjetrußlands Erfolge und Freuden sind die unseren, ebenso wie seine Niederlagen und Mißerfolge die unseren sind. Wir wollen deshalb hoffen, daß es uns mit Gottes Hilfe gelinge, diese unsere Absichten zu verwirklichen. Viele unserer Brüder betrachten zwar die Sowjetregierung als ein Produkt des Zufalls und daher als kurzlebig. Aber sie haben vergessen, daß die Hand Gottes die Menschheit stets ihrer



Abb. 2. Text rechts oben: Deterding ist nach Paris gekommen, um persönlich die neue Campagne gegen Sowjetrußland zu leiten. „Humanité". — Die Männer unter den Palmen: Briand und Poincaré. — Deterding hält die Hunde „Libertè", „Echo de Paris", „Temps", „Journal de debats"

Bestimmung zuführt. Diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollen, mögen immerhin glauben, daß es unmöglich ist, mit dem alten Regime zu brechen, ohne gleichzeitig auch die orthodoxe Kirche aufzugeben. Aber nachdem das Patriarchat nunmehr den Beschluß gefaßt hat, die Richtlinien absoluter Loyalität gegenüber der Sowjetregierung zu verfolgen, müssen diese Leute entweder ihre politischen Sympathien zu Hause lassen und lediglich im Namen unseres gemeinsamen Glaubens tätig sein, oder aber aus der Kirche austreten, damit ihrer Obstruktion ein Ende bereitet werde."

Dieses hochbedeutsame Manifest ist sicherlich nicht ohne „Mitwirkung" der Sowjetregierung entstanden, aber es ist nun einmal da und bezeugt in jedem Falle die erstaunliche Regiekunst der Sowjetmachthaber. Ob es die russische Kirche vor dem drohenden Zerfall retten wird? Ob es der Sowjetregierung wirklich treue Unter-

tanen zuführen und damit innerpolitisch die Schädigungen durch die Trotzki-Opposition aufheben wird?

Inzwischen versucht Rußland immer von neuem, dem Druck aus dem Westen (England) durch entsprechende Expansion nach dem Süden und Osten zu begegnen. Am 1. Oktober ist in Moskau unter großen Feierlichkeiten der russisch-persische Vertrag unterzeichnet worden. Es handelt sich um einen Schieds- und Nichtangriffspakt, der eventuell Persien als Mitgtied des Völkerbundes einmal vor schwere Entscheidungen stellen kann. Rußland hofft natürlich, durch diesen Vertrag seine Südflanke zu schützen und gleichzeitig auf dem persischen Markt als Rivale Englands auftreten zu können. In dem als Ergänzung geplanten Handelsvertrag wird Rußland mit gewissen Einschränkungen einen freien Warenverkehr von Persien nach Rußland zulassen und Persien das Transitrecht von und nach allen Ländern zugestehen, mit denen Rußland selbst Handelsverträge abgeschlossen hat. Von Angora über Teheran bis Kabul zieht sich jetzt die Kampfzone, wo England und Rußland — einstweilen nur mit diplomatischen Mitteln — den Entscheidungskampf vorbereiten. Zu groß sind die Gegensätze zwischen dem extrem ozeanischen England und dem ebenso extrem kontinentalen Rußland, zwischen dem Volke des Individualismus und dem Volke des Kollektivismus, zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus, als daß auf die Dauer Frieden zwischen beiden bestehen könnte.

Wir streifen nur kurz Polen, seinen neuen Konflikt mit Litauen und seine Amerikaanleihe, für die freilich ein amerikanischer Finanzkontrolleur in Kauf genommen werden mußte. Wir verweilen einen Augenblick beim Memelgebiet und stellen mit Stolz und Freude den trotz Kriegszustand und Kriegszensur errungenen vollen Sieg des Deutschtums bei den Landtagswahlen fest, ein Sieg, der hoffentlich den elenden Deutschenausweisungen ein Ende bereiten und die im Memelstatut verbürgte Autonomie zur Tat werden lassen wird. Schließlich aber wenden wir uns dem Balkan zu, wo sich die Rivalität der beiden europäischen Großmächte zweiten Ranges, Frankreich und Italien, austobt. Bei England und Rußland geht es ums Ganze, um Sein oder Nichtsein; der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien ist von minderem Format, aber auch er genügt schon, um Europa nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Von Frankreichs Versuchen, Deutschland im Osten zu umklammern und, gestützt auf Polen und die Kleine Entente, seine Hegemonie im östlichen Mitteleuropa zu errichten, ist in früheren Berichten bereits oftmals die Rede gewesen. Ebenso wurde zu wiederholten Malen davon gesprochen, daß ein allzu mächtiges Frankreich für England bedrohlich sein muß und daß infolgedessen England seinen Trabanten Italien auf dem Balkan gegen Frankreich ausspielt. Der Ausdruck „Trabant" ist vielleicht insofern nicht ganz zutreffend, als die ungeheuerliche Aktivität eines Mussolini von selbst auf eine Expansion nach Osten drängt; ein solches Ausgreifen Italiens könnte aber niemals so zielbewußt und weitreichend sein, wenn Italien dabei nicht der geheimen Unterstützung Englands gewiß wäre. Über die Adria hat Mussolini nach Albanien hinübergegriffen, und wenn sich dem weiteren Vordringen ein Hindernis entgegenstellt, so ist und muß es sein: Jugoslawien. Daher die skrupellose Hetze gegen dieses nach innerer Festigung noch ringende Südslawien, das Schüren der Konflikte Jugoslawiens mit Albanien und neuerdings Bulgarien und Griechenland. Frankreich tut, was in seinen Kräften steht, um Südslawien zu helfen und ihm weitere Demütigungen zu ersparen; aber da es die ohnedies bestehende Spannung mit Italien nicht bis zum äußersten treiben will, weicht es ersichtlich auf der ganzen Linie zurück und verliert auf dem Balkan von Monat zu Monat an Ein-

fluß. Daß man in Frankreich dieses Nachgeben gegenüber dem englisch-italienischen Block als peinlich empfindet, versteht sich von selbst. Aber man ist eben in eine Zwickmühle geraten, spürt das geheime Wirken Englands zu sehr auch in Spanien und Nordafrika, um durch ein energisches Vorgehen gegen Italien den offenen Widerstand Englands herauszufordern. Ein Zusammengehen mit Deutschland bedeutete gewiß den natürlichen Ausweg, aber zu einem solchen Entschluß wird sich ein Poincaré schwerlich jemals durchringen. Seine Blicke bleiben starr und finster nach Osten gerichtet, und die Engländer werden ihn nach Möglichkeit darin bestärken. Oder ist es nur ein grundloses Gerücht, von dem man aus Paris erfährt: Engländer verbreiten dort die Nachricht, daß die im Oktober erfolgte Gründung der „Autonomistischen Partei Elsaß-Lothringens“ selbstverständlich bloß wieder ein Machwerk der Boches sei.

Derweilen sich Frankreich so von der naturnotwendigen Verständigung mit Deutschland und der nur so möglichen Wiederherstellung seiner Weltgeltung immer wieder abdrängen läßt, arbeitet Mussolini geradezu fieberhaft daran, mit oder ohne England Italien vorwärts, aufwärts zu führen, so wie er es für gut hält. Die Verständigung zwischen Quirinal und Vatikan, die teilweise Wiederherstellung des Kirchenstaates würde, wenn sie verwirklicht werden könnte, mit einem Schlage Italien ungeheure Sympathie in allen Teilen der Welt verschaffen und das Ansehen Italiens machtvoll steigern. Das faschistische Italien der Befreier und Restaurator der politischen Selbständigkeit des Papstes!, das wäre eine Losung, mit der Italien seinen Anspruch als führende Weltmacht aufs beste begründen könnte. Der Jubel der katholischen Christenheit über eine solche Tat würde gewiß all den tiefen Jammer, alles verzweifelte Aufschreien in Deutsch-Südtirol übertönen. Wir Deutsche aber, ob Katholik oder Protestant, wir spüren mit blutendem Herzen die unaussprechliche Not unserer Brüder jenseits des Brenners. In Bozen die letzte deutsche Privatschule geschlossen! In allen Volksschulen Deutsch-Südtirols von nun ab Unterricht ausschließlich in italienischer Sprache. Alle Kundmachungen, Anzeigen, Schilder, Fahrpläne, Etiketten usw. in deutscher Sprache sind so zu entfernen, daß nichts mehr von ihnen sichtbar bleibt. Die Verordnung erstreckt sich auch auf Wäsche, Bestecke, Gläser, Tassen, Flaschen und sonstige in Gasthäusern verwandte Dinge! Mit Recht sagt die „Frankfurter Zeitung“: „Man wird lange nach einem zweiten so erbärmlichen Versuch geistiger Vergewaltigung suchen müssen.“

Das ist nun einmal die tiefe Tragik unserer Zeit, daß unser deutsches Volkstum auf allen Fronten bedroht wird und alle politischen Vorgänge in West und Ost, Nord und Süd letzten Endes auf eine Vergewaltigung deutscher Menschheit hinauslaufen. Uns hilft kein Völkerbund, und die Waffen zur Selbstwehr hat man uns mit List und Tücke entwunden. Es bleiben uns nur die geistigen Waffen, und diese haben sich zum Glück noch immer in der Weltgeschichte stärker erwiesen als Bajonette und Kanonen. Darum verzweifeln wir trotz allem nicht und bewahren uns den Glauben an eine bessere Zukunft. Und wenn die Welt voll Teufel wär', es soll ihnen nicht gelingen!

KARL HAUSHOFER:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Der grundsätzliche geopolitische Unterschied, der zwischen dem indopazifischen Raum und den meisten atlantischen durch die weit größere Häufigkeit von Erdbeben- und Flutkatastrophen gesetzt ist, wurde im Spätsommer und Frühherbst 1927 allen neu zur Anschauung gebracht, die ihn vergessen hatten. Solche Schläge äußern sich natürlich mit den schwersten Folgen in den übervölkerten Monsunländern, deren Festlandgebiete ohnehin mit ihren Massen beständig an der unteren Grenze des Daseins-Mindestmaßes leben.

Das Erdbeben von Kansu 1927 wäre z. B. imstande gewesen, eine auf schmalen Landstrichen aufgebaute Baukultur vom Ausmaß der ägyptischen (31 000 qkm Kulturland) oder hellenischen (137 000 qkm) in ihren Baudenkmalen fast völlig zu zerstören (Kansu 428 400 qkm Mindest- und 675 000 qkm Höchstmaß).

Die Hochwasserkatastrophe von Gujerat und Kathiawar infolge eines ungewöhnlich schweren Monsuneinbruches hat diese weiten Landstrecken verkehrstechnisch vollständig von der helfenden Zentrale, Bombay, und dem übrigen Indien abgeschnitten. Große Verwaltungs- und Industriemittelpunkte, wie Baroda und Ahmedabad sahen ihre Eisenbahnverbindungen weggewaschen. Man male sich aus, wie anders in Europa ein zweitägiges völliges Abgeschnittensein, z. B. Lancashires von London, des Ruhrgebiets von Berlin wirken würde, durch das nur Gerüchte vom Weggewaschensein von zehn oder fünfzehn menschenwimmelnden Industriedörfern und Ertrinken von ein paar Kleinstädten (Nadiad z. B.), vom Zusammenbruch zweier großer Stauanlagen und eines wichtigen Kanales hindurchdrängen.

Der seit den letzten 40 Jahren schwerste Taifun (Wirbelsturm) Japans, der in Kiushu von den häufigsten Taifunbahnen, die die Insel umgehen, landeinwärts abdrehte und bis zum 14. September früh mit seinen Ausläufern Yokohama erreichte (selbst hier mit 1 Mill. M. Schaden), hat mit einer Seebeben-Flutwelle zusammen in einem einzigen japanischen Kleingau von 7179 qkm Landraum (Kumamoto) folgende Opfer gekostet: 719 Tote und Vermißte, 2313 Verwundete, 1850 zerstörte Häuser, 28 000 ha (70 000 acres zu 0,40 ha) weggewaschenes Kulturland, 37 verlorene Hochsee-Fischerei-Boote, zirka 16 km zerstörte Dämme, rund 40 Mill. M.! Das war der ärgste Anprall; aber er traf ähnlich die ganze Westküste von Kiushu, auch die Industrielandschaft von Fukuoka mit rasendem Sturm und sündflutartigem Regen.

Gleichzeitig warf sich eine Flutwelle auf die pazifische Küste Mexikos bei Manzanillo und Salinas Cruz, über das 8 m hohe Flutwellen hereinbrachen.

Würde bei solchen Schlägen in Japan und Indien die gleiche Kopflosigkeit und Panikstimmung einreißen, die z. B. das annähernd gleichzeitige Erdbeben auf viel kleinerem Raum in der Krim entfesselte, so könnte man die pazifische Küste überhaupt nicht mehr organisatorisch zusammenhalten. So aber weckt die Häufigkeit der Bedrohung auch das Gemeinschaftsgefühl der Abwehr; und wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit der Schilderung eines Augenzeugen der Tokio-Yokohama-Katastrophe, dessen stärkster Eindruck die Lautlosigkeit der Menschen in den Pausen der Erdstöße und Wellenanschläge und dann ihre leidenschaftliche Hilfsbereitschaft und Güte untereinander war.

Diese für die Zukunft der Menschheit tröstliche Note mag den Herbstbericht über ein an Enttäuschungen der Menschheit durch die Natur und ihre eigene Staatskunst ungewöhnlich reiches Jahr einleiten.

Dann muß ein kurzer Hinweis auf ein besonders inhaltreiches Heft der „Deutschen Wacht“ folgen, einer niederländisch-indischen Monatsschrift (Batavia, Juli 1927), weil es in dem dort wiedergegebenen Bericht über Niederländisch-Indien aus dem Handbuch der deutschen Auslandshandelskammern 1927 und der damit bewiesenen Zustimmung, der wir uns anschließen, ein auch geopolitisch bedeutsames Symptom aus Niederländisch-Indien ans Licht bringt, „das lange als das politisch ruhigste Tropenland galt“, in dem die „Unruhen nun aber mehr Bedeutung als Symptom haben.“ Gewiß! Das ist es ja, weshalb wir die Bewegungen in den Philippinen und in Insulinde oder „Indonesia“ (wie es die Eingeborenenbewegung nennt) mit soviel Aufmerksamkeit verfolgen, selbst auf die Gefahr hin, uns damit in den Ver. Staaten und den Niederlanden unbeliebt zu machen.

Der ganze Inselgirlandengürtel der südostasiatischen Zerrungsbögen ist eben von Tokio bis Singapore und Batavia von einer ungewöhnlichen anthropogeographischen Feinfühligkeit und nervösen Reizbarkeit, bei allen Zwischenspielen von scheinbar träumender Ruhe, wie der ihrer Landesnatur kongeniale Volkscharakter der Malaiomongolen, die ihn hauptsächlich bewohnen. Darum kann man die Bewegungen der ganzen indopazifischen Welt an seiner Reaktion auf sie so gut ablesen, erkennen und studieren.

„Die Eingeborenen-Bewegung in Niederländisch-Indien ist zum Teil durch den Zeitgeist geweckt, zum Teil durch die großkapitalistische Erschließung der Kolonie hervorgerufen und zum Teil von außen her in Gang gesetzt worden . . .“ „Man kann die Bewegung am besten als eine antikapitalistische Rassenbewegung bezeichnen.“ Gewiß; nun sehen es, fünf Jahre nach dem Erscheinen der Beiträge zur Geopolitik der Selbstbestimmung (Berlin, Vowinckel 1923), auch die Auslandhandelskammern so: „Bewußtwerden, Freiheitsdrang, Aufwärtsstreben . . .“ „Es ist ein Spiel der Geschichte, daß zu derselben Zeit, da die Generalstaaten in Holland in der Verfassung das Wort ‚Kolonie‘ gestrichen und das ‚Grundgebiet von Niederländisch-Indien‘ ‚zum untrennbaren Bestandteil des Königreiches der Niederlande‘ — im Namen von 7 Millionen!! — erklärt haben, die Führer der Eingeborenen-Bewegung das Wort ‚Indonesia‘ als Bezeichnung für ein autonomes Niederl. Indien geprägt haben“ — aber nur eben im Namen der 50 Millionen, die die reiche Tropenlandschaft mit ihrer Milliarde Gulden Ausfuhrüberschuß bebauen und bewohnen! Hier liegt also eine klare Machtfrage der Zukunft, des längeren Atems und zäheren Willens vor.

Aus diesen Gedankengängen begreift man sehr schnell, warum gerade die Niederlande so schnell bereit waren, ausgerechnet Polen bei der Erhaltung des status quo der „Liegenden und Besitzenden“ auf der Erde um jeden Preis beizuspringen.

Das Verhältnis zwischen den Unterdrückten, den der Selbstbestimmung und des Rechts der Freien Volkspersönlichkeit Beraubten und ihren Unterdrückern ist überall auf der Erde grundsätzlich dasselbe, nur Gradunterschiede und Machtnuancen unterscheiden darin den Sudetendeutschen, Rheinländer, Südtiroler, Czikmagyaren, polonisierten Ruthenen, den in Amerika und Australien distanzierten Japaner, den in Shanghai vom Klub und Park ausgeschlossenen Chinesen, den vom Veto bedrohten Philippino der St. Thomas-Universität, den Inder und Javanen, der seine Autonomie, dann sein „Swaraj“ will. Wenn sich die Niederlande restlos in der Front der Unter-

drücker eingliedern, dann werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn gerade eine „sachverständige und sachliche Berichterstattung“ die Wahrheit nicht zu ihren Gunsten beugen will. Verlangt jemand vielleicht, daß man erkläre, die 50 Millionen der reichsten Tropeninseln stimmten begeistert ihrer Eingliederung durch eine Minderheit von 1 gegen 7 auf ewige Zeiten in das Reichsgebiet einer kleinen Nordseelandschaft zu, oder die 8 Millionen Ukrainer der Einzwängung in polnische Wirtschaft, oder die Grenzlanddeutschen der Unterjochung durch Fremde?

Das eben sind die großen Lügen, die es dem Völkerbund in seiner gegenwärtigen Verfassung unmöglich machen, zu jener großen Stelle des Ausgleichs zu werden, die ehrliche Menschen von ihm erhofft haben mögen, und die sich die pazifischen Anlieger immer mehr in ihren Sonderaussprachen tatsächlich schaffen: deshalb spricht sich der Kontrast zwischen Schein und Sein in der indopazifischen geopolitischen Berichterstattung notwendig am deutlichsten aus, auch wenn die augenblickliche Zersetzung der Kuo-Min-Tang-Bewegung in China, dem volkreichsten, unter vorwiegend pazifischen Daseinsbedingungen stehenden Gebiet, die Stärke der einmal entfachten Selbstbestimmungsbewegung aller Rassen der Erde momentan zurückfedern läßt.

Auch das erfolgreiche Ringen von Singapore mit den niederländischen Häfen, z. B. Batavia und Surabaya (auf S. 18 d. betr. Hefts d. Deutschen Wacht gezeichnet) ist eben — neben einer glänzenden, von Stamford Raffles erkannten, und von den Niederländern zu spät begriffenen geopolitischen Lagengunst — dem „Freihafen-Zauber“ zu verdanken, dem großen Anteil „den das starke und kapitalkräftige chinesische Element, ein Handelsfaktor ersten Ranges“ deshalb nehmen konnte. Fiskalismus, ob es nun niederländischer ist, oder französischer, oder polnischer, oder der Sowjets, Zerschneidung immerhin lebensfähiger Gebilde in abenteuerlich gezogene, sinnlos die Verkehrsbahnen abschnürende Zollgrenzen, wie bei der Vivisektion Mitteleuropas, saugen der Wirtschaft das Blut aus den Adern, hemmen die Entwicklung und treiben Menschen, die vorwärts kommen wollen, dorthin wo sie es können, wie aus der südostasiatischen Inselwelt nach Singapore.

Wenn je ein wahres Wort gesprochen wurde — wenigstens für das indopazifische Gebiet —, so ist es das von E. Helfferich: „Der privatwirtschaftliche Protektionismus ist oft stärker als der staatliche.“ „Überlegenheit, die ihn zwingt, trotzdem auf fremdes Erzeugnis zurückzugreifen, ist ein wandelbarer Faktor.“ Hongkong kann ein Lied davon singen. Aber wie angreifbar stehen solchen Wandelbarkeiten überindustrialisierte, übervölkerte Landschaften, wie Mitteleuropa gegenüber, in denen törichte Mehrheiten glauben, die heutige Weltordnung könne anspruchsvolle, vom eigenen Boden nicht ernährbare Millionen nicht verhungern lassen. „Die nationale überseeische Unternehmung wird stets die nationale Industrie fördern.“ „Das Auslanddeutschtum, auf das heute so stark gepocht wird, ist in manchen Teilen der Welt in Gefahr, subaltern zu werden.“ Was H. hier sagte, ist auf Südostasien gemünzt, gilt aber für das indopazifische Gebiet, das menschenreichste der Erde, im Ganzen. Darum haben wir ihm hier so breiten Raum gelassen. Prüfe jeder, was er zur Fernhaltung subalterner Gesinnung vom Auslanddeutschtum und den mit ihm in besonderer Beziehung stehenden binnenländischen Einzelnen und Gruppen tun kann: denn sie ist die größte Gefahr für die Zukunftsgeltung unseres Volkstums auf der Erde und seine Wiedererhebung, wie zahlenstark es bleiben möge. Innerliches Hineinfügen in das, was der greise Graf Apponyi in Genf eine unerträgliche Dauerbelastung von Völkern in ihrer Ehre nannte, wäre mit Versinken in subalterne Ge-

sinnung gleichbedeutend; und wir sahen die Träger der südostasiatischen Selbstbestimmung steigen, weil sie zuerst sich und dann ihre Millionen dieser Gesinnung entwanden, in die nun dafür Mitteleuropa zu versinken droht.

Daß die Enge und Belastung des Lebensraumes an sich zu dieser subalternen Gesinnung nicht zu führen braucht, beweist eine außerordentlich belehrende Untersuchung von Egerton Charles Grey über „The Food Problem of Japan" (Die Ernährungsfrage Japans) für Zwecke des Völkerbundes, die fortlaufend im Transpacific, Tokio, seit 30. Juli 1927 veröffentlicht wird. Sie ist ein Beweis mehr für den großen Nutzen der Darlegung von Lebensraum-Schwierigkeiten mit den wissenschaftlichen Methoden der Geopolitik vor der breiten Öffentlichkeit der angelsächsischen Welt, die doch immer mehr anerkennt, „daß natürlich das Ernährungsproblem in erster Linie das japanische Volk angeht, aber doch von den andern Ländern nicht ganz unbeachtet bleiben kann, denn es hat eine höchst wichtige Tragweite für Auswanderung, Kolonisation, Außenhandel und Auswärtige Politik ..." Zunächst wurde also deshalb von Genf die Frage nach Menge, Wert und Verbesserungsmöglichkeit der Volksernährung rein naturwissenschaftlich untersucht.

Wertvoll ist dabei schon die Feststellung für die öffentliche Meinung der Welt, daß im Gegensatz zu den meisten Bauern der Welt, namentlich den angelsächsischen, der japanische schlecht lebt, unterernährt ist, seine besseren Erzeugnisse verkaufen muß, um schlechtere zum Essen einzukaufen und von dem Spielraum zu leben. Früchte (Reis) überwiegen in der Ernährung, und der Anteil von Meer-Ernährung übertrifft z. B. den unsrer europäischen Getreidearten. Aber im ganzen genügt die knappe Ernährungsdecke in guten Jahren immer noch der Menge nach zu Autarkie. Aber der Fett- und Vitamin-Gehalt ist zu gering; Reserven für den Zuwachs von jährlich fast einer Million wachsen nicht im gleichen Tempo heran. Die größte Gefahr scheint eine langsame Minderung der Vitalität infolge der einseitigen Ernährung mit poliertem Reis und zu viel künstlicher Präparierung der wichtigsten Ernährungsbestandteile, so daß 90 % der Nahrung teilweise oder ganz der Vitamine beraubt sind, ehe sie den Verbraucher erreichen.

Die durchschnittliche japanische Volksernährung hat also geringen Nährwert. Ihre Qualität läßt noch weit mehr zu wünschen übrig, als die Quantität. Die Protein-Zufuhrmöglichkeit Japans erreicht wenig mehr als ein Drittel der Proteinzufuhr der Vereinigten Staaten und Polens, nicht die Hälfte Englands, Deutschlands oder der Niederlande, etwas mehr als ein Siebentel der freilich nicht verbrauchbaren von Kanada.

Wir haben es also, ganz ähnlich, wie es Professor Goodnow klassisch für China ausdrückt, auch in Japan mit einer vorwiegenden „vegetable civilisation" (auf das „Pflanzenreich gestützte Kultur") zu tun. Der Chinese befriedigt fast alle seine Bedürfnisse aus der Pflanzenwelt. Beim Japaner kommt Meerernährung in starkem Anteil hinzu. Das ausgezeichnete Buch von H. Foster Bain: „Ores and Industry in the Far East: The influence of Key Mineral Resources on the Development of Oriental Civilisation" (Erze und Industrie im Fernen Osten. Der Einfluß von Schlüssel-Erz-Reserven auf die Entwicklung östlicher Zivilisation), mit einem Kap. über Öl von W. B. Heroy, hat uns im Gegensatz zu dem wohl immer agrikultural vorbestimmten Osten die westliche Zivilisation als jetzt auf Kohle und Eisen gestellt gezeigt. Der Westen „ißt Metalle", d. h. er bezahlt mit ihrem Raubbau seine bessere Lebenshaltung. Zwischen 1820 und 1923 stieg der Eisenverbrauch der Vereinigten Staaten um das vierhundert und zehnfache, der Ölverbrauch von 1900 bis heute um das Zehnfache! Der Kohlenverbrauch Chinas ist in seinem gegenwärtigen Umfang durch seine

Kohlenreserven nach W. H. Wong auf 2000 Jahre gedeckt, den Vereinigten Staaten würde er nur auf 70 genügen; der Kohlenverbrauch Japans, wie heute, deckt es auf 300 Jahre ein; den Vereinigten Staaten würde er nur 25 reichen, auf die Kopfzahl reduziert! Noch schlimmer steht es mit der Eisendecke; sie ist für die Vereinigten Staaten 335 mal so groß, als für China, und Japan würde mit seinem ganzen Eisenvorrat in zwei Jahren fertig, wenn es so verschwenden wollte, wie die Vereinigten Staaten. Dies alles aber muß man ineinander rechnen, wenn man fernöstlichen Ländern rät, ihr wirtschaftliches Gleichgewicht umzuwerfen, das sie in viertausend Jahren ausprobiert haben, und ihnen die flache Opportunitätsweisheit mancher amerikanischer Universitäten als der Weltplanwirtschaft letzten Schluß eintrichtert, mit dem die Studenten dann zurückkehren, des Chinesischen und seiner Soziologie unkundig geworden, um ihre Heimat mit ihrer Weisheit aus zweiter Hand zu beglücken.

Viel positiver sind natürlich die Angaben über Japan, von dem wir schon 1924 in der im Herbst in Neuauflage (Vowinckel, 1927) herauskommenden „Geopolitik des Pazifischen Ozeans" behauptet hatten, daß es mehr die Grundlagen zu einer Bronze- als zu einer Eisen- oder Schwerindustrie, Kohlen- wie Ölkultur in seiner Bodenunterlage habe. Man vergleiche nur die Zahlen von 1926 und nehme den Wert der Kupfererzeugung von rund 100 Mill. G.-M. als Vergleichsmaßstab! Davon erreicht Eisen in allen Formen eigener Erzeugung noch nicht ein Drittel, etwas über 30 Mill. G.-M., Öl etwa 30, Kohle mit rund 465 Mill. G.-M. wenig mehr als das viereinhalbfache, Zinn mit etwas mehr als 3 Mill. knapp ein Dreißigstel, Zink mit über 14 etwas über ein Siebentel, dazu kamen an Edelmetallen für etwas über 25 Mill. Gold, für etwas über 12 Mill. Silber — also im ganzen ungefähr das sparsame Verhältnis an Metallausrüstung, auf das sich in mehr als tausendjähriger Praxis das japanische Kunstgewerbe neben hochentwickelter Holzbau- und Wohnungskultur eingerichtet hatte.

Man vergleiche damit die Zahlen wirklicher Eisen- und Kohleländer, etwa die brutale Wucht der allerdings als Raubbau zu bezeichnenden Erzeugung der Vereinigten Staaten!

So wird man, wie schon im letzten Bericht angedeutet wurde, die Industrialisierungsgefahr und die Industrialisierungsmöglichkeiten der Monsunländer, aber auch alle Ratschläge zur Steigerung der Ernährungskraft und Volksdichte durch sie, mit der größten Vorsicht unter Anwendung umfassender geopolitischer Methoden prüfen müssen, ehe man auf Schlagworte von außen und innen dabei hereinfällt. Ganz so töricht also war es nicht — wie es einige angelsächsisch trainierte Jungjapaner hinstellten —, wenn Premier Tanaka bei einer plötzlichen parlamentarischen Frage nach seinen Industrialisierungsplänen antwortete, daß sie zunächst auf ergiebige Düngerverteilung hinausliefen.

Überschuß an elektrischer und an nur für das halbe Jahr voll eingesetzter Menschenkraft ist tatsächlich Japans beste Reserve; und für den zweiten Teil ist die Fähigkeit, diese Hände aus dem eignen Land zu ernähren, eine sehr notwendige Unterlage, wenn man nicht zur Ergänzung Kohle, Eisen und Öl „essen" kann. Sicher ist, daß die Überwindung der Spannung in der Weiterentwicklung des Verhältnisses von Bevölkerungsproblem zum Ernährungsproblem in Südostasien nicht auf den ausgeleierten Geleisen einer ortsfremden Kultur erfolgen und daß sie nicht einfach vom Westen auf den Osten überpaust werden kann, was jungjapanische, wie jungchinesische Theoretiker, aber auch Kolonialmächte, wie Sowjetberater zunächst immer wieder versucht haben. Entscheidend dabei wird bleiben, ob die alte Sozialkultur der Monsun-

länder berücksichtigt und vorher durchdrungen wird, oder ob die Neuerer die Fühlung mit den viertausendjährigen geopolitischen Erfahrungen der „gelben Erde“ und den 2660jährigen der japanischen Inseln verlieren. Nur in diesem letzten Fall könnten auch sie durch das ganze Sturzbad hindurch müssen, das die russische Erde auszuhalten hat.

Ein so vernünftiges Buch, wie P. T. Etherton: „China: The facts“ (London, Ernest Benn, 1927, 12½ $), das den Entwicklungsgang von außen ähnlich sieht, tut unter solchen Verhältnissen wohl, wie auch die treffenden Bemerkungen, die Lady Hosie, die gründliche Kennerin von Szechuan, aber auch des chinesischen Gesellschaftsbaues sonst („Menschen in China“, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1926) im „Observer“ und der „North China Herald“ daran knüpft.

„Ein chinesischer Expert hat errechnet, daß der Güterverlust infolge der Unfähigkeit der Eisenbahnen, sie zu befördern, in China etwa den Wert vom 80 Mill. £ (1,6 Milliarden M.) erreicht habe, mehr als die Eisenbahnbaukosten!“ Ein solches Streiflicht zeigt die ungeheure Bedeutung des Verkehrsproblems in den übervölkerten, primitiv-agrarischen Teilen der Monsunländer, in denen, wie in Szechuan, zur Zeit der Weizenhöchstpreise inmitten des Weltkrieges der Bushel 10 Cents kostete, weil der Segen nicht wegzubringen war.

Wie weit, als Einleitung zum Massenverkehr, wenigstens eine Durchblutung solcher weiten Landschaften mit Schnellverkehr hochwertiger Güter und eiliger Menschen durch regelmäßigen Flugdienst herbeigeführt werden kann, dafür scheinen die indischen Luftverkehrserfahrungen und Hoffnungen am ehesten zu praktischen Erfahrungen zu kommen. Oberst F. C. Shelmerdine, der neuernannte Leiter der Civil Aviation von Indien, hat darüber vor der Air-League of India in Karachi einen guten Propagandavortrag gehalten. Man kann nicht sagen, daß die indische Regierung sehr temperamentvoll an das indische Flugproblem herangegangen ist; für die zwei Hauptbedingungen des Verkehrsflugdienstes, Regelmäßigkeit und Sicherheit (für die es in Monsunländern einige, anderwärts ungeahnte Hindernisse gibt, vgl. oben) in Gestalt von Flughäfen, Werkstätten, Notlandungsplätzen, Funk- und Wetterdienst hätte schon früher viel mehr geschehen können, bis das Mißverhältnis zwischen den indischen (vom siamesischen Flugdienst z. B. um das Fünffache übertroffenen) Flugstreitkräften und den Nachbarn, und das viele Pech der britischen Weltflieger die öffentliche Meinung aufrüttelte. An sich hält S. Indien für ein ideales Verkehrsfluggebiet, namentlich im Winterhalbjahr. Große Strecken, wichtige Knotenpunkte verbindend, weiten Vorsprung vor dem etwas lässigen und unbequemen Bahnverkehr sichernd, sind zahlreich. Auch für öffentliche Gefahren bietet das Verkehrsflugzeug kostbare Eingriffsmöglichkeiten, wo alle andern Verbindungen versagen. Das beweist der Gegensatz zwischen der Nichtverwendung von Fliegern bei der indischen Flutkatastrophe und der Verwertung beim japanischen Taifun in Kiushu zur ersten Feststellung des Sachverhalts. Gerade die Weiträumigkeit Indiens und Chinas zeigt, daß leicht „der Luxus von heute die Notwendigkeit von morgen“ werden kann. Noch hemmt freilich der persische Einspruch die Verbindung Basra—Karachi und nötigt zu einer Umgehungslinie. Verbindungen mit Australien, dem Fernen Osten sind angebahnt; und wenn Jndien nicht das Recht auf seinen Luftverkehr an Andere verlieren will, muß es in naher Zeit wenigstens die Linien Rangoon—Calcutta—Delhi—Bombay—Karachi ausbauen.

Das Problem des Farbigen hinter der Kanone, auf der Lokomotive und im Flugzeug stellt sich dabei mit erneuter Schärfe. „Die Kommunisten haben ihren Bolzen

in China verschossen", meinte der Transpacific vom 13. August 1927. Aber im selben Atemzug oder in derselben Spalte räumte er ein: „Die Interessenten an asiatischen Fragen müßten sich nun klar werden, wo der nächste Streich gegen den Westen durch den Osten fallen werde. Dem Anschein nach liefere mindestens Indien ein fruchtbares Feld, wo politische Unzufriedenheit ganz im Stil der Philippinen gefunden werde." Ein Wink mit dem Zaunpfahl an die Vereinigten Staaten, denen einer für Japan mit Korea gewandt gesellt wird.

Stanley Rice (XIX. Century 1927) tröstet die Angelsachsen — obwohl es töricht wäre, die Geschicklichkeit Moskaus zu unterschätzen — daß Indiens religiöse Anlage, sein Hang zur Kastenscheidung „nur einen Teilerfolg in kleinem Maßstab versprächen, namentlich, wenn die indische Regierung klug genug wäre, rechtzeitig Gegenmaßregeln zur Entkräftung und Diskreditierung der gerissenen Propaganda der russischen Agenten zu treffen." Das ist nicht leicht.

Rice zieht dabei kluge Vergleiche, daß gerade die zwei gewaltsamen größten revolutionären Bewegungen der Weltgeschichte, die französische wie die russische, sich durch ihren religionsfeindlichen Zug ausgezeichnet hätten, während gerade der Inder, mit wenig Ausnahmen, leidenschaftlich religiös sei; dazu käme der Gegensatz von etwa ein Zehntel (30—32 Millionen) kriegerischer, meist streng mohammedanischer Rassen zu den unkriegerischen Mehrheiten, denen die politischen Hauptschreier angehörten; diese wieder verachten die kriegerischen Pathans, Punjabi, Baluchen usw. als „barbarisches Kanonenfutter", vor dessen Los der Hindu sich gern durch rechtzeitiges Ausreißen bewahrt. Dazu kommt, daß etwa ein Drittel des indischen Lebensraums mit fast einem Fünftel der Bevölkerung von eingebornen Fürstentümern verschiedenster staatlicher Struktur eingenommen werden, die — wenn auch zuweilen wenig geschätzt — doch ein Ausbreitungshindernis neuer Staatslehren bilden. So kommen Stanley Rice und Oberst OBrien zu ihrem tröstlichen Ergebnis, dessen Vergleich mit Carthill, Das, Gwynn, Majo, Mukerjee und Sarkar, wie dem neuerdings wieder zu Wanderreden nach Hinterindien ausgezogenen Tagore wir unsern Lesern überlassen müssen. Auch Teilbrände in vollen Scheuern sind eine Gefahr! Das gilt für Briten, wie Niederländer und andere Kolonialvölker!

Zum Schluß noch einige lose Notizen:

Der japanische Fremdenverkehr ist ins Stocken gekommen. (1913: 14100; 1926: 14020). Namentlich der lukrative Dollar-Träger, der Amerikaner, 1927 in Europa mit etwa einer halben Million bei ca. 750 Mill. $ vermutlicher Ausgaben vertreten, in Europa mit ca. 400 % Steigerung gegen die Vorkriegszeit, hat sich in Japan nur um 1551 vermehrt; der ganze Ertrag der „Fremdenindustrie" wird auf 84 Mill. Goldmark geschätzt. Aber man reist eben von Amerika zu einer europäischen Massenrundfahrt für 23 Tage um 1040 Mark, bei persönlicher Führung mit Luxusunterkunft schon für 4600 Mark. Nach Japan kostet allein die Überfahrt von Amerika aus zwischen 2400 und 3000 Mark; und das Land ist teuer geworden, der gelebte Tag im Hotel nicht unter 20 bis 36 Mark zu haben. Der Amerikaner hat gelernt, die Gegenleistungen der Schweiz, Italiens, Frankreichs damit zu vergleichen. Landschaften, in denen man oft geprellt wurde, lernt die Masse auf einmal meiden; „Neppdörfer" sprechen sich herum. Auch Mitteleuropa kann von Japans bösen Erfahrungen lernen. „Teuer und schlecht" ist eine böse Bewirtungsparole, aber auch ein scharfer Gast-Dank.

Die japanische Selbstmordziffer ist mit 14000 Fällen (gegen nur 3000 der Gewalttat von fremder Hand) immer noch ungewöhnlich hoch. Die Gefolgentod-

Sitte, die Blutrache, das Harakiri sind ja erst ein Menschenalter außer Kurs; neben dem Gefolgentod Nogis und dem jüngst erfolgten Freitod eines jungen Offiziers wegen der Schändung der japanischen Sonnenflagge in Nanking waren es die Fälle zweier berühmter Literaten, Arishima und neuerdings Akutagawa, die besonders Staub aufwirbelten. Der erste hatte einen Freitodpakt zum Gefolgentod (Shinju) mit eines andern Mannes Frau gemacht; der zweite, sonst ein guter Familienvater, nahm die Selbstmordschilderung als literarisches Erlebnis mit Kritik der einzelnen Möglichkeiten vorweg. Grund: „ein unschilderbares Gefühl von Unbehagen ...“ Die nachgelassenen drei Briefe sind jedenfalls ein wertvolles Dokument zur Psychologie der eigenartigen japanischen Spielart in der Einstellung zum Ende durch eigene Hand.

Im Gegensatz zu dieser heroischeren Auffassung zeigen gute Bilder im North China Herald vom 20. August 1927 den Scharfrichtertrupp, der mit Richtschwert und „Taling“-Abzeichen (der Gewalt über Leben und Tod), getreu, wie bei uns die Feldküche, der Truppe folgt: zwei „Prügler“ mit 1 U. O.; sechs Schützen; zwei Scharfrichter und ein Offizier als „Taling“-Träger! — — Tod und Prügel als Frontpeitsche aufgefaßt!

„Neu-Delhi“ wird nicht nur von Indern, sondern auch von Dr. James H. Cousins als „häßlich“, „commonplace“, „unoriginell nnd schlampig“ bezeichnet. „Ein Alpdruck auf Indiens Brust.“ „Dumpf und schwer.“ „Eine ungeheure verlorene Gelegenheit“ — —

Wahre Liebe spricht nicht daraus!

Neu-Seeland schwankt in Samoa noch immer zwischen Kolonial-Imperialismus und dem Wunsch, seinen guten Ruf als freies Land nicht zu verlieren.

Ein Unterschied im wirtschaftlichen Verpflichtungsgefühl zu Anstand gegen in seinem Vertrauen geschädigten Kleinbesitz zwischen alten Kulturländern und neuem Reichtum macht sich in folgendem transpazifischen Gegensatz geltend: Japan, nie im Gelde schwimmend, hat die sogenannten kleinen Vermögen seiner Kriegsgegner, nachdem es schon ungern an deren Wegnahme überhaupt gegangen war, im Jahre 1920 im ungefähren Betrag von 10000 Yen freigegeben.

Die reichen Vereinigten Staaten sind nicht nur mit der Winsloe-Bill sehr zögernd gefolgt, sondern sie haben sogar noch 1927 für anständig gehalten, durch einen New Yorker Lokalgerichtshof den Witwen und Waisen, den Erben der unter der angelsächsischen Hungerblokade zugrunde gegangenen Kleinrentner das Recht auf die bescheidene Wohltat der Winsloe-Bill (Freigabe der Kleinvermögen unter 10000 $) zu bestreiten. An Witwen und Waisen hält sich das reichste Volk der Erde schadlos. Ganz vergessen wird es ihm nicht werden, wenn einmal Zuneigung und Abneigung bei transpazifischen Spannungen verteilt werden müssen. Solche Züge kühlen selbst sehr rabiate Rassen-Zusammengehörigkeitsgefühle ab, auch wenn man nicht Griffith Taylors kühne Seitensprünge für die Zukunft der Mischrassen in seinem neuen, immerhin höchst interessanten Werk: „Environment and Race“ mitzumachen geneigt ist.

Otto Maull:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Mexiko. — Vorbereitung der argentinischen Wahlen. — Chile. — Brasiliens Finanzlage. — Argentiniens Wirtschaftslage. — Mennonitenterritorium in Paraguay. — Die Ausübung der vereinsstaatlichen Militärhoheit in Nicaragua.

Im Septemberheft hatten wir die mexikanischen Präsidentschaftskandidaten Revue passieren lassen: die Generale Gomez, Obregon und Serrano. Wir wiesen darauf hin, daß sich alle drei eines nicht zu unterschätzenden militärischen Anhangs erfreuen, und daß sie gewillt seien, ihre Macht zur Beeinflussung der Wahlen zu gebrauchen. Ganz allgemein beurteilten wir die innere Machtstruktur Mexikos so: „Es ist höchst beachtenswert und spiegelt die Struktur des in sich nicht sonderlich ausgeglichenen Staatenbundes Mexiko wieder, wie die etwaige Nominierung von Kandidaten viel weniger auf dem Gegenspiel von ein paar großen Parteien beruht als auf der Tatsache einzelner Regionalgewalten basiert.“ Was wir so vor zwei Monaten unter Aufzeigung der ruhenden Einzelgewalten allgemein formulierten, hat sich inzwischen schon im speziellen Falle explosionsartig ausgewirkt. Auch für uns überraschend schnell haben sich die potentiellen Kräfte in kinetische — man sagt revolutionäre — Energien umgewandelt. In Wirklichkeit handelt es sich aber nur um den üblichen Kampf um die Führerstelle im Staate, die im nächsten Jahre verfassungsmäßig vakant wird. Immerhin handelte es sich um eine sicher sehr schlecht vorbereitete Militärrevolte, die zwar den Stier bei den Hörnern packen wollte, doch die Größe der Aufgabe vollkommen überschätzte. Sicher brach der Aufstand an der falschen Stelle, in Mexiko City, aus, wo der Anhang des Präsidenten Calles entschieden sehr groß ist. Unter der Führung von Serrano und Gomez sollen etwa 800 Offiziere und Mannschaften der Garnison gegen die Regierung in Aufruhr getreten sein mit dem Ziele, die Wiederwahl des früheren Präsidenten Obregon, der auf der Seite der Regierung steht, zu verhindern. Nach kurzem Kampfe mit den Regierungstruppen brach der Aufstand zusammen, die Führer flohen, Serrano fiel in die Hände der verfolgenden Truppen. Das seit der Habsburger Tragödie bekannte, schnell arbeitende mexikanische Kriegsgericht erkannte General Serrano als schuldig. Er wurde standrechtlich erschossen. Damit ist der Aufstand seiner Seele beraubt und im ganzen niedergeschlagen. Denn auch die Erhebungen außerhalb der Hauptstadt scheinen nur recht geringfügig gewesen zu sein. Die Staaten Veracruz, Coahuila und Puebla werden als gleichzeitige Erhebungszentren bezeichnet. In Puebla wird die Zahl der Aufständischen auf drei Kompagnien geschätzt. In Torreon in Coahuila sollen 500 Mann an dem Aufstand teilgenommen haben, die aber von den regierungstreuen Truppen der Garnison in einem Gefecht von wenigen Stunden zerstreut wurden, wie auch in Mexiko City die Regierung schon nach 24 Stunden Herr der Lage gewesen ist. Zahlreiche Hinrichtungen von aufständischen Offizieren, darunter der Generale Gonsales und Quijano, und der Ausschluß von 48 Abgeordneten, die sich an der Revolte beteiligt hatten, sind erfolgt. Alle Berichte aus Mexiko unterliegen der Zensur. So kommt es, daß sich sowohl über den Ausgang der Revolte wie über das Schicksal des Generals Gomez die offiziellen und privaten Mitteilungen widersprechen. Während die offiziellen Berichte vom völligen Zusammenbruch des Aufstandes, der Gefangennahme und der Hinrichtung von Gomez reden, heißt es auf der anderen Seite, daß Gomez

noch lebe, sich mit General Almada vereinigt habe, um den Kampf mit den Regierungstruppen aufzunehmen. Ihre Streitkräfte werden zahlenmäßig sehr verschieden hoch eingeschätzt. Spätere Nachrichten reden von empfindlichen Niederlagen der Aufständischen. General Gomez sei nach Guatemala geflohen. Wie die Dinge auch im einzelnen liegen mögen, so kann kaum bezweifelt werden, daß der endgültige volle Erfolg in dieser Aufstandsbewegung auf der Seite der derzeitigen Regierung sein wird. Stets überrascht im Verlauf solcher Revolutionen die elementare Wucht, die den politischen Gegner mit einem absoluten Vernichtungswillen verfolgt. Mexiko hat davon zur Genüge Beispiele gegeben, aber auch von anderwärts bei den Südvölkern ist dieser Zug der Vermengung der politischen und persönlichen Gegnerschaft wohlbekannt.

Neben der mit aller Schärfe betonten politischen Persönlichkeit fehlt es ganz selbstverständlich nicht an der Parteiung der Massen. Nur steht im Hintergrund kein für das Staatsleben wichtiges Parteiprogramm, sondern lediglich die Wahlparolen der Fuhrer vertreten ein solches. Im Augenblick bekämpfen sich in Mexiko — wie mir ein Leser unserer Zeitschrift in Mexiko-City, Herr Peter Weber, freundlichst mitteilt — die Reeleccionisten und die Antireeleccionisten. Die ersteren streben dabei an, den früheren Präsidenten Obregon wieder zu wählen. Sie finden, wenn auch nicht die offizielle, so doch eine tatkräftige Unterstützung der Regierung. Im ganzen soll das Volk dagegen antireeleccionistisch sein. Es ist beachtenswert, daß alle Revolutionen seit Porfirio Diaz unter der Parole: „Sufragio efectivo no reeleccion" geführt worden sind. Bedauerlicherweise greift die innerpolitische Bewegung wie überhaupt vielfach in Lateinamerika, auch wenn sie keine revolutionären und aufständischen Zuckungen durchmacht, in Mexiko sehr empfindlich in den Ablauf des wirtschaftlichen Lebens ein. Die Geschäftslage wird als recht schlecht, der Handel als sehr zurückhaltend geschildert.

Daran ist freilich nicht lediglich die nach mehr denn Jahresfrist sich ereignende Präsidentenwahl schuld, sondern die schwere Krise, in der sich Mexiko schon seit längerer Zeit befindet. Es ist eine Krisis außenpolitischen Charakters, die aber tiefgreifend auf die innere Lage zurückwirkt. Schuld ist letzten Endes die exponierte Lage des Landes gegenüber den Vereinigten Staaten, in der sich Mexiko zudem als der gleichsam geographisch auf diesen Posten gestellte Sprecher der lateinamerikanischen Welt fühlt. In keinem anderen der größeren lateinamerikanischen Staaten — mit Ausnahme von Cuba — sind außerdem die wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Union so groß wie hier. Wenn es auch einem fernen Betrachter so scheinen mag, als ob in den großen, noch immer schwebenden Fragen mit der Union eine gewisse Beruhigung eingetreten wäre, so ist das — wie mir erwähnter Gewährsmann mitteilt — keineswegs der Fall. Im Gegenteil, die Abwehrpolitik der Regierung hat eine breite Basis in der Presse und in der Volksmeinung erhalten. Tag für Tag richten die führenden Blätter der Hauptstadt, „Excelsior" und „le Universal", auf ihren Titelseiten erbitterte Angriffe gegen die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten, die an Leidenschaftlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen und zeigen, wie ernst es den Mexikanern mit der geistigen Bekämpfung der Union geworden ist. Wie erwähnt, geht es dabei nicht immer direkt um Mexiko allein, sondern die Petroleumgesetze in Venezuela und Columbien, selbst die Argentiniens, werden zum Gegenstand der Betrachtung gemacht, im Anschluß daran die Meinung geäußert, daß es dort leicht zu Konflikten von der Art der mexikanischen kommen könne. Lediglich in einem solidarischen Zusammengehen Lateinamerikas möchten diese

Blätter den einzigen Ausweg sehen. In ähnlicher Weise bringt der „Universal-Grafico" (vom 19. August 1927) einen Artikel „Vigorosa campaña contra los Mexikanos en E. E. U. U." Dort werden entrüstet die Maßnahmen von Texas gegen die mexikanische Einwanderung kritisiert. Sie bestehen in einem Antrag des Deputierten des Kongresses von Texas und gleichzeitigen Mitglieds der Einwanderungskammer in Washington, John C. Box, der den Ausschluß der Analphabeten von der Einwanderung in Mexiko zum Gegenstand hat. Ganz offensichtlich wendet er sich damit gegen die Einwanderung der mexikanischen Arbeiter, die allerdings fast ausnahmslos Analphabeten sind. Daß der Antragsteller die Mexikaner wörtlich mit den „negros y chinos" auf eine Stufe stellt, muß natürlich die kulturell höher und hochstehenden Mexikaner aufs äußerste erbittern, weil einmal bewußt Öl ins Feuer geschüttet wird, und weil auf der anderen Seite eine riesige Schwäche des mexikanischen Volkstums empfindlich getroffen wird. An sich ist allerdings die Abwehr der Union verständlich, wenn man das rasche Anschwellen des Analphabetentums dort verfolgt: 1890 zählten die Vereinigten Staaten 77 853 Analphabeten, 1920 waren es dagegen unter dem Einfluß der unerwünschten (bei weitem selbstverständlich nicht nur mexikanischen) Einwanderung 486 418 geworden. 1927 dürfte die Zahl auf etwa 650 000 angeschwollen sein. Doch nicht nur auf der Höhe des Mexikanertums ist man ganz bewußt zur Offensive gegen die Union zwecks Abwehr der Vergewaltigung von dort übergegangen, auch in der Tiefe, wenn man so will, regt es sich kräftig. So hat sich kürzlich nach dem Ausbruch des Petroleumkonfliktes eine „Liga antiimperialistica de las Americas" gebildet, die zunächst amtlich verboten, aber dann geduldet wurde. Es soll erst eine Organisation von geringer Bedeutung sein, die nur verhältnismäßig wenige Mitglieder zählt, die sich in der Hauptsache aus den unteren Arbeiterschichten rekrutieren. Doch besonders beachtenswert ist sie, weil sich ihre Tätigkeit in erster Linie gegen die Union richtet, die in aufreizenden krassen Plakaten in der Hauptstadt die Massen für sich zu gewinnen sucht, und weil sie vermutlich der Hebelarm einer fremden und sonst Amerika nicht gerade eigenen Kraft, des sowjetrussischen Machtkreises, ist. Wo mexikanische Propaganda gegen die Union es vermag, setzt sie ein. So fand einen Tag nach der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti im ganzen Land — wie ich ebenfalls der obengenannten Quelle entnehme — eine einstündige Arbeitspause statt von 11—12 Uhr morgens, die in mustergültiger Ordnung und Ruhe durchgeführt wurde. „Totenstille herrschte in den Straßen, was vor allen Dingen hier in der Hauptstadt mit ihrem ungeheuren Autoverkehr besonders auffiel. Das Zentrum der Stadt bildete einen einzigen riesigen Wagenpark. In Szene gesetzt und organisiert wurde dieser Proteststreik von der C. R. O. M., der einzig maßgebenden und größten Arbeitervereinigung des Landes, die" — wie ja bekannt — „auch gleichzeitig regierungsfreundlich eingestellt ist", und auf die sich der jetzige Präsident zum guten Teil stützt. In weitem Umfange hat die Abwehrbewegung die Arbeitermassen ergriffen, die ja zweifellos neben dem Staatsganzen auch die sachlich Nächstinteressierten an dem Streite mit den Vereinigten Staaten sind. So wird immer wieder von kleinen Revolten in den einzelnen Staaten berichtet, die sich in der Hauptsache gegen die Minengesellschaften richten. So mußten bei solcher Erhebung die Amerikaner aus dem Staate Jalisco nach Guadalajara flüchten. Solche Revolutionsherde bilden vornehmlich die von den Minengesellschaften entlassenen Arbeiter — so soll z. B. der größere Teil der Silberminen den Betrieb eingestellt haben — unter dem Einfluß von gewandten Führern. Ob unter diesen Umständen die Sanierung des Landes gelingt, mag dahingestellt bleiben. Calles hofft zwar ohne Auslands-

anleihen auszukommen und auf Grund von Sparmaßnahmen die Schulbauten und Bewässerungsprojekte durchführen zu können. Auch der Kulturkampf ist noch keineswegs vollkommen beendet. Zunächst weiß Präsident Calles freilich gegenüber jeder revolutionären Aufwallung kräftig das Staatssteuer zu handhaben; seine Position wird von der Zustimmung weiter Schichten, besonders der Arbeiter, getragen. Doch schon die Fortführung seiner Politik stößt, wie der Militäraufstand zeigte, auf Schwierigkeiten. Der Widerstand war zweifellos aus den verschiedensten Quellen genährt. Unverkennbare starke Gegenströmungen stehen in Mexiko miteinander im Kampfe. Man kann mit Fug und Recht nach wie vor von einer schweren Krisenstimmung sprechen. Sie kennzeichnet eine innere Lage, die das Land wenig geeignet sein läßt, die lateinamerikanischen Gesamtinteressen gegenüber der Union zu vertreten. So fällt die Prognose für die nächste Zukunft in Mexiko nicht so günstig aus, wie man dem Staate wünschen möchte.

Die tiefsten Gründe für die lange Serie der Zuckungen in diesem nördlichsten der lateinamerikanischen Staaten aufzuhellen, ist nicht leicht. Ihnen nachzuspüren, liegt sicher nicht im Rahmen dieses Berichts. Darf eine der aufschlußreichsten Methoden der geographischen Forschung im „Vergleich“ gesehen werden, so vermag er auch der Geopolitik Erkenntnisfrüchte zu bringen. Stellt man in diesem Sinne Mexiko Argentinien gegenüber, das ebenfalls, wie wir schon früher bemerkten, seine Präsidentenwahl im Oktober des nächsten Jahres zu erwarten hat, so wird unzweifelhaft auffallen, daß die Vorbereitung der argentinischen Wahl ganz andere Bahnen einschlägt. Natürlich fehlt es auch dort nicht an hitziger Wahlpropaganda. Wir berichteten seinerzeit über die Parteigruppierung. Als Kandidat der Antipersonalisten, der Partei, die von dem gegenwärtigen Präsidenten geführt wird, wird Dr. Leopoldo Melo, als Kandidat für die Vizepräsidentschaft Vicente C. Gallo genannt. In einer Programmrede hat Melo die Durchführung des allgemeinen Stimmrechtes betont und sich zu einer pazifistischen Politik bekannt. Schutz der Industrie, namentlich der Wein- und Zuckerindustrie, ist für ihn einer der wichtigsten wirtschaftlichen Programmpunkte. Es wird behauptet, daß weder die personalistische Gruppe der Radikalen Partei noch die Sozialisten bisher Gegenkandidaten aufgestellt haben. Dagegen verlautet, daß der frühere Präsident Irigoyen wieder kandidieren werde. Die Wahlaussichten für die personalistische wie für die antipersonalistische Gruppe der Radikalen sind ziemlich gleich, so daß die Sozialisten, die ihren Anhang hauptsächlich in der Hauptstadt haben, vermutlich den Ausschlag geben werden. Nach allen Berichten, die aus Argentinien zu uns kommen, verläuft die Vorbereitung und das Betreiben der Wahlen durch die Parteien natürlich in gewohnter Weise lebhaft, aber in keiner Weise etwa beunruhigend wie in Mexiko, und auch bei früheren Wahlen sind schon seit geraumer Zeit keine solchen ernsten Aufstandsbewegungen erfolgt, wie sie Mexiko jetzt jüngst durchgemacht hat. Dieser fundamentale Unterschied hier und dort liegt an der im Grunde doch recht verschiedenen Struktur der beiden Staaten. Der unzweifelhaft starke Zentralismus Argentiniens, die mächtige Bevölkerungsansammlung und das Übergewicht der Hauptstadt über das flache Land in Argentinien machen sich gegenüber der schon rein politischen Dezentralisierung innerhalb des mexikanischen Staatenbundes dabei genau so nachhaltig geltend, wie die stark voneinander abweichende Bevölkerungsstruktur der beiden Staaten. Dem stark indianischen Mexiko steht das vorwiegend weiße, wenn auch romanisch weiße, Argentinien gegenüber mit einem Leben, in dem sich europäisches Wesen auch in den Massen doch mehr verinnerlicht hat, als das in Mexiko trotz der ebenfalls nicht un-

bedeutenden europäischen Kultureinflüsse der Fall ist. Schließlich wirkt Mexikos beunruhigende Lage in der Grenz- und Gefahrzone, unmittelbar als Anrainer der nordamerikanischen Welt, nicht sonderlich günstig auf das Innenleben des Staates zurück. Ungleich unabhängiger gestaltet sich demgegenüber die argentinische Situation.

Chiles Staatshaushalt arbeitet zur Zeit unter dem Einfluß von Aufbau-, aber auch von Sparmaßnahmen. Eine Erklärung des Präsidenten besagt, daß bisher 2000 Beamte entlassen worden seien, daß das 20 000 Mann starke Heer um 3000 Mann vermindert worden sei. Die neue Regierung begrüßt srhr die Anlage fremden Kapitals. Nur wird der Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung der chilenischen Arbeitskräfte in ausländischen Betrieben gefordert. Die feste Währungspolitik der Zentralbank und die Reduktion des Notenumlaufs bei Aufrechterhaltung der Goldreserve hat zu einer ganz wesentlichen Besserung der privatwirtschaftlichen Verhältnisse geführt. Der Abbau der überhöhten Zölle dürfte vermutlich die Folgen des Sturzes des Salpeterpreises wieder ausgleichen. Freilich ist der Ausfuhrwert für Salpeter im Zeitraum von Januar bis Mai 1927 ganz wesentlich hinter dem der gleichen Periode des Vorjahres zurückgeblieben: 271 Mill. $ stehen 329 Mill. gegenüber. Das entspricht einer Ausfuhrmenge von 7,7 bzw. 6,3 Mill. Zentner. Günstiger liegen die Verhältnisse bei den übrigen wichtigeren Artikeln der chilenischen Ausfuhr. Die Zahlen für die genannte Periode der Jahre 1927 und 1926 sind in Mill. $ folgende: Kupfer in Barren 165 und 164, Wolle 33 und 32, Kupfererze 6 und 3; dagegen ist die Weizenausfuhr ganz bedeutend zurückgegangen: 0,6 und 13. In dem am 30. Juni abgelaufenen Salpeterjahr 1926/27 ergab sich — um weitere Angaben über dieses für den Wirtschaftshaushalt wichtigste Produkt zu machen — eine Gesamterzeugung von 1,3 Mill. t gegenüber 2,6 Mill. t im Vorjahr. Der Salpeterexport beläuft sich im letzten Jahr auf 1,5 Mill. t gegenüber 2,26 Mill. t im Vorjahr. Ausgeführt wurden nach Europa und Ägypten 0,75 (1,13 im Vorjahr) Mill. t, nach den Vereinigten Staaten 0,6 (0,9) Mill. t. So will es scheinen, wenn auch die bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht ohne weiteres überwunden werden können, daß Chile, das am Rande des Bürgerkrieges stand, den der vorige Präsident Alessandri nicht zu bannen gewußt hätte, unter der Diktatur des Obersten Ibañez einer auffälligen Gesundung entgegengeht. Seine anscheinend glücklich durchgeführte Aufgabe war zunächst die Ausrottung der weitverbreiteten Korruption. Der Feldzug der neuen Regierung galt auch dem alten Parteiwesen, das das Parteiinteresse über das Wohl des Landes stellte. Es scheint, daß auch hier Wandlungen eingetreten sind, die sich naturgemäß nur langsam zu vollziehen vermögen. Man wird die weitere Entwicklung abwarten und nicht zu früh die Erfolge des Diktators Ibañez, dem das Vertrauen von Heer und Marine für sein Wirken als Basis dient, als Dauererfolge buchen dürfen. Sollten sie sich als solche erweisen, so hat Chile eine sittliche Krisis überwunden, in die sie der glückliche Ausgang des pazifischen Krieges und der damit erworbene Reichtum an Salpeterschätzen gebracht hatten. Daß das Werk des Diktators angefeindet wird ist selbstverständlich. So redet eine jüngste Meldung von einer weitverzweigten Verschwörung, die Ibañez' Sturz plante, aber aufgedeckt wurde.

Recht schlecht sieht es in den Finanzen Brasiliens aus, das seine Stabilisierung nur dadurch aufrecht erhalten konnte, daß ihm London einen offenen Kredit von 650 000 £ zur Verfügung stellte. Man spricht jedoch schon von einer in Aussicht stehenden Verpfändung der brasilianischen Zentralbahn und des Lloyd Brasileiro

an englische oder amerikanische Geldgeber. Doch nicht vom Bund allein werden Anleihen aufgenommen. Es stehen große Anleihen von Minas Geraes, vom Bundesdistrikt, von Bahia und von Esprito Santo kurz vor dem Abschluß.

Im Gegensatz zu Brasilien zeigt dagegen Argentiniens Wirtschaftslage eine auffällige Besserung. Mais- und Weizenexport haben sich seit dem Vorjahr verdoppelt. Nach wie vor nimmt das Land die führende Stellung in der Mais- und Leinsaatausfuhr ein. Auch der Export der Gefrierfleischindustrie zeigt in der Periode vom Januar bis Ende Mai 1927 im Vergleich mit dem der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs eine sehr wesentliche Zunahme: Fleischkonserven 33414 (im Vorjahr 25827) t, davon nach Deutschland 1774 t; Gefrierhammel 25189 (31157), 943 t; Gefrierinnereien 13679 t (13145), 806 t; Gefrierrinder 111848 t (91796) 31589; gekühlte Rinder 207302 t (185108).

Beachtung verdient die Schaffung eines Mennonitenterritoriums in Paraguay, auf einem Boden, der in dem alten Jesuitenstaat schon einmal einen Staatsversuch getragen hat. Es heißt, daß die in Kanada und in den Vereinigten Staaten lebenden Anhänger der Sekte mit der Regierung von Paraguay einen Vertrag abgeschlossen haben, der ihnen ein großes Siedlungsgebiet zusichert, um darauf etwas wie einen Staat im Staate zu gründen. Da die Lehren ihrer Sekte, z. B. die Verweigerung des Eides, der Annahme irgendeines Amtes und des Kriegsdienstes, sie mit den europäischen Staaten in Konflikt gebracht und sie auch die erwünschte Freiheit im germanischen Nordamerika nicht gefunden haben, ist der Plan der abermaligen Auswanderung nach Südamerika aufgetaucht, das ihnen die Erfüllung ihrer Forderungen bringen soll und auch zugebilligt hat. Es sollen 1,6 Mill. ha mit der Basisstation in Puerto Casado erworben worden sein, die im Laufe der nächsten Jahre von 225000 Mennoniten besiedelt werden sollen. Neben der Intoleranz der nordamerikanischen Behörden habe vor allem auch deren seit dem Kriege deutschfeindliche Stimmung bei den Mennoniten, die zum größten Teil Deutsche sind, in den angloamerikanischen Ländern den Plan der Auswanderung genährt. Für das mit Siedlern nicht überreich bedachte Paraguy muß diese Zuwanderung der Mennoniten, die als tüchtige Farmer gelten, für die Erschließung der weiten zur Verfügung gestellten Chacogebiete von nicht zu unterschätzendem wirtschaftlichem Werte sein.

Nicaragua ist immer noch nicht befriedet. Mehrfach ist es in der letzten Zeit zu Gefechten zwischen Aufständischen und nordamerikanischen Marinesoldaten gekommen. Das hat das Marinedepartement der Union veranlaßt, aus Kalifornien Verstärkungen nach Nicaragua zu schicken, die aus zwei Flugzeugen und zwei Abteilungen Seesoldaten bestehen. Es ist zu beachten, wie energisch die Vereinigten Staaten ihre Militärhoheit in der mittelamerikanischen Republik ausüben.

Oswald Zienau:

RUSSLANDS GETREIDEERNTE UND GETREIDEEXPORT-AUSSICHTEN

Bekanntlich ist die Basis des gesamten wirtschaftlichen Lebens der Sowjet-Union der Ackerbau: gute oder schlechte Ernte, Getreideausfuhrmöglichkeiten und noch viele andere und speziellere Fragen und Dinge solcher Art berühren die Wurzeln der russischen Volkswirtschaft. Weshalb verständlich ist, daß nun seit Wochen schon, vom Kleinbauern angefangen bis hinauf zu den Spitzen der Staats- und Wirtschaftsführung, nur eines im Vordergrunde des Interesses, der Unterhaltung, der öffentlichen und agrarwissenschaftlichen Erörterung und im Banne zager Hoffnungen und bitterer Sorgen steht: der Ausfall der Getreideernte.

Nach Meldungen der Sowjetpresse ist die Getreideernte im Lande bereits seit einiger Zeit mit Hochdruck im Gange; in der südlichen Ukraine, in wichtigen Getreidebauzentren des Nordkaukasus und im Kubangebiet hat sogar die Bauernschaft mit der Zufuhr von Getreide neuer Ernte begonnen, und auf der Krim und im Nordkaukasus haben die Genossenschaften den Getreideankauf aufgenommen. Darnach haben Ernte und Zufuhren in diesen Agrargebieten früher, ungefähr 2 bis 2 1/2 Wochen, eingesetzt als im vorigen Jahre. In allernächster Zeit soll nun auch die Getreidekampagne im Zentralen landwirtschaftlichen Rayon, im Wolgagebiet und in Kasakstan – das ist eine junge autonome Sowjetrepublik, die Transkaspien rayoniert und nationalpolitisch eingeordnet hat – beginnen, während später damit der Ural und Westsibirien folgen sollen. – Die Aussichten dieser Ernte wurden am Stichtage des 1. Juli gewertet als „gut“ im Mittleren Schwarzmeergebiet und als „über mittel“ in der Ukraine, den Zuschußgebieten – zentralrussische und Wolgagebiete – und in Transkaukasien; „mittel“ soll der Stand der Ernten im Nordkaukasus sein, während Sibirien als nahezu „mittel“ gekennzeichnet ist; ausgesprochen „unter mittel“ sind aber die Ernteaussichten in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken. Dabei ist durchweg der Stand der Wintersaaten besser als der der Sommersaaten. – Von Bedeutung für die Beurteilung des zu erwartenden Ernteergebnisses ist noch, daß sich die Anbaufläche nach den Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung gegenüber dem Vorjahre kaum vergrößert – um weniger als 1 %! – hat, während aber in den Anbauflächen der einzelnen Kulturen starke Veränderungen zu verzeichnen sind. Beispielsweise ist im Nordkaukasus und in der Ukraine 18 bis 20 % mehr Winterweizen bei Verdrängung des Roggens und geringem Rückgange des Sommerweizens angebaut worden. Tatsächlich zugenommen hat die Anbaufläche für Weizen (14 %) und Hafer (9 %), während Roggen, Gerste und Hirse einen mehr oder minder starken Anbaurückgang aufweisen.

Nach allen diesen gesonderten Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung, die unter Berücksichtigung der natürlichen Mängel russischer statistischer Zusammenstellungen ein vielleicht etwas zu günstiges, aber doch gut erkennbares Bild der

Erntegegebenheiten vermitteln, ist in der Sowjet-Union mit einer durchschnittlichen Mittelernte für 1927 zu rechnen, die ungefähr in den Ausmaßen der guten Ernte 1926 liegen wird. Allerdings soll man der durchaus gegebenen natürlichen Skepsis des russischen Bauern folgen, der den guten oder schlechten Ernteertrag erst in der Scheuer feststellt: denn wohl nirgends als in Rußland sind Witterungseinflüsse selbst noch in den letzten Tagen von so ausschlaggebender Bedeutung, daß noch immer mit Veränderungen des Saatenstandes nach der einen oder andern Seite gerechnet werden kann! —

Getreide nimmt als staatliches Exportgut eine allererste Stelle ein; der Außenhandelsplan der Sowjet-Union ist in seiner Gestaltung absolut abhängig von der verfügbaren Ausfuhrmenge und den Absatzmöglichkeiten für russisches Getreide im Auslande. Die Besonderheiten agrarischer Wirtschaft in Verbindung mit der zum mindesten zurückhaltenden Einstellung des russischen Bauern gegenüber den Staatswirtschafts- und Staatshandelsgrundsätzen des Bolschewismus haben die Getreidebeschaffung für Exportbetätigung zu einem der schwierigsten, wenn nicht überhaupt dem schwierigsten Problem der bolschewistischen Staatswirtschaft werden lassen. Und nicht erst einmal ist in peinliche Erscheinung getreten, daß die unüberwindlichen Gegensätzlichkeiten der bäuerlichen Einstellung zum bolschewistischen Staatswirtschaftsprinzip die sorgfältig ausgeklügelten planmäßigen Vorberechnungen und Aufstellungen des Außenhandelskommissariats und der Staatlichen Planwirtschaftskommission ganz und gar über den Haufen warfen! Daß der russische Bauer eben doch mehr als ein bequem auflösbares Rechenexempel irgendeiner bolschewistischen Behörde war.

Der weiteren Behebung solcher natürlichen Schwierigkeiten bei der Getreideerfassung durch die Staatswirtschaftsorgane galt denn auch so gut wie ausschließlich die Vorarbeit der offiziellen Körperschaften, die tatsächlich zu bedeutungsvollen Veränderungen und auch schon teilweise Auswirkungen im russischen Getreidehandel geführt hat. Die möglichste Ausschaltung des privaten Getreideaufkaufs und die Bildung einer größtmöglichen Getreidereserve zur beliebigen Verfügung der offiziellen Organisationen sind langjährige Bestrebungen und Sorgen der bolschewistischen Innenwirtschaftspolitik. Der wichtigste und wohl auch — soweit sich bisher überblicken läßt — tatsächlich von Erfolg begleitete Schritt der sowjetischen Getreidepolitik ist die Bildung eines „Ständigen Staatlichen Getreidefonds“, die laut Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR. vom 11. Januar 1927 vor sich gegangen ist. 14 Paragraphen bestimmen die Funktionen dieses Ständigen Staatlichen Getreidefonds, von denen wir als die allgemein beachtlichsten die den Zweck und Umfang erläuternden zitieren wollen: „Der Ständige Staatliche Getreidefonds bildet eine von einem Jahr auf das andere übergehende Reserve von Getreide und Futtermitteln, die für folgende Zwecke bestimmt ist: a) Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung an Getreide, Viehfutter und Saatgut im Fall einer Mißernte oder sonstiger Elementarereignisse; b) Befriedigung außerordentlicher Bedürfnisse des Staates an Getreide und Futtermitteln; c) Ausschaltung von Störungen in der Versorgung der Zuschußgebiete mit Getreide und Futter; d) Regulierung der Getreidepreise im Falle ungewöhnlicher Preissteigerungen, indem ein Teil des Fonds auf den Markt gebracht wird.“ Nach § 2 wird „der Gesamtumfang des Staatlichen Getreidefonds jedes Jahr nach Anhörung des Volkskommissariats für Außen- und Innenhandel der UdSSR. vom Rat für Arbeit und Verteidigung festgesetzt“. Weitere Paragraphen befassen sich mit der Bildung, Lagerung und Finanzierung und den Abgaben aus dem Staatlichen

Getreidefonds. Über letztere besagt der § 12: „Die Abgabe aus dem Staatlichen Getreidefonds für die in den Punkten a und b (des Art. 1) vorgesehenen Fälle erfolgt durch Anordnung des Volkskommissariats für Handel auf Beschluß des Rates für Arbeit und Verteidigung; für Bedürfnisse entsprechend den Punkten c und d durch unmittelbare Anordnung des Volkskommissariats für Handel. Jede Verausgabung von Beständen des Staatlichen Getreidefonds ohne jedesmalige besondere Anordnung des Volkskommissariats für Handel — von der Realisierung zwecks Auffrischung des Getreidefonds abgesehen — zieht für die Verantwortlichen strafrechtliche Verfolgung auf Grund der Gesetze nach sich. Jeder Versuch einer unbefugten Einmischung in die Verfügung über den Fonds ist von dem Verwalter des Fonds unverzüglich dem Volkskommissariat für Handel zur Kenntnis zu bringen." Endlich stellt der § 14 noch fest: „Das Volkskommissariat für Handel und die Staatsbank legen dem Rat für Arbeit und Verteidigung jährlich Rechenschaft über sämtliche Operationen im Rahmen des Staatlichen Getreidefonds ab."

Verständlich, daß nach solchen einschneidenden Veränderungen die Getreidebeschaffungskampagne 1926/27 — die am 30. Juni beendet gewesen ist — ihre besondere Bedeutung erlangt hat. Um direkt anzuschließen an die eben gegebenen Darstellungen sei nun erst darauf hingewiesen, daß tatsächlich mit Beendigung der Getreidebeschaffungskampagne 1926/27 größere Getreidereserven als sonst in Händen der staatlichen Beschaffungsorgane waren, und zwar an Roggenvorräte zum 1. Juli d. J. 40% und an Weizenvorräte sogar 61% mehr als im Vorjahre. Die erstrebte und vor einiger Zeit gesetzlich ebenfalls neu geregelte Getreideerfassung durch direkte Staatsorgane — wobei die Beschaffung durch staatliche und autorisierte genossenschaftliche Organe als sogenannte „planmäßige" und der Getreideankauf durch nichtautorisierte Organisationen und den Privathandel als sogenannte „außerplanmäßige" charakterisiert worden ist — hat für die Konzentration des staatlichen Getreidehandels und die weitere Ausschließung des Privathandels gleichfalls zu einem Erfolge geführt. So ist der Anteil der „außerplanmäßigen" Beschaffungen gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgegangen, und zwar von einem Drittel Beschaffungsanteil auf ein Fünftel!

Das Soll der Getreidekampagne 1926/27 wurde entsprechend dem vorjährigen Ernteausfall auf 725 Mill. Pud festgesetzt. Dieser Beschaffungsplan ist nun zu 94,3% durchgeführt worden, was einer Totalleistung von 683,2 Mill. Pud Getreideprodukte (gegenüber 584,3 Mill. Pud im Jahre 1925/26) entspricht. An Weizen wurden 360,6 Mill. Pud (99,6% des Weizenbeschaffungsplanes), an Roggen 137,8 Mill. Pud (95,1%), an Gerste 29,1 und an Hafer 63,6 Mill. Pud in der abgelaufenen Kampagne bereitgestellt. Den beschafften Gesamtmengen nach beteiligten sich die verschiedenen Organisationen wie folgt: A.-G. „Chleboprodukt" mit 257,2 Mill. Pud, ukrainische Organisationen mit 127,4 Mill. Pud, der „Zentrossojus" mit 86,7 Mill. Pud, die Staatsbank mit 86,6 Mill. Pud und „Chlebozentr" mit 59,3 Mill. Pud. Zu beachten ist in diesen Zusammenhängen noch, daß die staatlichen Beschaffungspreise nur geringen Schwankungen ausgesetzt waren und um etwa 20% unter denjenigen der Kampagne 1925/26 lagen.

Über den möglichen Verlauf der einsetzenden Getreidekampagne 1927/28 läßt sich im einzelnen nur wenig Konkretes voraussagen. Günstig für den Staatshandel ist, daß, wie weiter oben schon hingewiesen, die Kampagne in wichtigen agrarischen Zentren frühzeitiger begonnen werden konnte bei noch vorhandenen und sogar sehr bedeutenden Getreidereserven und daß die erwähnte Beschaffungskonzen-

tration bei weiterem Ausschluß „außerplanmäßiger" Aufkäufer — so werden u. a. auch die Staatsbank und kleinere Genossenschaftsverbände von der kommenden Getreidekampagne ausgeschlossen — die Operationen übersichtlicher und beweglicher in der Ausnutzung der vorteilhaften Gegebenheiten durchzuführen sind. Auf der andern Seite darf nicht übersehen werden, daß die Gesamtmenge der von der russischen Bauernschaft abgestoßenen Getreideprodukte trotz guter Ernte gegenüber dem Vorjahre nicht zugenommen hat — man schätzt auf rund 875 Mill. Pud — und so beträchtliche Getreidevorräte auch bei der Bauernschaft vorhanden sein müssen. Bei dem bedeutenden Ausmaße der „Schere" — das ist das Verhältnis von Industrie- zu Landwirtschaftspreisindex — muß also mit weiterer Zurückhaltung landwirtschaftlicher Produkte gerechnet werden, und das um so mehr, als die auch im laufenden Wirtschaftsjahr eingeleitete Aktion zum Abbau der Industriewarenpreise so gut wie kein positives Ergebnis gezeitigt hatte. So ist denn schließlich der Ausgang der Getreidebeschaffungskampagne 1927/28 ein Preisproblem geblieben, und zwar ein Preisproblem recht unsicherer Art, da die Regierung bereits strikte erklärt hat, daß die niedrigen Getreidepreise unter allen Umständen beibehalten werden sollen, eine Erklärung, die in ihrem schroffen Gegensatz zu der Ergebnislosigkeit des versuchten Abbaus der Industriewarenpreise nicht ohne Auswirkungen auf die Stimmung der Bauernschaft bleiben kann!

Die Getreideexportaussichten für 1927/28 dürften insofern etwas schlechtere sein, als daß der Sowjetstaat von sich aus die Getreideausfuhr nach England ausschließen dürfte aus politischen Prestigegründen, und das ohne ein Äquivalent auf anderen Getreidemärkten der Welt. Zum näheren Verständnis sei auf den Importanteil der wichtigsten europäischen Länder für russisches Getreide hingewiesen: Von der Gesamtmenge des 1926/27 exportierten Getreides entfielen auf Deutschland als dem besten Abnehmer 21%, auf Holland 15%, auf England 14,8%, auf die Randstaaten 11%, Italien 9,9% und auf Frankreich 8%. Auch nach der dargestellten Lage des innerrussischen Getreidemarktes dürfte kaum mit einer wesentlichen Erhöhung des Exportquantums für die Ausfuhrzeit 1927/28 zu rechnen sein, wie überhaupt das Exportquantum sich in den letzten Jahren nur wenig verändert hat und an der Ertragssteigerung gewertet sogar unbefriedigender geworden ist. So sind aus der guten Ernte 1926/27 insgesamt nur 187 Mill. Pud gegenüber 161 Mill. Pud 1925/26 und 182 Mill. Pud 1923/24 ausgeführt worden, was mit um 26 Mill. Pud erhöhter Ausfuhr zu 1925/26 geradezu ein klägliches Ergebnis zu nennen ist. Deutlich ersichtlich ist aus dieser Vergleichszahlenreihe, daß der Getreideverbrauch in Rußland im stetigen Steigen begriffen sein muß. Dieser Sachlage nach ist es nicht angängig, die Getreideexportaussichten für 1927/28 bei so schwankenden Voraussetzungsfaktoren schon jetzt genauer analysieren zu wollen. Erst die nächsten Monate der Beschaffungskampagne werden die für die Beurteilung der Exportentwicklung notwendigen Unterlagen schaffen.

HERMANN STEINERT:

DIE WIRTSCHAFT IN DEN OSTSEERANDSTAATEN

Unter den Randstaaten versteht man im gewöhnlichen Sprachgebrauch die drei kleinen Länder, die an der Ostseeküste sich von Rußland getrennt haben, Estland, Lettland und Litauen, wogegen Finnland und Polen, obgleich sie ja auch, streng

genommen, Randstaatenbildungen des russischen Reiches sind, nicht zu den Randstaaten gerechnet werden. Das hat eine tiefere wirtschaftliche Begründung insofern, als tatsächlich die drei Randstaaten mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Struktur weit enger an Rußland angelehnt waren als die anderen beiden Länder. Polen und Finnland haben durch eigene Kräfte und eine eigene bodenständige Industrie eine größere wirtschaftliche Daseinsberechtigung als die drei Randstaaten, die in ihrer ganzen Wirtschaft sich als Randgebilde des großen russischen Reiches und als Ausfallstor und Eingangspforte für dieses darstellen. Die drei großen Häfen von Lettland sind beispielsweise für den Bedarf dieses Landes viel zu groß und können sich nur entwickeln, wenn das russische Hinterland ihnen Transitverkehr gibt. Die Industrie der drei Randstaaten ist auf russische Aufträge angewiesen, da sie ebenfalls für den Bedarf dieses Landes allein viel zu groß ist, in Westeuropa aber nur in Ausnahmefällen konkurrenzfähig erscheint.

Alle drei Ostseerandstaaten sind in ihren wirtschaftlichen Kräften äußerst beschränkt und daher wenig entwicklungsfähig. Das beweist schon die Tatsache, daß in den letzten Jahren nennenswerte Fortschritte kaum bemerkbar sind. Äußerlich gekennzeichnet wird dies besonders klar durch die Tatsache, daß der Seeverkehr der Häfen von Lettland und Estland seit einer Reihe von Jahren einen völligen Stillstand aufweist, wie folgende Tabelle zeigt:

Eingangsverkehr der Randstaathäfen in Nettotons

Jahr	Riga	Libau	Windau	Reval
1926	913 000	327 000	184 000	667 000
1925	918 000	298 000	205 000	658 000
1924	852 000	371 000	262 000	577 000
1923	743 000	456 000	234 000	

Diese Tabelle ist gewissermaßen ein Spiegelbild der Gesamtentwicklung. Fortschritte sind nicht zu erkennen, zum Teil sogar ein deutlicher Rückgang, der auf das Fehlen der Handelsbeziehungen mit Rußland zurückzuführen ist. Zunächst dienten nach dem Kriege die Häfen noch der Einfuhr nach Rußland, die zum Teil auf Hilfsaktionen zurückzuführen war, und nachdem dann Rußland sich wirtschaftlich wieder auf eigene Füße gestellt hat, hat es die Handelsbeziehungen mit den Randstaaten und namentlich den Transitverkehr über deren Häfen stark eingeschränkt. Daher kommt es, daß der Seeverkehr der lettländischen Häfen heute knapp ein Drittel von dem der Vorkriegszeit ausmacht, der von Reval ebenfalls noch um etwa 30% kleiner ist als vor dem Kriege, obgleich Reval auch vor dem Kriege als Handelshafen nur eine bescheidene Bedeutung hatte, weil es mehr Kriegshafen war.

Verantwortlich für die geringe wirtschaftliche Bedeutung der drei Randstaaten ist außer der Aufhebung der engen Beziehungen zu Rußland auch die Tatsache, daß alle drei Länder eine durchaus bolschewistische Agrarreform durchgeführt haben, bei der die alten Großgrundbesitzer, welche die kaufkräftigste und leistungsfähigste Schicht des Landes bildeten, enteignet sind, und zwar, ohne daß durch diese Enteignung ein wirtschaftlicher Fortschritt herbeigeführt worden ist. Die Ackerflächen, die von den alten Besitzern einigermaßen rationell bewirtschaftet wurden, sind heute überhaupt nicht voll ausgenutzt, und die neue Kleinbauerschicht beginnt erst ganz allmählich sich durch Viehzucht etwas heraufzuarbeiten. Das Ergebnis ist in der Hauptsache, daß alle drei Randstaaten, die früher Getreide ausführen konnten, heute kaum genügend Brotgetreide für den eigenen Bedarf haben. Lettland muß sogar in

erheblichem Umfange Getreide einführen. Sogar Litauen, das rein Agrarstaat ist und noch nicht einmal eine einzige Großstadt besitzt, kann sich heute knapp selbst mit Getreide versorgen. Die ganze litauische Getreideausfuhr betrug 1925 nur 5600 t, was für ein Agrarland doch sehr bedenklich erscheint.

Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage der drei Randstaaten darf man auch nicht übersehen, daß die Entwicklung eng begrenzt ist durch die geringe Bevölkerungszahl. Litauen als das größte von den drei Ländern hat bei einer Fläche von 53 200 qkm eine Bevölkerung von 2 230 000 Personen, Lettland hat 65 000 qkm Fläche und eine Bevölkerung von 1 844 000 Personen und Estland hat bei 47 500 qkm Fläche 1 120 000 Einwohner. Berücksichtigt man diese geringe Bevölkerungszahl und dazu noch die schwache Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, so ergibt sich ohne weiteres, daß der Außenhandel wenig entwicklungsfähig und die Industrie kaum lebensfähig ist.

Die Entwicklung des Außenhandels der drei Länder zeigt im Gesamtüberblick die folgende Tabelle:

Land	Einfuhr (in Millionen Goldmark)		Ausfuhr	
	1925	1926	1925	1926
Litauen	106,1	101,1	101,9	106,4
Lettland	224,9	208,1	143,7	150,7
Estland	108,1	107,0	108,2	107,9

Hiernach ist in allen drei Ländern die Einfuhr im Jahre 1926 etwas zurückgegangen, die Ausfuhr mit Ausnahme von Estland etwas gestiegen. Die Ausfuhrsteigerung ist aber so unbedeutend, daß sie praktisch nicht ins Gewicht fällt. Im Verhältnis zur Bevölkerung hat Estland die bei weitem größte Ausfuhr aufzuweisen, und es hat auch die günstigste Handelsbilanz. Dies erklärt sich daraus, daß Estland mehrere beachtenswerte Industriezweige aufweist, die die anderen Länder nicht haben und die trotz bescheidenen Umfangs leistungsfähig sind und daher auch im Ausland leicht Absatz gefunden haben. In erster Linie ist dabei zu nennen die Papierindustrie, der es ja wohl nirgends an Absatz fehlt, dann auch in Gestalt einiger großer Fabriken die Textilindustrie, die laufend nach Rußland liefert. Litauen hat Industrien, die für die Ausfuhr in Betracht kommen, fast gar nicht. Der einzige größere Industriebetrieb im litauischen Zollgebiet ist die Memeler Zellulosefabrik, die auch einen sehr wichtigen Aktivposten für die litauische Handelsbilanz liefert. In Lettland war die sehr bedeutende Industrie, von der in Riga namentlich die Gummiindustrie zu erwähnen ist, durch den Krieg fast völlig zerstört worden, da die Russen die Maschinen weggeschafft hatten. Der Wiederaufbau ist infolge des Kapital- und Absatzmangels nur langsam vor sich gegangen, und der neuen Industrie fehlt hauptsächlich der Absatz nach Rußland, mit dem ein leicht gespanntes Verhältnis bis vor kurzem bestanden hat. Erst im Sommer 1927 hat Lettland durch einen Handelsvertrag mit Rußland wesentlich bessere Aussichten für seine Industrie erlangt, die sich wahrscheinlich in der Handelsbilanz von 1927 schon bemerkbar machen werden.

Einen Weg zur Gesundung für die Randstaaten bietet die in diesem Jahre endgültig abgeschlossene Zollunion zwischen Lettland und Estland, deren Durchführung allerdings noch einige Zeit auf sich warten läßt. Da sich beide Länder in mancher Hinsicht vorteilhaft ergänzen, bedeutet die Zollunion einen erheblichen Fortschritt, namentlich für verschiedene Industriezweige. Auch Litauen hat sich mit der Frage einer Zollunion mit den anderen beiden Randstaaten beschäftigt, doch sind irgendwelche praktische Schritte in dieser Hinsicht noch nicht getan.

ANTEIL DER SEEFRACHT

AN DEN CIF- BZW. GROSSHANDELSPREISEN DER WICHTIGSTEN DEUTSCHEN EINFUHRWAREN

Errechnet nach den Durchschnittswerten bzw. Frachten von Mai 1927

Ware Herkunft Sortenbezeichnung Handelsbedingungen	Verschiffungshafen	Großhandelspreis in Hamburg*) (bei Getreide und Palmkernen Cif-Preis) in RM.		Seefracht bis Hamburg		Anteil der Seefracht an den Cif- bzw. Großhandelspreisen in %
		per handelsübliche Einheit	per 1000 kg	in Landeswährung in üblicher Einheit	in RM. per 1000 kg	
Getreide:						
Argentinien (Rosafé)	oberer La Plata	25,35 per 100 kg	253,61	28/8 per 1016 kg	28,89	11,34
Nordamerika (Hartwinter II)	U.S.A. Atl.hafen	25,50 „ 100 „	254,95	15,71 cts. per 100 lbs.	14,60	5,73
Kanada (Manitoba I)	Montreal	28,70 „ 100 „	287,15	18,04 „ „ 100 „	16,77	5,84
Baumwolle:						
Nordamerika (amer. univers.), loco frei Waggon (Bremer Notierung)	Galveston	1,61 per 1 kg	1610,–	45 cts. per 100 lbs.	41,66	2,59
Petroleum:						
Nordamerika (Leuchtpetroleum) lose, frei Bahnhof	Golfhafen	20,– per 100 kg	200,–	47/3/4 per 1016 kg	47,42	23,71
Gefrierfleisch:						
Argentinien (Rinder-Vorderviertel)	Buenos Aires	40,– per 50 kg	800,–	9/16 pence per lb.	94,34	11,79
Kaffee:						
Brasilien (Roh-Santos sup.) unverzollt, ab Freihafenlager	Santos	77,63 per 100 kg	776,–	70/– per 1000 kg	71,68	9,24
Reis:						
Indien (Burma, ungesch.)	Burma	13,50 per 50 kg	270,–	27/9 1/4 per 1015 kg	28,01	10,37
Palmkerne:						
Indien	Madras-Küste	404,– per 1016 kg	398,–	28/9 per 1015 kg	28,97	7,28
Steinkohlen:						
England (Stückkohle) frei ab Bord	Tyne	25,50 per 1000 kg	25,50	3/11 3/4 per 1016 kg	4,01	15,73

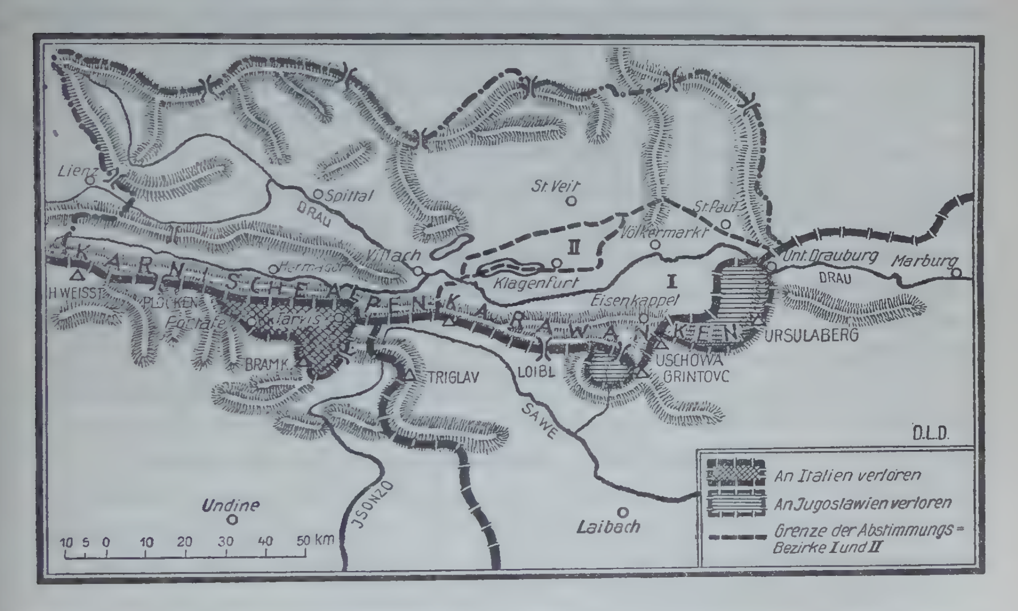
Großhandelsindex Mai 1927 = 137,1 (Wirtschaft und Statistik, Berlin).
Seefrachtenindex Mai 1927 = 129,61 (The Economist, London).

*) *Den Großhandelspreisen liegen die Hamburger Monatsdurchschnitts-Notierungen des Statistischen Reichsamts („Wirtschaft und Statistik", Berlin) zugrunde, außer bei Baumwolle (Bremer Notierung), Petroleum und Gefrierfleisch. Bei den beiden letztgenannten Gütern wurde von den Berliner Notierungen ein entsprechender Abzug für Binnenfracht und Zwischengewinn gemacht, bei Petroleum außerdem noch ein Abzug für Zoll.*

MARTIN WUTTE:

KÄRNTENS SÜDGRENZE

Kärntens geopolitische Lage ist hauptsächlich durch drei Tatsachen bestimmt: Im Westen und Norden durch Pässe mehrfach mit dem deutschen Norden verbunden, ist es politisch seit dem frühen Mittelalter deutsches Grenzland gegen Italien, seit 1919 auch gegen Südslawien. Ferner berühren sich an seinem Süd-



rande die drei Hauptvölkergruppen Europas: Germanen, Slawen und Romanen, indem im altkärntnerischen Kanaltal Deutsche, Slowenen und Italiener zusammenstoßen. Endlich ist es Durchgangsland für den Verkehr von der Adria und der Friaulischen Tiefebene nach Süddeutschland und Wien.

Infolge dieser geopolitischen Lage spielt das Land trotz seiner Kleinheit eine wichtige Rolle im südlichen Mitteleuropa. Daher ist denn auch seine Südgrenze von besonderer Bedeutung.

Sie ist in der Karnischen Hauptkette und in den Karawanken von Natur aus gegeben. Dort, wo an der Gailitz eine Lücke zwischen den Karnischen Alpen und den Karawanken klafft, schiebt sich südlich vom Kanaltal (zwischen Pontafel und Tarvis) die mächtige Bramkofelgruppe (Montaschgruppe), der nördlichste Zug der

Julischen Alpen, vor. In einer Länge von rund 200 km und mit einer mittleren Höhe von fast 2000 m ziehen sich diese Grenzgebirge vom Hochweißstein (Monte Peralba 2694 m) an der Südwestecke Kärntens bis zum Ursulaberg (1696 m) im Südosten hin, bis zu 1700 m über die Talsohle aufsteigend, oft mauerartig gegen Norden zu abfallend und nur an wenigen Stellen durch Pässe unterbrochen. Nach Paschinger[1]) beträgt die Höhe des Abfalles von der bis 1919 geltenden Grenzlinie bis zu einer Grenzferne von 5 km nach innen zu durchschnittlich 700 m, nach außen zu 785 m. Selbst die Pässe führen bis zu einer Meereshöhe von 1360 m (Plöcken), 1366 m (Loibl) und 1218 m (Seeberg) empor. Ein einziger Paß, die Talwasserscheide von Saifnitz im Kanaltale, bleibt mit einer Meereshöhe von 810 m unter der Waldregion. Doch führt der Südausgang des Kanaltales durch das 10 km lange Durchbruchstal der Fella, das hier neben der Bramkofelgruppe infolge seiner Enge und der Armut an Siedlungen als Kärntens Naturgrenze zu betrachten ist, zumal das Kanaltal schon wegen seiner geringen Entfernung von den wirtschaftlichen Mittelpunkten Kärntens, Villach und Klagenfurt, und wegen der leichten Verbindung mit dem Norden ganz zum übrigen Kärnten neigt. Ein zweiter Ausgang des Kanaltales nach Süden, der Predil, erreicht wieder eine Meereshöhe von 1160 m.

Im äußersten Osten erheben sich die Ausläufer der Karawanken noch immer bis zu einer Meereshöhe von 1700 m und darüber. Sie bilden schon dadurch eine gute Trennungszone zwischen dem altkärntischen Mießtal und den südsteirischen Tälern der Sann und der Mießling.

Zur Höhe der Grenzgebirge gesellt sich ihre stattliche Breite. Der Karnischen Hauptkette und der Montaschgruppe sind im Süden ausgedehnte Gebirgsmassen vorgelagert und die Karawanken teilen sich östlich vom Mittagskogel in der Richtung von Osten nach Westen in zwei Züge, den mehrfach durchbrochenen Nordzug und die geschlossene südliche Hauptkette. Überdies schließen sich den Karawanken im Osten die Steiner Alpen an, die die Karawanken an Höhe und Wildheit noch übertreffen.

So bilden die Karnisch-Julischen Alpen und die Karawanken durch ihre Höhe und Breite einen mächtigen Grenzwall, der bis zum heutigen Tag trotz Eisenbahnen und Autostraßen eine stark trennende Wirkung ausübt. Dazu kommt, daß der Grenzwall zum größten Teil mit Wald, Alm und Ödland bedeckt ist[2]). 43% der südlichen Grenzlinie Kärntens laufen über Wald, 20% über Almen und 35% über Fels. Nur 1% geht über Kulturland, der Rest ist Flußgrenze (Draugrenze bei Unterdrauburg)[1]). Dadurch wird der Grenzwall zu einer breiten Grenzwildnis und die trennende Kraft der Grenzgebirge noch verstärkt.

Endlich sind Grenzwall und Grenzwildnis naturgemäß entweder gar nicht oder nur sehr spärlich besiedelt. Sie werden dadurch zur Grenzeinöde, die nur an Paßfurchen etwas eingeschränkt wird[3]).

Grenzwall, Grenzwildnis und Grenzeinöde bilden die natürliche südliche Grenzzone Kärntens[1]). Innerhalb dieser Zone war die Grenzlinie durch die Wasserscheide von selbst gegeben. Nur an zwei Stellen wich die alte Landesgrenze von der Wasserscheide ab, im Kanaltal, wo sie über den Beginn des Felladurchbruches bei Pontafel, und südlich vom Seeberg, wo sie über den Beginn des Kankerdurchbruches verlief. Doch hat Österreich auf die südlich vom Seeberg gelegene Gemeinde Seeland 1919 mit Rücksicht auf ihre geographische Lage und ihre völkischen und wirtschaftlichen Verhältnisse freiwillig zugunsten Südslawiens verzichtet. Infolge des Zusammentreffens mit der Wasserscheide verlief die alte Landesgrenze Kärntens im Süden in großer Höhe. Nach Paschinger beträgt ihre mittlere Höhe 1704 m. Nimmt man den Seeberg anstatt des nur 664 m hohen Endes des Kankerdurchbruches als Grenze, wie Österreich es verlangte, so erhöht sich diese Ziffer noch beträchtlich.

Die natürlichen Schranken der südlichen Grenzzone Kärntens mußten auch politisch zur Geltung kommen. Drängen sie sich doch durch ihre Höhe und durch die Steilheit des Abfalles geradezu als Grenze auf! Sie haben daher schon seit den ältesten Zeiten staatlichen Lebens die Rolle von politischen Grenzen gespielt, bildeten in der Römerzeit die Südgrenze der Provinz Norikum, späterhin die der Karolingischen Ostmark und seit 976 fast ununterbrochen die des Herzogtums Kärnten. Die römischen Zollstätten zwischen Norikum und Italien lagen an der Plöckenstraße und im Kanaltale bei Pontafel, dort, wo 1328 nach einem Berichte Konrads von Aufenstein, des Landeshauptmanns von Kärnten, an den Patriarchen von Aquileja die Grenzsäulen standen, die das Gebiet des Herzogs von Kärnten von dem des Patriarchen von Aquileja schieden und wo Kärntens Grenze bis 1919 lief. Wohl traten zeitweise Verschiebungen ein, aber sie alle waren von kurzer Dauer. Immer wieder setzten sich die Naturgrenzen Kärntens als politische Grenzen durch[4]).

Kärntens südlicher Grenzwall war auch sein natürlicher Schutz gegen feindliche Einfälle. Im Kriege Kaiser Maximilians I. mit Venedig wurden die gegen Kärnten anrückenden Venezianer an den Karnisch-Julischen Alpen abgewehrt (1508). Maximilian stellte damals der Kärntner Landschaft das Zeugnis aus, „daß sie sich in der Gegenwehr des Krieges getreulich und ritterlich gewehrt und so wohl gehalten habe, daß sie zusamt ihrer Selbsterhaltung und Errettung vor der Feinde tyrannischer Servitut von dem heiligen Reiche billig in Ewigkeit Dank, Ehr und Lob empfangen soll“. Die Heere Napoleons wurden 1797 bei Tarvis, 1809 durch die Festungen bei Malborghet und am Predil, Österreichs heldenmütig verteidigten „Thermopylen“, so lange aufgehalten, bis die Österreicher einen genügenden Vorsprung hatten. Umgekehrt leisteten die Franzosen 1813 nach der siegreichen Befreiung Oberkärntens durch General Hiller bei Tarvis den letzten Widerstand. Und im Weltkrieg bewährten sich die Karnisch-Julischen

Alpen neuerdings als natürliche Schutzwehr gegen den treulosen Bundesgenossen. Sie waren, als Italien im Mai 1915 an Österreich den Krieg erklärte, nahezu unbesetzt. Der österreichische Generalstab trug sich, da es ihm an den nötigen Truppen fehlte, mit dem Gedanken, die Landesgrenze preiszugeben und dem Gegner erst bei Villach die Spitze zu bieten. Da waren es die eben erst aufgestellten Kärnter Freiwilligen Schützen, junge Burschen und ergraute Männer, die an die Grenzen eilten, sie neben wenigen Landsturmbataillonen mit ihrem Leibe deckten und Kärnten, gestützt auf dessen natürlichen Schutzwall, vor unsagbarem Unglück bewahrten. Und auch die Karawanken waren für Kärnten wiederholt eine kräftige Schutzmauer, wenn auch nicht in dem Maße wie die Karnisch-Julischen Alpen, da sie vor 1919 nicht Staatsgrenze waren. So wurde Kärnten, nachdem die Türken zwischen 1473 und 1490 mehrmals überraschend eingebrochen waren, schließlich durch Verrammlung und Befestigung der Karawankenpässe gegen weitere Türkeneinfälle geschützt; im Befreiungskriege von 1813 konnte der Loibl durch ein einziges österreichisches Jägerbataillon gegen eine fünffache Übermacht gehalten werden.

Die trennende Kraft der südlichen Grenzzone Kärntens wirkt sich auch wirtschaftlich aus. Die nur mit Schwierigkeiten zu überwindenden Schranken zwischen Nord und Süd hatten zur Folge, daß sich sowohl nördlich als auch südlich voneinander unabhängige Wirtschaftsgebiete entwickelten, die zu natürlichen Lebensräumen wurden. Von diesen ist der nördliche, Kärnten, besonders klar ausgeprägt.

Kärnten stellt nämlich eine geographische Einheit dar, wie man sie in Europa kaum ein zweites Mal findet [5]). Seine Grenzen sind nicht nur im Süden, sondern auch im Westen, Norden und Osten von Natur aus klar bestimmt. Denn wie im Süden, so ist auch im Westen, Norden und Osten die Grenzzone Kärntens durch Grenzwall, Grenzwildnis und Grenzeinöde gegeben. So legt sich um das Kerngebiet, das Klagenfurter Becken und die Täler der Lavant, Mieß, Gail, oberen Drau, Lieser, Möll und Gurk ein breiter, fast durchwegs geschlossener Grenzgürtel herum. Dieser nach innen zu etwa 15 km breite Grenzgürtel ist ohne den mindestens ebenso breiten Grenzgürtel nach außen doppelt so groß wie das Kernland [1]). Dazu besitzt Kärnten im Flußsystem der Drau auch ein einheitliches Fluß- und Talnetz und infolgedessen auch ein einheitliches Verkehrsnetz, dessen Adern dem zentral gelegenen Klagenfurter Becken und dessen natürlichem Mittelpunkt, der Landeshauptstadt Klagenfurt, zuströmen, ohne irgendwelchen größeren Schwierigkeiten zu begegnen. Dazu kommt, daß die wirtschaftlichen Hauptzentren Kärntens im Vergleich zu den benachbarten Wirtschaftszentren außerhalb Kärntens so günstig gelegen sind, daß sie von jedem Punkte Kärntens aus rascher oder mindestens ebenso rasch erreichbar sind als irgendeines der genannten Zentren [6]). So kommt man z. B. vom äußersten Ostpunkte des früheren Kärnten, Unterdrau-

burg, ebenso rasch nach Klagenfurt wie nach Marburg, von den südlichsten Märkten Kärntens, Ferlach und Eisenkappel, viel schneller nach Klagenfurt als nach Laibach, vom entferntesten Punkte des Kanaltales, Pontafel, rascher nach Villach als nach Udine. Die alte Landesgrenze ist daher auch die von Natur aus gegebene Verkehrs- und Wirtschaftsgrenze Kärntens, die auch das Kanaltal sowie das Mießtal und den Markt Unterdrauburg umschließt.

Die scharfe Abgrenzung Kärntens nach außen und die Schwierigkeiten, die der Verkehr mit den Nachbarländern zu überwinden hat, die verkehrsgeographische Einheitlichkeit des Landes und die Leichtigkeit des Verkehrs innerhalb der natürlichen Grenzzone haben nicht nur starke wirtschaftliche Bindungen zur Folge gehabt, sondern auch innige geistige Zusammenhänge zwischen allen Teilen des Landes geschaffen. Daraus erklärt sich die Entwicklung der kulturellen, nationalen und sprachlichen Verhältnisse des Landes. Die über die nördlichen und westlichen Grenzpässe seit dem frühen Mittelalter hereinflutende, von zahllosen Einwanderern getragene deutsche Kulturwelle ergoß sich über das ganze Land bis hinunter ins Kanaltal und ins Mießtal und zog die kulturell tiefer stehenden slawischen Schichten der Bevölkerung so stark in ihren Bannkreis, daß sie zum größeren Teil ihre Sprache und Nationalität aufgaben, ein Vorgang, der bis in die neueste Zeit andauerte. Ganz Kärnten wurde ein deutsches Kulturland und damit auch eine Kultureinheit [7]). Denn auch der Rest der slowenisch sprechenden Bevölkerung hat die deutsche Kultur, deutsche Sitten und Gebräuche, deutsche Lebensgewohnheiten und Wirtschaftsformen angenommen, wenn er auch slowenisches Nationalbewußtsein hat. Bei der letzten Zählung von 1923 haben sich im Gebiete des heutigen Kärnten 38 000 Bewohner, das sind 10 % der Gesamtbevölkerung, als zugehörig zur slowenischen Sprache bekannt. Kärntens Südgrenze wurde so auch zu einer Kulturgrenze. Wohl schlug die deutsche Kulturwelle zeitweise über die Karnisch-Julischen Alpen hinüber nach Friaul und über die Karawanken nach Krain, wohl schien Friaul im 14. Jahrhundert ein deutsches Land werden zu wollen und ist Krain auf Grund der durch die Jahrhunderte der Vergangenheit von den Deutschen daselbst geleisteten Kulturarbeit im Sinne Pencks als deutscher Kulturboden zu betrachten, aber der deutsche Kultureinfluß war südlich der Kärntner Grenzgebirge mit Ausnahme des Gottscheerlandes doch nur vorübergehend und nicht so nachhaltig wie in Kärnten. In Friaul war das Schicksal der deutschen Kultur bereits am Ende des Mittelalters besiegelt und in Krain trat der Rückschlag im 19. Jahrhundert ein.

Die alte Landesgrenze Kärntens war somit in Natur und Geschichte, Wirtschaft und Kultur tief begründet. Trotzdem hat sich der Pariser Friedenskongreß nicht überall an sie gehalten, sondern die neuen Staatsgrenzen Italiens und Jugoslawiens an zwei Stellen über sie hinaus nach Norden geschoben, indem er das Kanaltal mit 5600 Deutschen und 1500 Slowenen Italien, das Mießtal und

den Markt Unterdrauburg mit zusammen 3000 Deutschen und 12000, der Mehrheit nach deutschfreundlichen Slowenen ohne Volksabstimmung Jugoslawien zusprach. Dadurch wurden zwei urkärntnerische Landschaften gegen die Forderungen der Natur und der Wirtschaft von ihrem Mutterlande losgerissen und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, die sich in beiden Gebieten bei einer Volksabstimmung ohne Zweifel für das Verbleiben bei Kärnten ausgesprochen hätte, verletzt.

Italien hat bekanntlich vor seinem Eintritt in den Krieg überall die Wasserscheide als politische Grenze verlangt. Nach dem Vertrage, den es am 26. April 1915 in London mit England, Frankreich und Rußland abschloß, sollten die Grenzen gegen Kärnten „bis zu den Bergen von Tarvis, dann auf der Wasserscheide der Julischen Alpen, über die Höhe Predil, den Berg Mangart, den Triglav“ usw. gehen. Auch der Waffenstillstandsvertrag zwischen Italien und Österreich vom 3. November 1918 zog die Grenze nach den Karnischen Alpen, über den Tarviser Berg, die Wasserscheide der Julischen Alpen, den Predilpaß, Mangart, Triglav usw. Es ist kein Zweifel, daß unter dem Tarviser Berg die Saifnitzer Wasserscheide gemeint ist. Sonst hätten statt der Julischen Alpen und des Predils die Karawanken genannt werden müssen. Die neue Grenze sollte also westlich und südlich von Tarvis verlaufen. Dennoch wurde sie im Friedensdiktat von St. Germain trotz aller Proteste der Bevölkerung, die nicht einen einzigen bodenständigen Italiener unter sich zählte, und entgegen den Forderungen der österreichischen Regierung nach einer Volksabstimmung nördlich von Tarvis über die Lücke zwischen der Karnischen Hauptkette und den Karawanken gezogen. Wie bei Toblach, so griffen die Italiener auch hier über die von ihnen früher so nachdrücklich als Grenze geforderte Wasserscheide hinaus. Als willkommene Frucht fielen Italien dadurch auch die Blei- und Zinkerze von Raibl in den Schoß.

Mit der Erwerbung des Kanaltales nicht zufrieden, wollte Italien auch noch das von ihm bereits 1919 besetzte Törl behalten, obwohl der Friedensvertrag ausdrücklich sagt, daß die neue Grenze fortan südlich von der Ortschaft und dem Bahnhof Törl zu laufen hat. Erst nach langwierigen Verhandlungen gaben sie Ende 1924 den widerrechtlich besetzten Ort heraus.

Nicht genug an dem machen sich in Italien auch Bestrebungen bemerkbar, die Grenze noch weiter nach Norden zu verschieben. Wiederholt ist dort schon der Gedanke erörtert worden, Österreich aufzuteilen und bei dieser Gelegenheit neue Besitzerwerbungen auf Kärntner Boden zu machen.

Der Grund dieses Dranges von Italien nach Norden ist in der strategischen und verkehrsgeographischen Bedeutung des Kanaltales und des „schrägen Durchganges“ durch die Ostalpen zu suchen, jener großen, mitteleuropäischen Verkehrslinie, die von der Friauler Ebene längs der Fella ins Kanaltal und von da über Tarvis, Villach, Friesach, Bruck und den Semmering nach Wien führt.

Diese Straße war zu allen Zeiten wirtschaftlich und militärisch von großer Wichtigkeit. Auf ihr vollzieht sich seit der Römerzeit der Handel zwischen Oberitalien und dem Wiener Becken. Sie ist die Druck- und Stoßlinie, auf der der Angriff bald von Norden, bald von Süden, je nach der Verteilung der Macht, erfolgt. Auf ihr marschierten nicht bloß die Heere Napoleons, sondern schon die römischen Legionen gegen die Donau zu und zogen deutsche Könige und Kaiser, wie Konrad III., Heinrich IV., Friedrich I., Friedrich II. und Friedrich III. nach Italien. Auf ihr wollte Italien 1866 den Stoß ins Herz der Habsburgischen Monarchie führen. Die Schlacht von Kustozza brachte diese Pläne zum Scheitern. Auf dieser Straße liegt Villach, der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt der Ostalpen, in dem sich der schräge Durchgang mit den Bahnlinien München—Salzburg—Rosenbach—Görz—Triest und Franzensfeste—Klagenfurt—Marburg schneidet. Von ihr zweigt bei Bruck eine andere ab, die über Graz nach Ungarn führt, das seit Ludwig Kossuth innige Sympathien gegenüber Italien hegt und für dieses heute oder morgen Bundesgenosse in einem Krieg gegen Jugoslawien sein kann. Dieser Weg, heute durch eine größtenteils zweigleisige Eisenbahnlinie gekennzeichnet, ist unabhängig von Jugoslawien und daher für Italien im Frieden wie im Kriege doppelt wertvoll.

Den Schlüssel zu diesem für Italien so wichtigen schrägen Durchgang bildet das Kärntner Kanaltal mit dem Straßenknotenpunkt Tarvis, von dem vier Straßen ausgehen; eine durch die Pforte von Törl nach Norden, eine zweite über die Saifnitzer Wasserscheide nach Oberitalien, die dritte über den Predil nach Görz und Triest, eine vierte über die Ratschacher Höhe und längs der Save nach Laibach.

Die große Bedeutung des Kanaltales hat schon Kaiser Heinrich II. erkannt. Darum hat er, der schon 1004 in Tirol erfahren hatte, was Gebirgspässe in der Hand des Feindes bedeuten, das ganze Gebiet von Villach bis Pontafel, welches die Übergänge über Drau und Gail und das ganze Kanaltal in sich schließt, in die sichere Hand seiner Lieblingsstiftung Bamberg gegeben. Aber auch Napoleon wußte nach den unliebsamen Erfahrungen von 1797 und 1809 die Bedeutung des Kanaltales wohl zu schätzen. Er ließ sich 1809 im Schönbrunner Frieden ganz Oberkärnten mit Villach abtreten, wodurch er ein gutes Stück des schrägen Durchganges mit Villach in seine Gewalt bekam, und schlug dann das Kanaltal zum Königreich Italien, um es desto sicherer in der Hand zu haben, während er das übrige Oberkärnten mit den von Laibach aus verwalteten Illyrischen Provinzen vereinte.

Die Übergabe des Kanaltales an Italien bedeutet für Kärnten einen unvergeßlichen Verlust und eine arge Gefährdung seiner Sicherheit. Frei und ungeschützt liegt jetzt Kärnten, das sich nun nicht mehr wie im Weltkrieg auf seinen natürlichen Schutzwall südlich vom Kanaltale stützen kann, vor Italien da.

Die neue Grenzlinie ist in der Natur viel weniger begründet als die alte. Die Pforte bei Törl bietet nicht im entferntesten die Verkehrsschwierigkeiten wie der Felladurchbruch südlich von Pontafel und die östlichen Ausläufer der Karnischen Hauptkette, auf welchen die Grenze jetzt verläuft, sind lange nicht so hoch wie die Bramkoflgruppe und keine Völkerscheide wie diese.

Liegen dem Drucke Italiens nach Norden strategische und handelspolitische Ziele zugrunde, so werden die Bestrebungen Jugoslawiens, sich über die Karawanken hinaus auszudehnen, durch nationale Triebfedern veranlaßt. Im Gegensatze zu Italien konnte Jugoslawien nach dem Zusammenbruche seine Forderungen gegenüber Kärnten zwar mit dem Hinweise auf eine größere Zahl von Volksgenossen begründen, die wenigstens in einem Teile des von ihm verlangten Gebietes wohnen. Aber dieser Hinweis war nicht stichhaltig. Denn das beanspruchte Gebiet ist überwiegend deutsch, im Norden sogar reindeutsch, im Süden gemischt, und die Mehrheit der slowenischen Bevölkerung lehnte die Angliederung an Jugoslawien ebenso entschieden ab wie die deutsche.

Jugoslawiens Forderungen gingen viel weiter als die Italiens und hätten, wenn sie in Erfüllung gegangen wären, das so einheitliche Kärnten vollständig zerrissen. Die von ihm verlangte Grenze läuft über Hermagor, Villach, zwischen Ossiacher- und Wörthersee, etwa 10 km nördlich von Klagenfurt und über St. Paul im Lavanttal. Sie durchschneidet ein dichtbesiedeltes, geographisch und wirtschaftlich vollkommen einheitliches Gebiet, kann also mit der Karawankengrenze nicht verglichen werden.

Den Forderungen der Jugoslawen gegenüber beharrte Kärnten auf der Karawankengrenze, gestand jedoch von allem Anfang an zu, daß der Bevölkerung des umstrittenen Gebietes allenfalls das Recht eingeräumt werde, durch eine Volksabstimmung über ihre zukünftige Staatszugehörigkeit selbst zu entscheiden. Als dann im November 1918 jugoslawische Abteilungen in Kärnten eindrangen, zeigte es sich in der Tat, daß die geographische und wirtschaftliche Einheit des Landes, die tausendjährige gemeinsame Geschichte, die vielfache Blutmischung und die Durchtränkung des ganzen Landes durch die deutsche Kultur in der Bevölkerung ein so starkes Gefühl unteilbarer Zusammengehörigkeit hatte erstehen lassen, daß nicht bloß die deutsche, sondern auch ein Großteil der slowenisch sprechenden Bevölkerung zu den Waffen griff und in mehrfachen Stößen bis Anfang Mai 1919 die unliebsamen Eindringlinge mit Waffengewalt aus dem Lande jagte[8]). Im Verlauf dieser Kämpfe kam im Jänner 1919 eine amerikanische Kommission nach Kärnten, um einen Waffenstillstand zwischen den beiden Gegnern herbeizuführen. Glücklicherweise befand sich auch ein Geograph dabei, Lawrence Martin, Professor der Wisconsin-Universität in Madison. Die Kommission lernte in mehrtägigen Forschungsfahrten durch das umstrittene Gebiet auf Grund eigener Anschauungen die geographische und wirtschaftliche Einheit

des Landes, die Wünsche der Bevölkerung und die Vortrefflichkeit seiner Südgrenze kennen. Sie arbeitete ein Gutachten aus, das der amerikanischen Friedensdelegation in Paris bei den Friedensverhandlungen als Grundlage diente. Auf Grund dieses Gutachtens traten die amerikanischen Vertreter in der Gebietskommission der Friedenskonferenz entschieden für die Aufrechterhaltung der Karawankengrenze ein. Auch die Vertreter Italiens schlugen vor, die Grenze vom Ursulaberg westwärts nach den Karawanken zu ziehen. Die Vertreter Englands empfahlen eine Grenze, die vom Hühnerkogl (nordwestlich von Unterdrauburg) nach Südwesten gegen den Grintouc (Steiner Alpen) zu und weiter nach den Karawanken verläuft. Doch war die britische Delegation geneigt, auch eine mehr südliche Grenze in Erwägung zu ziehen. Nur der französische Vertreter wollte Klagenfurt den Südslawen zuteilen.

Durch die blutigen Abwehrkämpfe von Dezember 1918 bis Mai 1919 errang sich Kärnten die Volksabstimmung, die in zwei Zonen, einer südlichen, der Mehrheit nach slowenischen Zone I, und dann allenfalls in einer nördlichen, überwiegend deutschen Zone II durchgeführt werden sollte. Obwohl die südliche Zone unter jugoslawischer Verwaltung stand, entfielen bei der Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 doch 22 000 Stimmen (59 %) auf Österreich und nur 15 000 auf Jugoslawien. Dieses Ergebnis ist um so bedeutsamer, als sich bei der Volkszählung von 1910 in der südlichen Abstimmungszone 50 000 Bewohner zur slowenischen Umgangssprache bekannt haben und nur 23 000 zur deutschen.

So erhielt der westliche und der mittlere Teil der Karawankengrenze durch eine klare und unzweideutige Willensäußerung der Bevölkerung eine besondere Weihe. Im Osten dagegen wurde die neue Staatsgrenze von den Siegermächten willkürlich über die Karawanken hinaus nach Norden gerückt, indem das Friedensdiktat von St. Germain als Grenze eine Linie festsetzte, die von der Uschowa, einem Berge der Ostkarawanken, eine Strecke lang auf der Wasserscheide des Mießtales, dann zur Drau und von hier zur alten Landesgrenze gegen Steiermark zu läuft. Die neue Grenze ist im Gegensatz zur alten auch hier wenig begründet, denn das Mießtal ist vom Klagenfurter Becken nur durch eine niedrige, zum Teil gutbesiedelte Wasserscheide getrennt, deren niedrigster Punkt sich nur 50 m über die beiderseitigen Talsohlen erhebt.

Wie die Italiener durch die Erwerbung des Kanaltales die Bleierze von Raibl und den strategisch wertvollen Straßenknotenpunkt Tarvis in ihre Hand bekamen, so erhielten die Jugoslawen mit dem Mießtale die ungemein reichen Bleilager von Schwarzenbach und den wichtigen Straßenknotenpunkt Unterdrauburg, in dem sich die Bahnlinien Klagenfurt—Marburg und Zeltweg-Cilli kreuzen. Da die Jugoslawen überdies den Seebergpaß und die Höhen des Mießtales beherrschen, so steht auch ihnen der Eingang in das Kerngebiet Kärntens offen. Auch hier hat Kärnten durch den Verlust seiner Naturgrenze seinen natürlichen Schutzwall eingebüßt.

Auch die slowenischen Ausdehnungsgelüste nach Norden sind noch nicht zum Stillstand gekommen. Wie der jugoslawische Ministerpräsident am 18. Mai 1921 in der Skupschtina erklärte, hat die jugoslawische Regierung am 26. März d. J., wenn auch vergeblich, an die Botschafterkonferenz das Ansuchen gestellt, die Drau als Grenze zwischen Jugoslawien und Österreich festzulegen, da das ganze Gebiet südlich der Drau national, geographisch und wirtschaftlich mit dem südslawischen Staate ein Ganzes bilde. Diesmal konnten den Südslawen die Äußerungen des bekannten Südslawenfreundes Govain entgegengehalten werden, der im Journal de Debats vom 19. März 1919 erklärte, daß die Drau die wirtschaftliche Achse ihres Beckens sei und eine Grenze entlang der Drau den politischen und wirtschaftlichen Interessen widersprechen würde.

Auch heute noch ist man in gewissen Kreisen Laibachs ernstlich gewillt, die Kärntner Frage neuerdings aufzurollen, wenn Österreich sich an Deutschland anschließen sollte. Slowenische Blätter und Politiker aller Parteirichtungen haben wiederholt für den Fall des Anschlusses Österreichs an Deutschand eine Korrektur der Karawankengrenze zugunsten Jugoslawiens verlangt, und zwar ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung, denn „die Rechte Südslawiens auf den ‚slowenischen' Teil Kärntens seien notorisch, und diese Rechte müßten den Slowenen zuerkannt werden ohne alle Zeremonien, also ohne Volksabstimmung". Nach demselben Ziele streben auch ausgesprochenermaßen verschiedene nationale Vereine Sloweniens, nicht bloß chauvinistische wie die Orjuna, sondern auch ernster zu nehmende wie die jugoslawische Matica[9]). Erst 1926 hat Dr. Brejc, der erste jugoslawische Landespräsident in Slowenien, verlangt, daß Österreich, wenn es sich nicht halten könne, aufgeteilt werden solle, und zwar in der Art, daß Nordtirol, Salzburg ohne den Lungau und Oberösterreich sowie der steirische Teil des Ennstales zu Deutschland, das Lienzer Gebiet und Westkärnten bis Spittal und Hermagor zu Italien, Südkärnten ungefähr bis zu der früher angegebenen, von Jugoslawien 1919 verlangten Grenze sowie Radkersburg in Steiermark zu Jugoslawien geschlagen wird; der Rest von Österreich: Niederösterreich, das Burgenland, das restliche Steiermark und Kärnten und der Lungau soll darnach einen „Freistaat Wien" bilden. Nach diesem Plane würde also Kärnten in drei Teile zerrissen[10]).

Kärntens Südgrenze ist nach alledem von Südwesten und Südosten her bedroht. Zwar ist die Gefahr im Augenblicke nicht groß, aber sie ist vorhanden und kann heute oder morgen brennend werden. Man wird sie daher wohl im Auge behalten müssen.

Kärnten droht aber noch eine andere schwere Gefahr. Man kennt die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Italien und Jugoslawien. Sollte es jemals zu einem kriegerischen Zusammenstoße zwischen den beiden Staaten kommen, so kann Kärnten sehr leicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Grenzlinie zwischen Italien und Jugoslawien mißt von den Karawanken bis Fiume in der Luft

nur 120 km. Auf dieser kurzen Front könnten sich die beiderseitigen Streitkräfte nicht entfalten. Jeder der beiden Gegner würde daher versuchen, den andern nördlich von den Karawanken, also auf Kärntner Boden, zu umfassen. Italien würde ferner die Verbindung mit Ungarn suchen. Jugoslawien aber würde trachten, diese Verbindung zu verhindern. Beide Mächte würden daher bemüht sein, sich die Kärntner Durchgangslinien zu sichern. Wohl würden Kärntens Grenzen auch diesmal wie 1915 und 1919 ihre Verteidiger finden. Da aber sowohl Italien als auch Jugoslawien bereits mit einem Fuß in Kärnten stehen, so wäre die Verteidigung der gegenwärtigen, ungeschützten Landesgrenzen äußerst schwierig. Kärnten droht daher die Gefahr, entweder von italienischen oder jugoslawischen Truppen besetzt oder gar Kriegsschauplatz zu werden. Möge das schöne Land, das sich im Weltkrieg gegen die Italiener und nach dem Zusammenbruch gegen die Jugoslawen so tapfer gewehrt hat, vor diesem furchtbaren Schicksal bewahrt bleiben!

ANMEKKUNGEN. [1]) Die Kärntner Grenze in Diagrammen. Kartographische und schulgeographische Zeitschrift, X, S. 72. 1922. — [2]) Vgl. Paschingers Karte der geographischen Verteilung der Kulturen im Kärntner Heimatatlas, Tafel IV, Nr. 12. Österreichischer Verlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, Wien 1925. — [3]) Vgl. Paschingers Karte der Verteilung und Dichte der Besiedlung. Kärntner Heimatatlas, Tafel VIII, Nr. 44. — [4]) Vgl. Wutte, Die Kärntner Landesgrenze und ihre geschichtliche Entwicklung. Carinthia I, S. 26ff. 1919. — [5]) Vgl. Lex, Paschinger, Wutte, Landeskunde von Kärnten, S. 224f. Klagenfurt, Gutenberghaus 1923. — [6]) Vgl. Paschingers Isochronenkarte im Kärntner Heimatatlas, Tafel IX, Nr. 43. — [7]) Vgl. Primus Lessiak, Die Einheit Kärntens im Lichte der Nemankunde und Sprache. Klagenfurt 1919. (Vergriffen.) Wutte, Deutsche und Slowenen in Kärnten. Carinthia 1, S. 1ff. 1919. — [8]) Vgl. Wutte, Kärntens Freiheitskampf. Klagenfurt, Kleinmayr 1922. — [9]) Vgl. Wutte, Der Kampf um Südkärnten. Graz, Alpenlandbuchhandlung Südmark 1925. Wutte-Lobmeyr, Die Lage der Minderheiten in Kärnten und in Slowenen. Klagenfurt 1926. — [10]) Vgl. Deutsche Rundschau Jahrgang 53, S. 314. 1927.

PAUL OLBERG:

DIE RUSSISCHE AGRARREVOLUTION
Die geopolitischen Momente der jüngsten Entwicklung Rußlands

I.

Die russische Agrarrevolution, die man vom sozialen, vom wirtschaftlichen, vom staatspolitischen Standpunkte usw. studieren kann, liefert uns gleichzeitig ein charakteristisches Beispiel der Tragweite der geopolitischen Faktoren in der jüngsten Agrarentwicklung Rußlands. Der unendliche Raum, auf dem sich dieses Riesenreich erstreckt, und die außerordentliche Mannigfaltigkeit der geographischen Verhältnisse bestimmen seit Jahrhunderten in hohem Maße die Geschicke des russischen Volkes.

In seiner wertvollen Abhandlung „Die geopolitischen Leitlinien des Europäischen Rußlands“ (vgl. „Zeitschrift für Geopolitik“, Heft 1, Jahrgang 1) hat Prof. Obst die Grundzüge der geopolitischen Einwirkungen auf die allgemeine Gestaltung Rußlands eingehend dargelegt. Um die speziellen geopolitischen Vorbedingungen der Agrarrevolution, die einen Wendepunkt in der Geschichte Rußlands bildet, klarzulegen, soll hier zunächst die soziale und wirtschaftliche Evolution des Landes gestreift werden. Wir wollen dabei die westeuropäische Geschichte zum Vergleich heranziehen.

In den westeuropäischen Ländern machten die Völker eine sozusagen natürliche Wirtschaftsevolution durch. Als die ländliche Bevölkerung infolge des Nachwuchses gezwungen war, neue Existenzmöglichkeiten zu suchen, ging sie entweder zu höheren Wirtschaftsformen über oder sie ließ sich in den Städten nieder, wo sie Handel und Gewerbe betrieb. Sowohl die Entwicklung der städtischen Gewerbe als auch des Warenaustausches stand im Konnex mit der Entstehung der Städte, die — nebenbei bemerkt — eine große Anziehungskraft für die unterdrückte Bauernbevölkerung bekamen, da sie sich zu einem bedeutenden machtpolitischen Faktor konsolidierten und eine gewisse Unabhängigkeit von den Feudalen errangen. Auf diese Weise entstand die erforderliche, gleichmäßige Verteilung der produktiven Kräfte zwischen Stadt und Land, die die Voraussetzung jeder gesunden Volkswirtschaft bildet. Dieser Prozeß war hauptsächlich durch die geopolitischen Faktoren bestimmt, indem die Raumausdehnung im Verhältnis zu der Bevölkerung sehr beschränkt war. Die Bauern mußten zu höheren, intensiveren Wirtschaftsformen übergehen oder in die Städte auswandern, weil die benachbarten Gebiete (für den damaligen Stand der Kultur) restlos bevölkert waren und keine neuen Kolonisten aufnehmen konnten.

Ganz anders lagen die Dinge in Rußland. Freilich kann man auch hier schon im 17. Jahrhundert eine große Wanderung der ländlichen Bevölkerung verfolgen. Um den unerträglichen Lasten der Leibeigenschaft zu entrinnen, flüchteten die Bauern in Massen vor den Gutsbesitzern. In manchen Rayons nahm diese Bewegung einen solch enormen Umfang an, daß sie fast entvölkert wurden. Aber im Gegensatz zu Westeuropa ließen sich die flüchtenden Bauern nicht in den Städten, sondern in den Randgebieten nieder; sie bauten neue Wirtschaften auf dem flachen Lande auf. Denn dank der geographischen Lage des Reiches konnte sich die wandernde Bevölkerung nach Belieben zerstreuen. Gab es doch freies Land in außerordentlich großen Mengen. Zum Teil wurden die Bestrebungen der Bauern von der russischen Staatspolitik selbst gefördert, und zwar, um die relativ neu eroberten, fremdstämmigen Randländer zu russifizieren. So nahm die städtische Bevölkerung Rußlands fast nicht zu. Vielmehr entstanden neue Dörfer und bäuerliche Ansiedlungen. Infolgedessen hat sich in Rußland keine gleichmäßige Verteilung der produktiven Kräfte zwischen der

Landwirtschaft und den städtischen Gewerben vollziehen können. Ausschlaggebend für das Land blieb die Naturalwirtschaft. Seine geringen Bedürfnisse an Industrieerzeugnissen deckte der russische Bauer nicht wie der westeuropäische beim städtischen Handwerker, sondern beim Nachbarn, bei einem Bauern, der außer Ackerbau noch Hausindustrie als Nebenerwerb betrieb. Zerstreut in Riesengebieten, lag dem Bauern natürlich daran, seine Bedarfsartikel möglichst in der Nähe seines Dorfes zu bekommen. Man erinnere sich, daß die Verkehrsverhältnisse ganz primitiv waren. Andererseits konnte die städtische Bevölkerung für die Landwirtschaft als Absatzmarkt kaum in Betracht kommen, da erhebliche Volksschichten der Städte eigentlich Bauern waren, die landwirtschaftliche Produkte selbst erzeugten. So hat Rußland im Unterschied zu den westeuropäischen Ländern die wichtigen Phasen des Handwerks und der Manufaktur nicht durchgemacht. Dieser Umstand beeinträchtigte in der Folgezeit die ganze wirtschaftliche und nicht zuletzt die politische Entwicklung des Landes: Als um die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts, nach Aufhebung der Leibeigenschaft (1861), der moderne Kapitalismus, nämlich die Industrie, für den russischen Staat eine Notwendigkeit wurde, hatte sie in der Stadt keine einigermaßen feste Grundlage. Die Industrie entstand daher nicht, wie in Westeuropa, auf dem Wege der Evolution, als ein organisches Ergebnis des Handwerks und der Manufaktur, sondern sie wurde sozusagen von heute auf morgen, mit tatkräftiger Unterstützung des Auslandskapitals und des Staates geschaffen, für dessen Aufgaben man sie hauptsächlich ins Leben gerufen hatte. Die hohen kapitalistischen Betriebsformen des Westens wurden auf den unreifen, rückständigen russischen Agrarboden mechanisch übertragen. Weder eigenes Nationalkapital, noch eine gelernte Arbeiterschaft, noch einen aufnahmefähigen Absatzmarkt, noch die Erfahrungen der Handwerks- und Manufakturperioden hatte das Land damals. Darum eben kennzeichnet sich die Entwicklung der russischen Industrie durch krankhafte Formen. Nur verschwindend wenig vermehrte sie im Laufe von Jahrzehnten das Nationalvermögen. Erst in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts vermochte der Kapitalismus festen Fuß in Rußland zu fassen. Laut der Volkszählung von 1897 betrug die städtische Bevölkerung nur 13,4%, dagegen die ländliche 86,6%. (Insgesamt betrug die Bevölkerung Rußlands um diese Zeit 128,6 Millionen Menschen.) In den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege haben die russischen Städte zugenommen. 1914 betrug die städtische Bevölkerung schon 14,3%. Immerhin ist um diese Zeit Rußland noch ein ausgesprochener Agrarstaat. Und die russischen Revolutionen des Jahres 1917 sind ihrem Wesen nach hauptsächlich Agrarrevolutionen: Die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die durch die Umwälzungen auf dem flachen Lande vollzogen worden sind, waren von bestimmender Bedeutung für den neuen geschichtlichen Abschnitt Rußlands; durch die Konfiskation des Großgrundbesitzes zugunsten der Bauernschaft hat der Absolutismus seine

Hauptbasis verloren. Verschwunden ist dadurch der Adel, der die herrschende Klasse bildete, und aus deren Mitte sich die oberste Beamtenschaft rekrutierte. Die monarchistische Gegenrevolution der Koltschak, Denikin, Wrangel usw. ist hauptsächlich deshalb zusammengebrochen, weil die Bauern ihr geschlossenen Widerstand leisteten. Sie kämpften, um das errungene Land zu behalten, und vereitelten damit den Sieg der sozialen und politischen Restauration. In dieser Einstellung ist die Bauernschaft eine wichtige Stütze des sowjetistischen status quo.

II.

Der Ausgangspunkt der russischen Agrarrevolution liegt weit zurück, nämlich in der Reform, die Aufhebung der Leibeigenschaft betreffend. Sie war von bedeutender geopolitischer Natur: eine gewaltige Bodenverschiebung wurde damals vollzogen; den Bauern wurden zugunsten der Großgrundbesitzer 1342000 Deßjatin (1 Deß. gleich 1,09 ha) des besten Bodens, der ihnen vor 1861 zur Nutznießung überlassen war, entzogen; die Reform, welche die Bauern persönlich für frei erklärte, gewährte ihnen eine Landparzelle vom Boden des Grundbesitzers; die Größe dieser Parzellen war örtlich sehr verschieden; durchschnittlich erhielten sie drei Deßjatin pro Seele; für den ihnen überlassenen Landanteil waren die Bauern verpflichtet, den Grundbesitzern eine gewisse Pacht, den Obrok, zu zahlen oder für sie bestimmte Arbeiten zu verrichten. Die Höhe der Pachtzahlung hing nicht etwa von der Bodenbeschaffenheit, sondern nur davon ab, wieviel unter den allgemeinen Verhältnissen in der betreffenden Gegend aus dem Bauern herausgepreßt werden konnte. Diese Bedingungen beließen die Bauern in starker wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Grundbesitzern, da das ihnen zugeteilte Land nicht genügte, um einen menschenwürdigen Lebensstandard zu erreichen, die Staatsabgaben zu entrichten und besonders um die Loskaufschulden zu tilgen. Die Bauern waren genötigt, beim Gutsbesitzer weiteres Land zu pachten. Diese machten sich die kritische Lage der Bauern zunutze und diktierten ihnen sehr schwere Bedingungen. Je größer die Nachfrage nach Land infolge des Nachwuchses wurde, desto höher stiegen die Pachtzinsen. Um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, war der Bauer bestrebt, vom Grundstück den Höchstertrag (bei extensiver Bewirtschaftung) zu gewinnen, und untergrub somit die Produktivität des Kulturbodens. Es sei darauf hingewiesen, daß dieses unrationelle Vorgehen in bedeutendem Maße auf die kurzfristige Verpachtung des Landes zurückzuführen war. Unter diesen Bedingungen hatte der Bauer kein Interesse, für die zukünftige Produktivität des Grundstückes zu sorgen. Aber ebensowenig sah sich der Gutsbesitzer veranlaßt, zu höheren, intensiven Wirtschaftsformen überzugehen, weil eben die immer steigenden Pachtzinsen ihm ohnehin ein großes Einkommen sicherten. Dazu war die menschliche Arbeitskraft im Dorfe so billig, daß ihre Ersetzung durch Maschinen unrentabel gewesen wäre. Der hier kurz ge-

schilderte Prozeß mußte um so mehr die Lage breiter Bauernschichten verschlechtern, als unter den gesamten niedrigen Kulturverhältnissen des Reiches die Abhängigkeit von den Naturkräften besonders stark war. In der Tat können wir auch feststellen, wie Mißernte und Hungersnöte in den Jahrzehnten vor der Revolution zu einer üblichen Erscheinung in der Kornkammer Europas wurden. Im Anfang dieses Jahrhunderts tauchte in Rußland das Problem der Übervölkerung auf.

III.

Als Kernpunkt der kritischen Entwicklung der Landwirtschaft oder richtiger der Volkswirtschaft wurde in der demokratischen und sozialistischen Literatur Rußlands der Mangel der Bauernschaft an Grund und Boden dargestellt. Diese Behauptung war jedoch nur mit einem gewissen Vorbehalt zutreffend. Zum großen Teil war das Übel auf die extensive Bewirtschaftung, auf die hohe Besteuerung, auf den Mangel an Betriebskapital und überhaupt auf den niedrigen Kulturstand des Dorfes zurückzuführen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Bauern ihren Besitz allmählich, im Laufe von Jahrzehnten nicht unbedeutend vergrößert haben, indem sie mit Hilfe der Bauernagrarbank das Land ankauften. Schließlich sei noch auf folgenden wichtigen Umstand hingewiesen: trotz der schweren Pachtbedingungen nahm die Pacht Jahr für Jahr zu.

Wie es auch sein mag, am Vorabend der Revolution stand im Mittelpunkt der Agrarprogramme der sozialistischen Parteien Rußlands die Forderung der Konfiskation des Großgrundbesitzes und seine Aufteilung unter die Bauernschaft. Selbst der bürgerliche Liberalismus, die Kadettenpartei von Milukoff forderte die zwangsweise Enteignung des dem Adel gehörenden Landes, allerdings gegen eine „gerechte“ Entschädigung.

Ohne hier auf die Agrarpolitik der provisorischen Regierungen des Fürsten Lwow und Kerensky einzugehen, sei festgestellt, daß der Landbesitz Rußlands durch die Revolution große Veränderungen erfahren hat. Eine Vorstellung der größten sozialen Umwälzung in der jüngsten Geschichte der europäischen Völker gibt uns die nachstehende Tabelle:

	In 32 Gouvernements Sowjetrußlands		In der Ukraine	
	1922	1917	1922	1917
Bäuerliche Wirtschaften	96,3	76,3	96,0	55,4
Privat- und staatliche Wirtschaften	—	23,7	—	44,6
Kollektivwirtschaften	0,5	—	0,8	—
Sowjetwirtschaften	2,7	—	3,2	—[1]

Daraus geht hervor, daß der gesamte Kulturboden mit Ausnahme von 3,2 % für Rußland und 4 % für die Ukraine (etwa 3,5 Mill. Hektar) in den Besitz der Bauernschaft übergegangen ist. (Im europäischen Rußland schätzt man 140 Mill. Hektar Kulturboden. Waldungen nicht eingerechnet.) Was das Aufteilungs-

prinzip anbetrifft, so verfuhr man primitiv nach der Esserzahl, wie es übrigens die behördlichen Vorschriften auch forderten. In vielen Gouvernements wurden durch die elementare Bewegung nicht nur der Großgrundbesitz, sondern auch die Bauerngrundstücke zur Aufteilung herangezogen.

Die Aufteilung des Landes in der ersten Phase der russischen Revolution, die die Jahre 1918—1920 umfaßt und unter dem Namen des sog. Kriegskommunismus bekannt ist, vollzog sich unter dem Banner der Sozialisierung. Um angeblich das Ideal der sozialen Gleichheit zu verwirklichen, wurde das Land wieder und wieder aufgeteilt. Praktisch glaubte man dadurch die zunehmende Verschlechterung der Lage der Bauern zu mildern und die Erschöpfung der landwirtschaftlichen Produktion zu ersetzen. In dem in Betracht kommenden Zeitabschnitt, als Handel, Industrie usw. infolge des Kriegskommunismus zusammenbrachen, lebte die städtische Bevölkerung auf Kosten der Landwirtschaft. Mittels des Umlagesteuersystems eignete sich die Staatsgewalt die Erzeugnisse der Bauernwirtschaften an. Das Lieblingskind des Kommunismus war damals der arme Bauer, der als treue Stütze sehr begünstigt wurde. Dagegen wurde jeder einigermaßen wohlhabende Bauer als Kulak (Wucherer-Ausbeuter) gebrandmarkt. Diese Agrarpolitik war jedoch überaus verkehrt und versagte vollkommen. Unter dem Kriegskommunismus konnte der Bauernwirtschaft kein Ansporn zur produktiven Tätigkeit, sowie überhaupt zum freien Schaffen gegeben werden, da die Ergebnisse der Bauernarbeit, wie erwähnt, vom Staate ohne Gegenwert mit Beschlag belegt wurden. Der Bauer begann, nur so viel Land zu bestellen, wie er zur Deckung seines eigenen Bedarfes benötigte, und die landwirtschaftliche Produktion ging katastrophal zurück; er isolierte sich von der Stadt und ging vollständig zur Naturalwirtschaft über. Die städtische Bevölkerung, die als Wirtschaftsfaktor keine Rolle spielte, wurde dem Hunger preisgegeben. Die Sowjetregierung kapitulierte und verkündete die sogenannte neue Wirtschaftspolitik (Nep). In bezug auf die Landwirtschaft ist die Umlagesteuer durch eine Naturalsteuer ersetzt worden: von nun ab hatte der Bauer nur einen Teil seiner Erzeugnisse dem Staate abzuliefern. Im übrigen wurde ihm das Recht eingeräumt, frei über sie zu verfügen. In der Folgezeit hat die Naturalsteuer eine Geldsteuer abgelöst. Ferner ist wieder der freie Handel eingeführt worden, der während der Zeit des Kriegskommunismus untersagt war. Diese Reformen waren wieder für den Bauer ein Ansporn zur Arbeit und zur Ausdehnung seiner Wirtschaft. Er begann allmählich, von der Naturalwirtschaft zur Waren- und Geldwirtschaft zurückzukehren. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land wurden wiederhergestellt.

Inzwischen stellte sich die sowjetistische Gesetzgebung immer mehr auf den Boden der vollzogenen Tatsachen. Das Nutzungsrecht an Grund und Boden ist aut Agrargesetzbuch vom 20. Oktober 1922, auf ewige Zeiten festgesetzt worden. Dadurch wurde das Prinzip des privaten Landbesitzes wiederhergestellt. Von

nicht weniger grundlegender Bedeutung ist die Bestimmung, wonach dem Bauer das Recht eingeräumt worden ist, seine Wirtschaftsform nach eigenem Belieben zu wählen, d. h. es wurde ihm gestattet, aus der Kollektivwirtschaft (Dorfgemeinde, Komune usw.) auszutreten und einen gesonderten Bauernhof oder Einzelwirtschaft zu bilden. In der Folgezeit erkannte die Agrargesetzgebung das Recht an, Lohnarbeit in Anspruch zu nehmen und Land zu pachten bzw. zu verpachten. Somit sind eigentlich die Grundsätze der kapitalistischen Wirtschaft im Dorfe auf der ganzen Linie gesetzlich verankert worden.

Das Ergebnis dieser Periode der Agrarrevolution war eine nicht unbedeutende Nivellierung der Bauernschaft. Dieser interessante Prozeß kam in der Gestaltung der Grundfaktoren der Landwirtschaft, d. h. des Land- und Viehbesitzes der Bauern zum Ausdruck. In den Jahren 1917—1920 kann man einen Rückgang sowohl der landlosen Bauern (ohne Anbaufläche) einerseits, als auch der reichen Bauern (mit einer Anbaufläche über 10 Deßjatin) anderseits beobachten, bei gleichzeitiger Zunahme der mittleren Wirtschaften (um etwa 19 v. H.), die bis 4 Deß. Anbaufläche bestellen. Ein gewisser Ausgleich ist auch in bezug auf den Arbeitsviehbestand erzielt worden, jedoch nicht in solchem Maße wie bei der Anbaufläche. So z. B. ist die Zahl der Wirtschaften mit 1 Pferd enorm gestiegen; die der Wirtschaften mit 2 und mehr Pferden zurückgegangen. Dagegen ist die Anzahl der pferdelosen Wirtschaften fast unverändert geblieben. Es ist sehr bemerkenswert, daß selbst in der Periode 1917—1920, als die Aufteilung des Landes, sowie des lebendigen und toten Inventars nach den Gleichheitsgrundsätzen außerordentlich intensiv und in extremen Formen durchgeführt wurde, der Prozentsatz der Wirtschaften ohne jegliches Arbeitsvieh ziemlich groß war: im Jahre 1917 betrug er durchschnittlich in der ganzen RSFSR 29,0 v. H., im Jahre 1920 — 27,6 v. H.; die Anzahl der Wirtschaften mit einem Arbeitstier erreichte im Jahre 1917 — 49,2 v. H., im Jahre 1920 — 63,6 v. H. In einzelnen Rayons war der Prozentsatz der pferdelosen Bauernwirtschaften besonders groß. In der Ukraine z. B. hatten 40 v. H. der Wirtschaften keine Pferde und 34 v. H. kein totes Inventar. Mit anderen Worten: die Nivellierung der Bauernschaft war absolut nicht universell. Auf Grund einer Erhebung, die im Auftrage des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands durchgeführt wurde, machte Prof. Strumilin folgende Ausführungen: „Wenn wir den Nivellierungsprozeß der ländlichen Bevölkerung in den Jahren der Revolution verfolgen, unterschätzen wir oft seine Bedeutung. Vielen scheint es fast, daß die ganze Bauernschaft zur Zeit (geschrieben im Jahre 1924) eine in wirtschaftlicher Hinsicht vollkommen einheitliche, mittlere Masse darstellt; indes sind zwar die extremen Gruppen einander nähergetreten, aber die arme Schicht ist keineswegs verschwunden. Im Gegenteil: sie vermehrte sich auch nach der Revolution [2].“ Ungefähr zu demselben Ergebnis kommt der Publizist W. Katschinsky, speziell bezüglich der

Agrarverhältnisse in der Ukraine[3]). In demselben Sinne bewerten die meisten sowjetrussischen Erhebungen das Wesen des Aufteilungsprozesses. Einige authentische Urteile sollen noch hier angeführt werden: „Die enormen Grundstücke, die unter den vielen Millionen Bauern aufgeteilt worden sind, ergaben verschwindend geringe Ergebnisse; eine spezielle Erhebung der Statistischen Abteilung des Landwirtschaftsministeriums beweist, daß die Zunahme an Grund und Boden pro Esser unbedeutende Bruchteile, einen zehnten oder sogar einen hundertsten Teil eines Deßjatin erreicht hat[4]).“ Der bekannte russische Agrarpolitiker Prof. Oganowsky hat ausgerechnet, daß im Jahre 1923 die Anzahl der Bevölkerung auf je 100 Deßjatin Kulturboden fast in sämtlichen Rayons der Sowjetunion (eine Ausnahme bildet das nord-westliche Rayon) bedeutend größer war als 1913, wobei in einigen Gebieten der Unterschied sehr auffallend war: im Uralgebiet um 20,8 v. H., im Westrayon — 32,4 v. H., im nord-östlichen Rayon — 40,5 v. H., im Zentralindustrierayon um volle 70 v. H.[5]). Somit sind die sozialen Unterschiede durch die Agrarrevolution keineswegs aus der Welt geschafft. Vielmehr wird die geringe Nivellierung durch eine ziemlich intensive soziale Umschichtung abgelöst. Nach den Angaben der Volkskommissariate für Landwirtschaft und Finanzen von Anfang 1925 besitzen die Kleinbauern (bis 4 Deßjatin Anbaufläche), die 31,3 v. H. der Gesamtwirtschaften bilden, nur 11,7 v. H. des Grund und Bodens und 19,1 v. H. des Viehbestandes; die wohlhabenden Bauernschichten (8 und mehr Deß.), die nur 19,2 v. H. der Wirtschaften ausmachen, besitzen 40,0 v. H. der Anbaufläche und 34,9 v. H. des Viehbestandes; der mittlere Bauernstand (von 4—8 Deß.) bildet 49,5 v. H. der Wirtschaften und besitzt 46,3 v. H. der Anbaufläche und 46,0 v. H. des Viehbestandes.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß der Besitz der russischen Bauernschaft sehr ungleichmäßig verteilt ist.

Überaus ungleich sind die Arbeitskräfte im russischen Dorfe verteilt: die Kleinbauern besitzen auf je einen Arbeiter um das 2,5 fache weniger Land als die mittlere Schicht und um das Sechsfache weniger als die Großbauern.

IV.

Der Sozialisierungsversuch der russischen Agrarrevolution mußte von vornherein scheitern. Trug er doch fast ausschließlich einen rein mechanischen Charakter und ignorierte die mannigfaltigen Faktoren sozialer und wirtschaftlicher Natur. Schon die verschiedene Zusammensetzung der Familienmitglieder und der Arbeitskräfte der Bauernwirtschaften bestimmte eine Ungleichheit in der Aufteilung des Landes. In der Regel sind natürlich die großen Familien mit viel Arbeitskräften mit viel Land versorgt worden. Solche Familien konnten auch relativ leicht Betriebskapital auftreiben, weil ein Teil ihrer Mitglieder außerhalb des Dorfes Verdienst fand. Von wichtiger Bedeutung sind, wie oben schon ausgeführt

wurde, die geographischen Verhältnisse für die Entwicklung der Bauernwirtschaft, namentlich bei den schlechten Kommunikationen des Riesenreiches: der Bauer, dessen Land geographisch gut, in der Nähe einer Stadt liegt, kann aus begreiflichen Gründen sein Einkommen leichter vergrößern, als das in einer Bauernwirtschaft in einem entlegenen Gebiet möglich ist. Überaus ungleich wirken die verschiedenen Fähigkeiten der Bewirtschaftung. In dieser Beziehung hat die russische Revolution eine nicht unwichtige Rolle bei der Gestaltung der Bauernwirtschaften gespielt. Unmittelbar nach dem Umsturz erließ die Sowjetregierung ein Gesetz, wonach jedem Arbeitenden das Recht auf Land zuerkannt wurde. Von diesem Gesetz machten viele aus den Städten Gebrauch. Es tauchten im Dorfe Leute auf, die seit Jahrzehnten keine Beziehungen mehr zu ihm hatten, und die nicht fähig waren, sich in die Landwirtschaft hineinzufinden. Diese Existenzen mußten zum großen Teil auf ihre neue Wirtschaft zugunsten der eigentlichen Bauern verzichten und in die Stadt zurückkehren. Ferner haben die Mißernte und die Hungersnöte der Jahre 1921—22, die besonders die schwachen, armen Wirtschaften trafen, den Umschichtungsprozeß verschärft. In den von der Hungersnot heimgesuchten Gebieten mußten $^1/_5$ der Wirtschaften emigrieren. Nicht zuletzt übt die Waren- und Geldwirtschaft, die seit der Proklamierung der neuen Wirtschaftpolitik immer ausschlaggebender auf dem Lande wird, eine Wirkung auf die soziale Umschichtung aus; sie stärkt das natürliche Streben des Bauern nach Ausdehnung seiner Wirtschaft und Vergrößerung seines Einkommens, nämlich durch Hebung des Absatzes und durch Inanspruchnahme von Lohnarbeit. Die objektiven Verhältnisse bieten dafür einen fruchtbaren Boden, wenn auch die Politik des Kommunismus gegen die wohlhabende und reiche Bauernschaft eingestellt ist. Der Mangel an Betriebsmitteln, an lebendem und totem Inventar veranlaßt die armen Bauern, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, während die mittleren und reichen Bauern durch die Anforderungen des Fiskus gezwungen sind, ihr Einkommen zu heben.

V.

Eine unmittelbare Folge der nachrevolutionären Agrarentwicklung, sowie der gesamten Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates war die Entstehung einer erheblichen relativen Übervölkerung, die selbstverständlich die geschilderte soziale Umschichtung sehr beeinflußt. Trotz seines unendlichen Raumes, trotz seiner enormen Naturschätze hatte Rußland infolge des niedrigen Standes der landwirtschaftlichen Kultur schon vor dem Kriege an Übervölkerung zu leiden. Denn die Entwicklung der Städte vollzog sich, wie bereits erwähnt, im Verhältnis zum Zuwachs der ländlichen Bevölkerung außerordentlich langsam. Nur einen geringen Teil dieses Zuwachses, etwa 10 v. H., konnte die Industrie aufnehmen. Eine noch unbedeutendere Rolle spielte in dieser Hinsicht die Kolonisation. Die Revolution hat den Großgrundbesitz restlos konfisziert und ihn unter der Bauernschaft aufgeteilt. Sie

hat somit das Ideal der Bauern in weitgehendstem Maße erfüllt. Aber den Landmangel auf die Dauer zu beseitigen, vermochte sie doch nicht: man bedenke, daß die landwirtschaftliche Produktion seit der Revolution, also binnen zehn Jahren, kaum den Vorkriegszustand erreicht hat, und daß sich die Industrie in einem noch langsameren Tempo entwickelt.

Auf dem Territorium des heutigen Rußlands zählte man im Jahre 1914 138,5 Mill. Menschen. Im Jahre 1923 betrug die betreffende Zahl 133,9 Mill. Somit ist die Bevölkerung der Sowjetunion in den Jahren 1914—23 um 4,6 Mill. oder um 3,3 v. H. zurückgegangen. Der natürliche Zuwachs betrug vor dem Kriege 1,69 v. H. jährlich (in 50 Gouvernements des europäischen Rußlands). Bei diesem Zuwachs hätte die Bevölkerung binnen der in Frage kommenden Zeit, d. h. in neun Jahren, nicht weniger als 21 Mill. zunehmen müssen, während in Wirklichkeit, wie wir sehen, ein Rückgang von fast 5 Mill. zu verzeichnen ist. Der Gesamtverlust Sowjetrußlands an Bevölkerung beträgt also fast 26 Mill. Menschen. Dies ist auf folgende Ursachen zurückzuführen: a) direkter Verlust im Welt- und Bürgerkriege; b) Emigration; c) große Sterblichkeit und d) niedrige Geburtenzahl in den Jahren des Krieges, der Revolution und der Hungersnöte[6]).

Trotz dieses gewaltigen Verlustes hat Rußland zur Zeit schon wieder eine bedeutende relative Übervölkerung. Laut Angaben von Prof. Oranobeky erreichte Anfang 1925 der Überschuß an Arbeitskräften auf dem flachen Lande 19,9 Mill. Arbeiter oder 43 v. H. sämtlicher Arbeiter der russischen Landwirtschaft, deren Anzahl auf 45,9 Mill. geschätzt wird[7]). Diese Übervölkerung ist hauptsächlich auf die schwache Entwicklung der Wirtschaft in der Stadt und auf dem Lande zurückzuführen. Allerdings ist der natürliche Zuwachs des heutigen Rußlands ganz enorm. Nach sowjetamtlichen Angaben beträgt der Zuwachs in den Jahren 1924—26 24 auf je 1000 Einwohner oder 10 Mill. Menschen, wobei nur ein geringer Teil des Zuwachses, etwa 1,9 Mill., in den Städten Aufnahme fand, während die erdrückende Mehrheit (8,1 Mill.) in der Landwirtschaft ein Unterkommen suchen mußte. Nach Oganowskys Berechnung beträgt der jährliche Zuwachs der Bauernbevölkerung der Sowjetunion etwa 1 900 000 Menschen, davon können die Städte ungefähr 500—600 000 und die Kolonisationsgebiete 150—200 000 Menschen aufnehmen, also insgesamt nur $^1/_3$ des Zuwachses.

Nach den einzelnen Rayons ist die Übervölkerung sehr ungleichmäßig verteilt. An Übervölkerung haben besonders zu leiden: nordwestliches und Moskauer Industrierayons, Ukraine, einzelne Ortschaften der Rayons des unteren Teiles des Wolgagebietes, des nördlichen Kaukasus und der Krim.

Der heutige Landmangel nimmt von Süden und Osten ausgehend in der Richtung nach Nord-West immer mehr zu.

Die relative ländliche Übervölkerung übt einen sehr starken nachteiligen Einfluß auf die Wirtschaft der Stadt aus, indem die Bauern, die keine Existenz in

der Landwirtschaft finden können, in die Städte auswandern und dort unaufhörlich die Reihen der Erwerbslosen vervielfachen. Zur Zeit, während diese Zeilen geschrieben werden, liegen die Endergebnisse der letzten russischen Volkszählung (1926) noch nicht vor. Man kann darum das gegenwärtige Bevölkerungverhältnis nicht genau angeben. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß in den nächsten Jahren mit einer weiteren, dauernden und großen Zunahme der bäuerlichen Übervölkerung zu rechnen ist. Laut Berechnung des Staatlichen Ausschusses für Planwirtschaft der Sowjetunion soll die Bevölkerung Rußlands in fünfzehn Jahren etwa 194 Mill. Menschen erreichen, d. h. um etwa 50 Mill. zunehmen[8]). Angesichts des großen natürlichen Zuwachses, der die entsprechende Entwicklung aller anderen Länder übertrifft, stellt das Bevölkerungsproblem der Sowjetpolitik große Aufgaben. Man könnte sie folgendermaßen zusammenfassen: Ausdehnung der Anbaufläche im europäischen Rußland, Kolonisation, Übergang von den extensiven zu intensiven Wirtschaftsmethoden; Industrialisierung des Landes.

Die erste Maßnahme kann nur von geringer Bedeutung sein, da die „freien Länder“ fast erschöpft sind. Gewisse Meliorationsarbeiten können wohl durchgeführt werden, aber ein nennenswertes Resultat auf diesem Gebiete ist in den nächsten Jahren kaum zu erwarten. — Sehr langsam vollzieht sich in der Sowjetunion die Kolonisierung der Randgebiete, ganz davon zu schweigen, daß für diesen Zweck geeignetes Land außerordentlich wenig vorhanden ist, und daß eine aktive Kolonisationspolitik enorme Mittel und viele Jahre in Anspruch nehmen müßte. Wie wenig in dieser Hinsicht geleistet wird, ist aus folgenden Zahlen zu ersehen: In den Jahren 1905—1914 betrug die Zahl der neuen Kolonisten in Sibirien 3 Mill., d. h. ungefähr 300 000 Personen jährlich; im Jahre 1924 — 73 400; im Jahre 1925 — 118 500; im Jahre 1926 — 165 000. Vor dem Kriege bewilligte der Staat etwa 500—600 Rubel für jede Kolonistenwirtschaft; im Jahre 1924/25 nur 20 Rubel[9]). Mit solchen finanziellen Mitteln kann natürlich keine Kolonisation betrieben werden.

Es bleiben als wirklich reale und wesentliche Mittel die Intensivierung der Landwirtschaft und die Entwicklung der Industrie. Zwischen diesen beiden Wirtschaftsfaktoren herrscht ein enger Zusammenhang; je mehr das russische Dorf zu intensiven Wirtschaftsmethoden übergehen wird, desto mehr wird es auf die Ausdehnung des Absatzmarktes bedacht sein, desto stärker wird seine Nachfrage nach Industrieartikeln sich bemerkbar machen. Zugleich werden die Anforderungen der Industrie nach Rohstoffen entsprechend zunehmen müssen. Mit anderen Worten: das intensive Gedeihen der Landwirtschaft bedingt eine erfolgreiche Entwicklung der Industrie. Leider herrscht zwischen diesen Zweigen der russischen Wirtschaft ein Mißverhältnis, das in dem relativen Preisunterschied zwischen den Artikeln der Landwirtschaft und der Industrie zuungunsten der Erzeugnisse der Bauernwirtschaft beruht. Dieser Umstand hindert die Intensivierung der Land-

wirtschaft sehr; es ist nur zu begreiflich, daß der Bauer nur dann ein Interesse an der Ausdehnung seiner Wirtschaft über den eigenen Bedarf hinaus hat, wenn er auf dem Markt einen vollen Gegenwert für seine Erzeugnisse erzielen kann. Sonst schränkt er lieber seine Produktion ein. Als charakteristisches Beispiel kann die gegenwärtige Krisis der hohen technischen Kulturen angeführt werden. In den Jahren 1922—1925 hat die Anbaufläche von Lein, Hanf, Sonnenblumen, Baumwolle, Zuckerrüben, Tabak usw. bedeutend zugenommen. Aber infolge der erwähnten Preisdifferenz ist im Jahre 1916 wieder ein Rückgang dieser Kulturen zu verzeichnen. Die Bemühungen der Sowjetpolitik, die Preisherabsetzung auf Industrieartikel durch spezielle Dekrete zu erwirken, blieben bis heute fast erfolglos, da die hohen Preise durch die ganze Wirtschaftspolitik bedingt sind.

Der Übergang zu höheren Wirtschaftsformen erfordert selbstverständlich enorme finanzielle Mittel. Nun ist aber die Politik der Sowjetunion jetzt einseitig auf die Industrialisierung des Landes eingestellt, für welchen Zweck große Summen bewilligt werden, während der Landwirtschaft relativ kleine Beträge zugewendet werden, die in keinem Verhältnis zu ihren Bedürfnissen stehen. Was die Entwicklung der Industrie anbetrifft, so kann sie nur, wie schon oben ausgeführt wurde, einem Teil der Übervölkerung Beschäftigung geben, selbst wenn man annimmt, daß die Produktion in den nächsten Jahren steigen wird.

Sowjetrußlands Agrarpolitik hat durch die Wandlungen der letzten zehn Jahre, trotz der Konfiskation und Aufteilung des Großgrundbesitzes, eine Krise der Landwirtschaft, richtiger der Volkswirtschaft nicht zu vereiteln vermocht. Diese Krise sowie die ländliche Übervölkerung werden noch Jahre hinaus ein kritisches Problem der russischen Politik bilden.

LITERATUR. [1]) „Sowremenii Sapiski" („Zeitgenössische Annalen") Nr. 14. 1923. S. 295. — [2]) „Die Bauernwirtschaft während der Revolution." Moskau 1924. (Russisch.) — [3]) W. Katschinsky: „Abhandlungen über die Agrarrevolution in der Ukraine." Heft 1. Charkoff. (Russisch.) — [4]) „Tätigkeitsbericht des Landwirtschaftsministeriums für drei Jahre." Moskau 1920. S. 9. (Russisch.) — [5]) Kondratjeff und Oganowsky: „Die Aussichten der Entwicklung der Landwirtschaft der Sowjetunion." Moskau 1924. S. 1922. (Russisch.) — [6]) Vgl. A. Peschechonoff: „Das heutige Rußland in Zahlen." Prag. (Russisch.) — [7]) „Die Planwirtschaft" Nr. 5. 1925. S. 55—56. Moskau. (Russisch.) [8]) „Ekonomitscheskaja Shisn" v. 22. I. 1927. — [9]) „Trud" („Arbeit") v. 28. XII. 1926 und „Prawda" v. 24. IV. 1925.

JURIJ SEMENOW:

DIE REVOLUTION UND DIE INNEREN GRENZEN RUSSLANDS

Das Problem der Rayonierung

Die Frage der territorial-administrativen Teilung Rußlands gehört zur Zahl jener Lebensprobleme der staatlichen Entwicklung, welche schon lange vor der

Revolution reif geworden waren, doch erst durch sie in die Reihe der unmittelbaren praktischen Aufgaben gerückt wurden. Daß die Teilung Rußlands in Gouvernements, deren Anfänge sich schon von Peter dem Großen herschreiben, daß die in einer späteren Periode entstandenen größeren Gebietseinheiten — die Kaukasische Statthalterei, das Turkestanische General-Gouvernement, das „Zarenreich Polen" usw. — einer Revision bedurften, war lange bekannt. Allein jeder Reformversuch stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die frühere Teilung war historisch aus den militärisch-fiskalischen und administrativen Bedürfnissen des Reiches erwachsen. Die Hauptstädte der Gouvernements und Gebiete waren in vielen Fällen nur die Mittelpunkte der militärisch-administrativen Einrichtungen; daneben entstanden neue ökonomische Zentren. Bei dem zentralisierten Verwaltungssystem, bei der umfassenden staatlichen Reglementierung und administrativen Bevormundung, die jeden Einwohner zwang, sich ungemein häufig um „Beistand" oder „Erlaubnis" an die Regierung zu wenden, ergaben sich aus diesem Auseinanderlaufen der ökonomischen und administrativen Attraktionslinien eine Menge von Mißhelligkeiten, besonders in Anbetracht der russischen Unwegsamkeit und Verkehrsschwierigkeiten. Daher die natürliche Forderung nach einer Revision der veralteten inneren Grenzen. Indessen veranlaßte ihre Verknüpfung mit dem allgemeinen System der staatlichen Zentralisierung die Regierung, jedem derartigen Versuch mit besonderem Mißtrauen zu begegnen. Der hartnäckige Widerstand der alten Regierung erklärt sich noch aus einem anderen Grunde. Die Zarenmacht begriff die ganze politische Bedeutung der inneren Grenzen sehr wohl und verstand es vortrefflich, sie in Einklang mit ihren eigenen politischen Zielen zu bringen. Solcher Art sind z. B. die Grenzen der Gouvernements und Gebiete im Kaukasus, in Sibirien, in Turkestan usw.

Der Zerfall Rußlands im Bürgerkrieg war weder zufällig noch sinnlos: die Anarchie der Zersetzung hatte ihre Logik. Das Land zerfiel in eine Reihe ethnographischer und ökonomischer Herde, es bedeckte sich mit einer Menge ethnographisch-ökonomischer Flecken, in denen sich, ungeordnet und fast nach Gutdünken, häufig auch nur in Abhängigkeit von den Erfordernissen des Augenblicks, gewissermaßen ganz von selbst neue innere Grenzen abzeichneten. Bis zu einem gewissen Grade blieben sie dennoch den alten kongruent — sie vermochten nicht, sich mit eins von ihrem historischen Boden loszureißen. Nichtsdestoweniger ändern schon in der ersten Periode des heftigsten Bürgerkriegs viele Gouvernements ihre Grenzen und bildeten sich neu. So entstehen im Europäischen Rußland die früher nicht vorhandenen Gouvernements Brjansk, Gomel, Iwano-Wosnessensk, Murman, Nord-Dwinsk, Tscherepowjez, Zarizyn (später Stalin); in Sibirien die Gouvernements Altaisk, Nowo-Nikolajewsk, Omsk, Aktjubinsk, Kustanai.

Die Notwendigkeit, die größeren Gebiete (Gouvernements) Rußlands einer Revision zu unterziehen, war durch ethnographische und ökonomische Gründe be-

dingt. Dieselben Faktoren wirkten natürlich auch auf die Zerlegung Rußlands in kleinere („Unter“-)Distrikte. Das Problem der Teilung in Regierungsbezirke (Ujesd) und Kreise (Wolost) stammt auch nicht erst aus jüngster Zeit. Eine der wichtigsten vorrevolutionären Aufgaben des kulturpolitischen Aufbaus Rußlands war: Sjemstwos (Selbstverwaltung) für die Woloste zu schaffen, eine sogenannte „kleine Sjemstwo-Einheit“ [1]). Die Schaffung von Sjemstwos für die Woloste setzte selbstverständlich auch die Möglichkeit (in vielen Fällen die Notwendigkeit) voraus, das System der territorialen Teilung in Woloste und Ujesde zu ändern. Daher war für das Problem der Teilung in „Unter-Distrikte“ nicht so sehr das politisch-administrative und ökonomische Moment (wie für die Teilung in Gouvernements) ausschlaggebend, als vielmehr ein kultur-ökonomisches Moment; darauf lief die ganze Frage der Wolost-Sjemstwos hinaus.

Nach der Revolution gewinnt die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer territorialen Teilung ausnehmende Bedeutung. Die Organe des Staates regieren, wirtschaften, richten und handeln gleichzeitig. Von der Rationalität der territorialen Einteilung hängt jetzt so gut wie alles ab: das lokale Budget, der Grad der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Gouvernements, des „Ujesd“ und des „Wolost“, die Möglichkeit wirtschaftlichen Aufbaus, die Entwicklungsaussichten in Schulfragen und die Möglichkeit einer realen Verwirklichung jener lokalen Autonomie, welche die Konstitution gewährt hat. Natürlich baut sich das lokale Budget nicht nur auf lokalen Einnahmequellen auf; natürlich spielen, wie wir später sehen werden, die administrativen Aufgaben durchaus keine untergeordnete Rolle, sondern prävalieren bei wechselnden Bedingungen häufig über alle übrigen; nichtsdestoweniger ändert sich prinzipiell die Stellung des Staates zur Frage der territorialen Teilung, besonders der „unteren“ (Wolost-) Teilung gegenüber; der Staat selbst (und nicht die „lokalen Kräfte der Bevölkerung“) ist in erster Linie an der Gewinnung „optimaler“ territorialer Rayons interessiert; die Reform der administrativen Teilung verbindet sich mit der Reform des ganzen Systems der lokalen Verwaltung; die Fragen des sogenannten „Sowjetaufbaus“ stehen in einer Reihe neben rechtlichen und ökonomischen Fragen; das ganze Problem nimmt spezifisch sowjetische Züge an und verknüpft sich mit dem ganzen Sowjetsystem zu einem einzigen Knäuel von Problemen, die unter dem Begriff „Rayonierung“ zusammengefaßt werden.

Schließlich verbindet sich auch noch die Idee der Planwirtschaft, die eine so große Rolle in der Wirtschaftstheorie des Kommunismus spielt, mit der Idee der Rayonierung. Die Rayons sollen auf der Basis eines gemeinsamen Wirtschaftsplanes aufgebaut werden, der eine ökonomische Spezialisierung der einzelnen Gebiete zur Voraussetzung hat. Die Rayonierung wird als eines der Elemente zur Errichtung der Planwirtschaft aufgefaßt.

Das Problem der Rayonierung zeigte sich aufs engste verbunden mit der

Herausschneidung und der Errichtung neuer national-autonomer Gebilde. Die nationale Abgrenzung ist nur ein Teil jener allrussischen Umgestaltung, die sich in grandiosem Maßstabe zur Zeit über das ganze Territorium des ehemaligen Zarenreiches erstreckt.

Die ungeheure Arbeit wird mit außergewöhnlicher Energie, mit Liebe und größter Sorgfalt in den letzten fünf, sechs Jahren von vielen Tausenden von Männern des Sowjetstaates verrichtet. Ihre Wurzeln aber reichen weit zurück und verbinden sie mit ganzen Geschlechtern bedeutender russischer Geographen und Volkswirtschaftler.

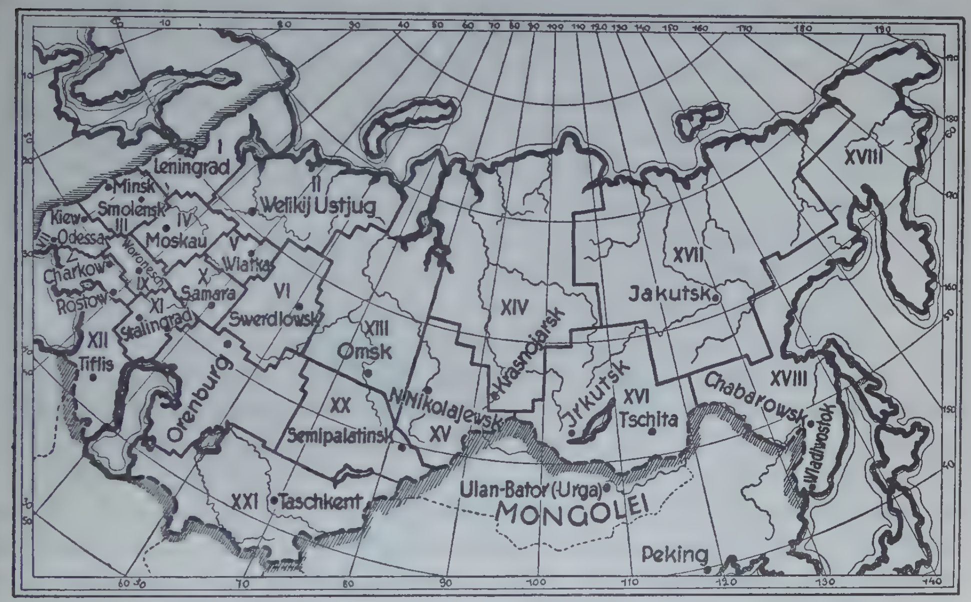


Abb. 1. Die ökonomischen Rayons der Union nach dem Projekt des Gosplan

Die Theorie der ökonomischen Rayonierung in der russischen Literatur

Sowohl die praktische wie die theoretische Wichtigkeit, in Rußland wirtschaftliche Rayons einzurichten, erklärt sich in erster Linie durch seine historisch-geographischen Besonderheiten: durch die verhältnismäßig frühe Vereinigung riesiger, ausgedehnter Räume, bei deren schwacher, wirtschaftlich-politischer Differenzierung [2]). In Europa, wo sich die ökonomischen und politischen Gebiete schon längst historisch in den festen Grenzen selbständiger Staaten abgeschlossen haben, kennt man dieses Problem, wirtschaftliche Rayons aufzufinden, nicht: sie sind durch die ganze vorhergegangene Entwicklung gegeben. Eine Analogie mit Rußland bieten die transozeanischen Länder — Nord- und Südamerika, Länder einer umfassenden inneren Kolonisation, Länder von ungeheuren Dimensionen

und Verschiedenartigkeiten in den natürlichen Bedingungen des Klimas, des Bodens usw. [3]).

Die Schwierigkeit der Lösung des Problems liegt auf der Hand. Was soll man als Rayon bezeichnen? Nach welchen Merkmalen es abteilen? Ist die Errichtung solcher Rayons überhaupt möglich? Die klassische Definition des russischen Gelehrten Fortunatow ist eine rein formale: „als Rayon hat man einen genau auf der Karte abgegrenzten Teil der Erdoberfläche zu bezeichnen, der sich von den anderen Teilen durch irgendwelche Merkmale unterscheidet". Allein, eine genaue Abgrenzung auf der Karte ist noch keine auf der Erdoberfläche; und besondere Merkmale zu finden, ist auch außerordentlich schwierig. Es ist nicht verwunderlich, daß in der Literatur die Meinung Ausdruck findet, eine genaue Rayoneinteilung sei unmöglich. Soweit die Rede von der Gewinnung sogenannter „integraler" Rayons ist, d. h. von Gebieten, die durch eine ganze Reihe gleichartiger Merkmale zu einem einzigen Wirtschaftskomplex zusammengefaßt sind — soweit ist, nach Ansicht dieser Forscher, die Aufgabe in ihrer Vollständigkeit zu lösen, ein Ding der Unmöglichkeit; möglich ist nur die Abteilung spezieller Rayons, — d. h. solcher Gebiete, die durch irgendein einziges Merkmal verbunden sind, — z. B. Weizen- oder Flachsrayons, Wald — oder Steppen —, geologische, orographische. Solche Rayons haben natürlich eine ungeheure praktische Bedeutung. und ohne ihre Einteilung wird weder eine Regierung noch sogar irgendeine größere Privatfirma auskommen können. Auch in Rußland wurden sie durch einzelne Ressorts, in der Folge aber durch Industriegesellschaften geschaffen. Indessen bleibt das Problem der Einrichtung integraler Rayons, und zwar solcher, in denen die natürlichen und ökonomischen Merkmale sich kombinieren, weiter bestehen; dasselbe Problem, das wir in der heutigen Ausdrucksweise als das Problem der „geo- und ökopolitischen Analyse Rußlands" bezeichnen würden, das Problem der Offenbarung der Vielfältigkeit seiner organischen physikalisch-ökonomischen Struktur innerhalb seiner Einheit. Man kann im voraus sagen, daß es niemals gelingen wird, einzig durch empirisch-statistische Methoden die Frage bis ans Ende zu lösen. Indessen ist auch Pessimismus hier kaum am Platz: wie die Erfahrung vieler Untersuchungen zeigt, bleibt hier noch immer Raum für eine gewisse Dosis der „phänomenologischen Methode" — eine Methode, deren Anwendung, wie wir weiter unten sehen werden. auch die heutige Sowjetpraxis bei der Rayonierung nicht umgehen kann.

Ausgangspunkt der Theorie der Rayonierung waren und sind auch heute noch die Versuche, natürliche Rayons zu bestimmen. Wir besitzen eine ganze Reihe von Arbeiten, die dahin streben, Rußland in Gebiete zu zerstückeln, welche sich vorwiegend durch die einen oder anderen natürlichen und historischen Besonderheiten unterscheiden. So ging M. M. Wiener [4]) hauptsächlich von botanischen und Bodenmerkmalen aus und teilte das Territorium des Europäischen Rußlands in

4 Gebiete: 1. Wald-, 2. Waldsteppen-, 3. Steppen-, 4. Wüstengebiet; diese zerlegt er wieder in 10 Rayons unter Berücksichtigung ihrer Eigentümlichkeiten in der Bodenbeschaffenheit und der Vegetation. Professor A. J. Skworzow[5]) geht in seiner Einteilung von den „primären“ physikalischen Merkmalen aus — der geographischen Lage, der Höhe über dem Meeresspiegel usw., denen er „sekundäre“ angliedert — Bodenbeschaffenheit, Klima und Bewaldung. Erst in dritter Linie zieht Skworzow auch die ökonomischen Merkmale in Betracht. In seiner späteren Arbeit geht A. G. Dojarenko[6]) von den Bedingungen des Klimas und des Bodens



Abb. 2. Der tatsächliche Rayon: Turkestan und seine neue politische Einteilung

aus, auf welche hin er 5 große Gebiete ausschneidet, die wiederum in 15 Rayons untergeteilt sind. Die Arbeit Prof. Dojarenkos stellt das Resümee aus den Beratungsarbeiten der Sowjetagronomen dar, welche in den Jahren 1918/19 in Moskau stattfanden, aber nicht ganz Rußland umfaßten, da dieses durch den Bürgerkrieg verhindert wurde. Alle diese Arbeiten, die kostbares Material liefern, stellen doch nur Vorarbeiten dar, da sie nicht dicht bis an die Hauptfrage nach der Schaffung integraler natürlicher und ökonomischer Rayons herangehen. Eine Antwort auf diese Frage kann nur durch den Bau eines Systems für die integrale Rayonierung gegeben werden, da praktisch sowohl wie theoretisch die physikalisch-geographischen Daten für eine Abgrenzung der Gebiete nicht ausreichen.

Rußland ist ein hauptsächlich ackerbauendes Land. Darum stellt es sich eine ganze Reihe von Gelehrten zur Aufgabe, ein System zur Errichtung integraler

landwirtschaftlicher Rayons auszuarbeiten, d. h. solcher Rayons, in denen nicht nur ein einziges, sondern eine ganze Reihe wesentlicher landwirtschaftlicher Merkmale zusammengefaßt würden. Vom ersten Versuch Arssenjews an, der in das Jahr 1818 fällt, hört die hartnäckige Arbeit in dieser Richtung für die Dauer eines ganzen Jahrhunderts nicht auf. P. P. Semjonow [7]) setzt 12 Rayons fest auf Grund der Bodenbeschaffenheit, der Bewässerung, des Wirtschaftssystems, der Entwicklungsstufe der landwirtschaftlichen Kultur, der industriellen Entwicklungsstufe, des Überflusses oder des Mangels an Korn in dem betreffenden Gebiet usw. A. J. Wassiltschikow (1876), A. S. Jermolow (1878), D. J. Richter, Prof. A. F. Fortunatow und schließlich in der neuesten Zeit A. N. Tschelinzew [8]), sie alle stellen ihre Systeme auf*).

Im Zusammenhang mit der gegen Ende des XIX. Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierung Rußlands kommt das Bestreben auf, von den natürlich-historischen und landwirtschaftlichen Rayons zu Handel- und Industrierayons überzugehen. Einen derartigen Versuch machte der berühmte russische Chemiker D. J. Mendeljejew [10]). Er ging von drei Merkmalen aus: von der Entwicklung der Fabrikunternehmen und Industrien, des Transportes und den Bedingungen zur Erhaltung billigen Heizmaterials; er teilte das ganze Territorium des Zarenreiches in 14 Gebiete: 12 europäische, 1 sibirisches, 1 mittelasiatisches. Nach Mendeljejew kam eine Reihe von anderen Arbeiten, von denen ein beträchtlicher Teil aus privaten Vorkriegsorganisationen von Industriellen hervorgegangen ist (Exekutivkomitee der Kongresse der Bergindustriellen Südrußlands), deren Bestreben dahin

*) In den späteren dieser Arbeiten wird bereits den Fragen der Methodologie größere Aufmerksamkeit zugewandt. Die Theorie der Merkmale, nach denen die Rayons eingeteilt werden sollen, vertieft sich. In einer der letzten Arbeiten finden wir bereits ein wohlausgebildetes System von Merkmalen, welches die Resultate der vorangegangenen Arbeit zusammenfaßt. B. N. Knipowitsch [9]) setzt drei Arten von Merkmalen fest: 1) „Ursprüngliche Gradmesser“ oder Voraussetzungen — von Anfang an bestehende statistische Gegebenheiten; nach diesen Merkmalen werden auf der Karte Rayons umrissen, und aus der Vergleichung der nach verschiedenen Merkmalen zusammengesetzten Rayons kann ein Rayon synthetisch bestimmt werden; 2) Indexe oder „Gruppengradmesser“, welche die Gegebenheiten nach Art ihrer Merkmale synthetisieren und die Möglichkeit gewähren, organischere Rayons zu bilden; 3) „Fokale Merkmale“ — das sind Merkmale, in denen sich, wie in einem Brennpunkt, die Gesamtheit aller Wirtschaftserscheinungen oder eines bestimmten Wirtschaftszweiges widerspiegelt: „Jede Eisenbahnstation stellt ein ganzes ökonomisches Obervatorium dar“ (A. I. Tschuprow). Das Prinzip der fokalen Merkmale ist in letzter Zeit durch Professor J. G. Alexandrow erweitert worden, der ein Flußgebiet als Merkmal hinstellt, welches sowohl die natürlichen, wie die ökonomischen (Verkehrswege), wie die kulturellen (ursprüngliche Kolonisierung) Faktoren zusammenfaßt. Am vollständigsten ist in der letzten Zeit die Methode der Gruppengradmesser von Professor A. N. Tschelinzew ausgearbeitet worden; er geht bei der Errichtung seiner Rayons von dem Grade der Intensität der Landwirtschaft aus, welcher durch 5 Indexmerkmale, die statistisch genau festgestellt sind, gemessen wird. Schließlich gibt es noch einen interessanten Versuch, ein objektives und genaues ökonomisches Merkmal zu finden — den Brennpunkt. G. J. Baskin geht bei der Charakteristik der landwirtschaftlichen Rayons von der Wechselwirkung zwischen Markt und Bauernwirtschaft aus. Als Kriterium dieser Wechselwirkung soll nach seinem Vorschlag die Entfernung des Landwirtschaftsbetriebs vom Absatzmarkt angesehen werden. Wenn die Anwendung dieser Methode in bezug auf das ganze Territorium Rußlands auch gewisse Zweifel hervorruft, so ist ihre Bedeutung bei einer Rayonierung in Unterdistrikte (innerhalb der größeren natürlichen Rayons) unbestreitbar.

ging, ein System der Teilung Rußlands auf Grund industrieller Besonderheiten seiner einzelnen Teile aufzustellen.

Wir haben drei Systeme von integralen Rayons betrachtet: natürlich-historische, landwirtschaftliche und industrielle. Alle waren sie in ihren Grundzügen schon



Abb. 3. Der tatsächliche Rayon: der Nordkaukasische Gau

Erklärung der Zeichen:

——— Eisenbahnen. ——— Grenzen der autonomen Gebiete. .—•—•— Grenzen der neueren Bezirke. Die Städte Wladikaukas und Grosnj stellen den Bezirken gleichberechtigte autonome Einheiten dar

von der vorrevolutionären russischen Nationalökonomie analysiert und gegeben. Charakteristisch für alle ist ihr Kausalcharakter, das Bestreben, Rußland als etwas Gegebenes zu begreifen. In vielen Fällen benützen die vorrevolutionären Arbeiten die Evolutionsmethode, bemüht die Rayons in ihrer Entwicklung

zu erfassen. Allein diese Methode gelangte nicht zur vollen Entfaltung. Die Arbeiten der russischen Nationalökonomen nach der Revolution sind von einem anderen Geiste durchdrungen. Ihr hervorstechender Vertreter ist Professor A. J. Alexandrow[11]), der Leiter der Arbeiten der „Gosplan" (Staatliche Planwirtschaftskommission) auf dem Gebiete der Ausarbeitung des Systems der ökonomischen Rayonierung. Alexandrow selbst nennt seine Methode eine teleologische. Er geht nicht davon aus, die Rayons als Resultat der vorangegangenen Wechselwirkung von natürlichen und wirtschaftlichen Faktoren zu begreifen, sondern als Ausgangspunkt der zukünftigen Entwicklung. Wesentlich für die Errichtung der Rayons sind die Ziele, die wir bei der Rayonierung im Auge haben. In Abhängigkeit davon kann man verschiedene Rayons bezeichnen. Diese Ziele selber aber kann man nur bezeichnen, indem man alle wirtschaftlichen und natürlich-historischen Besonderheiten in Anrechnung bringt, zu denen, wie weiter oben schon erwähnt wurde, Alexandrow noch einige neue hinzufügt. Hieraus ist klar ersichtlich, daß er bei der Errichtung seiner Rayons alle Ergebnisse der vorangegangenen Forschungsarbeiten benutzt, doch in einer Neubearbeitung vom Gesichtspunkt jener Ziele aus, die der Volkswirtschaft — als ein einziges organisches Ganzes aufgefaßt — gestellt werden.

Diese teleologische Richtung, die für die Mehrheit der nachrevolutionären Forschungen tief charakteristisch ist, finden wir auch bei einem anderen Leiter der Arbeiten der „Gosplan", bei ihrem Vorsitzenden G. M. Krschyschanowsky[12]). In den Arbeiten dieses letzteren wird besonders die Möglichkeit unterstrichen, die Rayons auf Grund der Ausnutzung elektrischer Quellen und jeglicher anderen Energien zu entwickeln. Die Idee energetischer Rayons widerspricht dem Gedanken Alexandrows durchaus nicht, sondern ergänzt ihn nur. In der Praxis fallen Alexandrows „teleologische" Rayons mit den „energetischen" von Krschyschanowsky zusammen. Das Pathos des Ziels, des Aufbaus, der Zukunft verbindet die Ideen dieser beiden Gelehrten, die der ganzen Arbeit, welche der Rayonierung Rußlands gilt, den Stempel ihres Geistes aufgedrückt haben.

Prinzipien und die Praxis der Rayonierung

Zum ersten Male wurde die Frage nach der Rayonierung auf dem siebenten Rätekongreß im Jahre 1919 gestellt. Als ein wichtiges Datum dieser Periode erscheint der achte Rätekongreß (Dezember 1920), auf welchem das berühmte Auftreten Lenins in der Frage der Elektrifizierung stattfand. Die Rayonierung tritt in Verbindung mit der Aufgabe der Elektrifizierung Rußlands („energetische Rayons"). Nach der Einsetzung der „Gosplan" am 1. April 1921 werden die Arbeiten der administrativen Kommission mit denen der Gosplan vereinigt. Vom November 1921 an wird die ganze Arbeit in einer Spezialkommission zur Rayonierung bei dem Präsidium des WZIK und unter dem Vorsitz M. J. Kalinins konzentriert. Die

Kommission Kalinins legte dem Präsidenten des WZIK ihre „Thesen“ vor, welche am 13. April 1922 bestätigt wurden. Wir führen sie hier in den Auszügen an[13].

I. „Die Rayonierung baut sich auf dem ökonomischen Prinzip auf. Als Rayon soll ein eigenartiges, nach Möglichkeit ökonomisch abgeschlossenes Territorium des Landes abgeteilt werden, das, dank der Kombination der natürlichen Besonderheiten, der kulturellen Errungenschaften und des Grades der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Bevölkerung, ein Glied in der gemeinsamen Kette der Volkswirtschaft darzustellen vermag.“ . . . „Hierbei werden (abgesehen von der planmäßigen Ausnutzung aller Möglichkeiten bei minimalsten Ausgaben) auch noch andere sehr wichtige Resultate erzielt: die Rayons spezialisieren sich bis zu einem gewissen Grade auf die Zweige, die bei ihnen am vollkommensten entwickelt werden können, der Austausch zwischen den Rayons aber wird streng auf die unbedingt notwendige Menge zweckmäßig verteilter Industrieerzeugnisse beschränkt.“

II. „In Übereinstimmung mit unserer Verfassung und den allgemeinen Grundgedanken unserer nationalen Politik muß das ökonomische Prinzip der Rayonierung in solcher Gestalt in die Erscheinung treten, daß es zur materiellen und geistigen Entwicklung aller Nationalitäten und Völkerstämme der RSFSR *) beiträgt, je nach den Besonderheiten ihrer Lebensweise, Kultur und ökonomischen Verfassung.

Das von der Sowjetmacht verkündete Prinzip der Selbstbestimmung soll gewahrt werden, und die ökonomische Rayonierung soll als Basis für die allerhöchste Entfaltung autonomer nationaler Vereinigungen in wirtschaftlicher Beziehung dienen.“

„. . . Die ökonomische Rayonierung soll das friedliche Zusammenleben und die brüderliche Mitarbeit aller Völkerstämme und Nationalitäten der RSFSR, wie auch der befreundeten und uns durch Verträge verbundenen Sowjetrepubliken sicherstellen.“

Die Rayons nach dem Projekt der Gosplan:

1. Nordwestliches	Gebiet	12. Kaukasus-	Gebiet
2. Nordöstliches	„	13. Westsibirisches	„
3. Westliches (Weißrußland)	„	14. Jenisseisches	„
4. Zentral-Industrielles	„	15. Kusnezko-Altaisches	„
5. Wjatsko-Wetlugisches	„	16. Lensko-Baikalisches	„
6. Ural-	„	17. Jakutisches	„
7. Südwestliches	„	18. Ferner Osten	„
8. Südliches Bergindustrielles	„	19. Westkirgisisches	„
9. Zentral-Schwarzerde-	„	20. Ostkirgisisches	„
10. Mittel-Wolga-	„	21. Turkestan-	„
11. Unter-Wolga-	„		

*) Die „Union“ gab es damals noch nicht.

Das von der Gosplan vorgeschlagene System der Rayonierung blieb dennoch nur ein Projekt. Im weiteren Verlauf wurden verschiedene Änderungen hineingetragen [14]). Das Schema der Gosplan, wie auch die von ihr ausgearbeiteten Prinzipien der Planierung, dienten auf alle Fälle als Programm der weiteren, bereits rein praktischen Arbeit [15]).

Von der Art, wie die Prinzipien der Gosplan sich praktisch anpaßten, gibt die folgende interessante Beschreibung der Arbeit im Ural eine Vorstellung: „Für die nächsten 10 Jahre ist ein Schema der grundlegenden Eisenbahn- und Wasserwege entworfen worden. Die Gesamtheit der Distriktzentren (10—12) und der Rayonzentren, die in der Folge in Distriktzentren umgewandelt werden könnten (und noch 8—10 ergeben würden), ist bearbeitet worden. Das Gebiet ist in Produktionsabschnitte zerlegt: in industrielle — mit einer Aufteilung in Gruppen —, in landwirtschaftliche — mit einer Aufteilung in Zonen nach ihren natürlichen Bedingungen und ihren Wirtschaftssystemen. Die Dichte der Bevölkerung und ihre Zusammensetzung ist vermerkt, größere natürliche Hindernisse (wie Berge, Sümpfe, Waldmassive), die industrielle und kulturelle Anziehungskraft mit ihren wahrscheinlichen Modifikationen in den nächsten Jahren ist in Betracht gezogen, Landstriche sind bearbeitet und die Richtung der voraussichtlichen Entwicklung der Industrie sowie eine Reihe anderer Merkmale . . . Gemäß den Gesamtergebnissen alles oben Ausgeführten ist das Schema der Distrikte bestimmt worden [16]).“ Als Resultat ergab sich, daß der Ural, statt in die früheren vier Gouvernements und 26 Ujesde, nunmehr in 15 Distrikte geteilt war.

Wir sehen, daß man tatsächlich nach integralen Distrikten sucht und dabei nicht nur die vorhandenen Bedingungen, sondern auch die Perspektiven der künftigen Entwicklung berücksichtigt. Als merkwürdiges Beispiel für die Anpassung der „teleologischen“ Methode erscheint die Abtrennung des Distrikts des Sals (im nordkaukasischen Gau), der erst in Zukunft seine administrativ-wirtschaftliche Selbständigkeit zu rechtfertigen haben wird [17]). In der Praxis hat im allgemeinen die Frage nach der räumlichen Ausdehnung und der Bevölkerungsdichte der Distrikte eine große Bedeutung. In vielen Fällen ist dieses — bei der Teilung gleichartiger Raumgebiete — eines der wichtigsten Merkmale. Doch auch in jenen Fällen, wo das Territorium selbst eine Reihe mehr oder minder deutlich ausgeprägter Besonderheiten aufweist, muß dennoch mit der Zahl der Bevölkerung gerechnet werden. Dieses Moment hat bei der Rayonierung der Ukraine eine große Rolle gespielt [18]).

Es versteht sich, daß die Größe nur eines der Elemente zur Auffindung des gesuchten „optimalen“ Distriktes ist. Im ganzen hängen die Schwierigkeiten der Lösung der Aufgabe von der Stufe der wirtschaftlichen und ökonomischen Differenziertheit des gegebenen Gebietes ab. So war es leicht, das Gebiet des Fernen Ostens in 9 Distrikte zu zerlegen, verhältnismäßig leicht auch war es in Nord-

kaukasien, schwieriger schon in Weißrußland (12 Distrikte, 118 Rayons), sehr schwierig in Kirgisien mit seinen gleichförmigen Steppen und seiner gigantischen Ausdehnung. Eine große Bedeutung besitzt die Arbeit, die in Turkestan nach der Durchführung der „nationalen Abgrenzung" geleistet wurde. In der Turkmenischen SSSR schlug die administrative Buntheit alle Rekorde: die Republik zerfiel in Gebiete, Ujesde, Woloste, Wilajets, Tumans, Kents usw. Nach der Bildung der Turkmenischen Republik wurde beschlossen, die Rayonierung durchzuführen, als deren Resultat die Republik augenblicklich 32 Rayons zählt. Nach der Turkmenischen wurde die Rayonierung der Usbekischen Republik vorbereitet und wird zur Zeit ausgeführt. Anstatt der jetzigen 9 Gebiete, 32 Ujesde und 264 Woloste sind hier 10 Distrikte und 87 Rayons vorgesehen. In beiden Republiken werden wirtschaftliche und nationale Merkmale der Teilung zugrunde gelegt [19]).

Die Rayonierung und das nationale Problem

Es ist, unserer Meinung nach, noch zu früh, über eine Einwirkung der in den einzelnen Gebieten Rußlands schon beendigten Rayonierung auf die wirtschaftliche Produktivität derselben zu urteilen [20]). Die positiven Wertungen, denen man häufig in der Sowjetpresse begegnet, ziehen in der Mehrzahl der Fälle nicht genügend die allgemeinen Faktoren des wirtschaftlichen Wiederaufbaues des Landes in Betracht, die auch ohne Rayonierung ihre Wirkung getan hätten [21]). Das soll nicht heißen, daß die neue administrative Teilung keine Resultate zeitigt — wir verfügen nur einfach noch nicht über genug Daten, um sie richtig einschätzen zu können.

In den Gebieten Rußlands mit gleichartigem ethnischem Bestand geht die politische Aufgabe der Rayonierung nicht über die Grenzen des rein administrativen Problems hinaus. Ist für Zentralrußland die Synthese der administrativen und ökonomischen Distrikte und Rayons gefunden worden? Auf diese Frage antwortet ein sowjetischer Erforscher der Verhältnisse: „. . . die Rayonierung, welche wir zur Zeit ausführen, ist eine administrative, aber keine ökonomische" [22]). Und weiterhin spricht derselbe Verfasser ein Urteil aus, das wir sogar allzu kategorisch finden: „Das Zusammenfallen administrativer und ökonomischer Grenzlinien ist zur Zeit nur in seltenen Ausnahmefällen möglich, und das Bestreben, diese Linien eine nach der anderen zu ziehen, ist in den meisten Fällen aussichtslos." Dieser übermäßige Pessimismus ist hervorgerufen durch übermäßige Erwartungen. Ein genaues Zusammenfallen „optimaler" administrativer und ökonomischer Rayons war gar nicht zu erwarten gewesen, doch ein annäherndes Zusammenfallen ist möglich und wird in den Fällen erreicht, wo die statistischen Feststellungen durch das verstärkt werden, was wir weiter oben die „Phänomenologie der Rayonierung" genannt haben, d. h. durch ein gesundes Gefühl für die geo-ökonomische Wirklichkeit.

Wir haben schon bemerkt, daß die faktischen Rayons sich erheblich von denen

der Gosplan unterscheiden. Die hauptsächliche Ursache für diese Abweichungen war der Wunsch, die neuen nationalen Gebilde zufriedenzustellen. Die Tatsache, daß in vielen nationalen Gebieten und Republiken die Grundbevölkerung häufig nur eine unbedeutende Mehrheit, ja zuweilen sogar eine Minderheit darstellte, erklärt sich hauptsächlich durch den Wunsch, ihr Territorium in der Weise „abzurunden", daß ihnen dadurch die notwendigen ökonomischen Hilfsquellen geboten wurden. Das behutsame Verhalten der Sowjetmacht gegenüber den Bedürfnissen und Ansprüchen der zu dem neuen Leben erweckten Nationalitäten war eine ausgesprochene Verletzung der Integrität des Prinzips der wirtschaftlich-administrativen Rayonierung. Dafür haben wir zahlreiche Beweise aus Sowjetquellen. Im ganzen „besaß das nationale Moment eine sehr wesentliche Bedeutung bei der Bildung einzelner administrativer Einheiten, die häufig nicht ihren ökonomischen Merkmalen gemäß, sondern geradezu denselben entgegen abgeteilt wurden" [23]).

Natürlich sind bei jeder Abgrenzung derartige Unstimmigkeiten unvermeidlich. Doch die weitere Praxis der Sowjetrayonierung beweist, daß die Überzeugung vom Primat der ökonomischen Bedürfnisse des ganzen Landes vor den überflüssigen Ansprüchen der einzelnen kleinen Völkerschaften immer mehr Anerkennung findet. Ein glänzendes Beispiel von der Versöhnung des nationalen und ökonomischen Prinzips gewährt die sowjetische nationale Abgrenzung in Mittelasien. Hier sind die national-kulturellen Bedürfnisse der lokalen Völkerschaften vollauf befriedigt, und gleichzeitig ist die Einheit der ökonomischen Regulierung gewahrt. Die durchgeführte Rayonierung der einzelnen mittelasiatischen Republiken hindert nicht ihre Zusammenfassung in ein einziges ökonomisches „Turkestaner Gebiet", das ungefähr nach dem Projekt des Gosplan abgeteilt worden war. Durch ein Dekret des WZIK vom 1. 10. 1926 wurde der „Mittelasiatische ökonomische Rat" gebildet mit Sitz in Taschkent und Kompetenz innerhalb der Grenzen von Turkestan [24]). Der Rat untersteht unmittelbar dem Rat der Volkskommissare der Union der SSR, seine Beschlüsse auf dem Gebiet der wichtigsten ökonomischen Fragen sind für alle Turkestaner Republiken und Gebiete verbindlich. Auf diese Weise ist in diesem Falle die Rayonierung mit einem dauerhaften ökonomischen Fundament unterlegt, welches nicht die geringsten Gefahren in bezug auf die Rechte der lokalen nationalen Interessen bietet. Ebenso und schon früher wurden bei der Errichtung des Nordkaukasischen Gaus die nordkaukasischen autonomen Gebiete in seinen Bestand miteingeschlossen. Eine analoge Gebietseinheit ist auch in Transkaukasien mit seinen drei autonomen Republiken und autonomen Gebieten erreicht. Alle haben sie ein einheitliches Budget und einen einheitlichen Wirtschaftsplan, welche stets beide unter voller Mitwirkung des Zentrums ausgearbeitet werden.

Eine Synthese zwischen der planmäßigen Regulierung der Wirtschaft, dem national-ethnographischen Prinzip und der zweckmäßigen Ausgestaltung der

administrativen Leitung zu finden, ist eine Aufgabe von ungeheurer Schwierigkeit. Die Arbeit vollzieht sich langsam, Schritt für Schritt in dem ganzen Territorium der Sowjet-Union. Nicht immer führt sie zu den gewünschten Resultaten, und nicht selten weicht sie von der prinzipiellen Richtlinie zugunsten lokaler oder temporärer Interessen ab. Allein aus allem, was hier gesagt worden ist, ist es nicht schwer, den Schluß zu ziehen, daß diese Aufgabe mit jenen tiefsten Prozessen der wirtschaftlich-politischen Umgestaltung Rußlands verknüpft ist, die noch auf viele Jahre hinaus seine ganze Zukunft bestimmen werden. Die Rayonierung ist eine stille, nach außen wenig bemerkbare Angelegenheit. Und dabei schafft gerade sie jene Formen, in welche sich das schäumende, fließende, zerschmelzende revolutionäre Rußland ergießt.

ANMERKUNGEN. Den drei beigefügten Karten liegen die Karten aus dem Werk „Die Ökonomische Geographie der SSSR“ von N. Baransky (Moskau 1927) zugrunde. 1) Zweibändiges Sammelwerk: „Die kleine Semstwo-Einheit“, St. Petersburg 1908. — 2) K. J. Arsenjew in den „Statistischen Aufsätzen über Rußland“, 1848. — 3) Das Problem wurde in den Arbeiten des Vorläufigen deutschen Reichswirtschaftsrats bei der Diskussion über die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten berührt. Ein Verzeichnis der ausländischen Literatur über diese Fragen finden wir bei H. Finer, „Representation Government and a Parliament of Industrie“, London 1924. — 4) W. W. Wiener, „Organisationsentwurf zur Erforschung der Landwirtschaft in Rußland nach Rayons“, St. Petersburg 1908. — 5) Prof. A. J. Skworzow, „Die Wirtschaftsrayons des Europäischen Rußlands“, St. Petersburg 1914. — 6) „Die landwirtschaftlichen Gebiete nach den Materialien der allrussischen und provinziellen Konferenzen“, 1919, zusammengestellt von Prof. A. G. Dojarenko, herausgegeben vom Volkskommissariat für Agrarwesen, Moskau 1920. — 7) Veröffentlicht im „Statistischen Jahrbuch des Russischen Reichs für das Jahr 1871“, herausgegeben vom Statistischen Zentralkomitee. — 8) Prof. A. J. Tschelinzew, „Aufsätze über die landwirtschaftliche Ökonomie“, 1910, von demselben Verfasser „Zustand und Entwicklung der russischen Landwirtschaft nach den Daten der Zählung 1916“, Charkow 1918. Eine Zusammenfassung der Arbeiten Prof. Tschelinzews gibt Prof. N. Oganowsky in den „Aufsätzen über die ökonomische Geographie der SSSR“, Moskau 1924. — 9) B. N. Knipowitsch, „Zur Methodologie der Rayonierung“, Moskau 1921. — 10) D. J. Mendelejew, „Zur Erkenntnis Rußlands“, 1906. — 11) Prof. A. J. Alexandrow, „Die Grundlagen der wirtschaftlichen Rayonierung der SSSR“, Moskau und Leningrad 1924. — 12) G. M. Krschyschanowsky, „Die wirtschaftlichen Probleme der RSFSR und die Arbeiten der Gosplan“, Moskau 1921. — 13) Zitiert nach dem von der Gosplan herausgegebenen Buch „Die Rayonierung der SSSR, Materialsammlung zur Frage der Rayonierung von 1917 bis 1925“, Moskau 1926. — 14) „Die Rayonierung des Fernen Ostens“, „Planwirtschaft“ 1926, Nr. 5. — 15) Die ausführlichen Angaben über administrative Teilung der SSSR finden sich in zahlreichen offiziellen Veröffentlichungen. Siehe „Territoriale und administrative Teilung der UdSSR zum 1. Januar 1926“, herausgegeben von dem Volkskommissariat des Innern; Ssulkjewitsch, „Die administrativ-politische Struktur der SSSR“, Moskau 1927. — 16) „Die Rayonierung“, S. 156. — 17) Prof. A. M. Ladyschnikow, „Die Rayonierung des Nordkaukasischen Gaus“, „Planwirtschaft“ 1926, Nr. 5. — 18) Gr. Grinko, „Planierungsprobleme der ukrainischen Ökonomik“, „Planwirtschaft“ 1926, Nr. 4. — 19) „Iswjestija“, 4. 11. 26. — 20) L. Nikitin, „Die Rayonierung in den letzten fünf Jahren“, „Planwirtschaft“ 1926, Nr. 3. — 21) Ein Beispiel dieser Wertung enthält die „Iswjestija“ vom 30. 12. 26, „Die ersten Ergebnisse der Rayonierung des Sibirischen Gaus“. — 22) S. J. Scharow, „Zur Frage der nächsten Aufgaben der Rayonierung“, „Planwirtschaft“ 1926, Nr. 8. — 23) „Rayonierung“, S. 61. — 24) „Iswjestija“ 1926, 2. 11. 1926.

Hans F. Zeck:

U. S. A.

Die Wiederentdeckung Amerikas beim Suchen nach dem Seewege nach Indien war ein Ereignis von planetarischer Wucht und Wirkung. Seitdem hat der neue Erdteil die Entwicklung der Alten Welt ununterbrochen beeinflußt. Anfangs passiv, dann in steigendem Maße aktiv, bis sich im, besonders aber nach dem Weltkrieg das Schwergewicht des wirtschaftlichen Lebens zugunsten Amerikas verschob. Was das bei der steigenden Bedeutung des wirtschaftlichen Momentes gegenüber den politischen bedeutet, ist offenbar.

Wenn wir nach den Gründen forschen, so stellen wir einen erheblichen Einfluß geopolitischer Elemente fest. Die U. S. A. sind hineingestellt in einen Lebensraum, wie wir ihn in gleicher Einheitlichkeit nur noch in Südamerika, sonst nicht mehr in der Welt finden. Das ist vielleicht das stärkste Aktivum, das zu dem einheitlichen geschlossenen Aufbau führte. Diese günstige geopolitische Struktur ballte alle Kraft zusammen. Aber dieses geopolitische Moment hat ein doppeltes Gesicht, es wirkt nicht bloß konzentrierend nach innen, sondern in gleichem Maße schützend nach außen. Der breiten Mulde, die sich von Westen nach Osten verflacht, um im Osten gegen das Meer wieder kleinere Erhebungen zu zeigen; die auf beiden Seiten vom Meer bespült an den großen Weltstraßen liegt, die im Norden von der Arktis, im Süden durch eine Enge begrenzt wird, drohen keinerlei äußere Gefahren.

Während der nördliche Nachbar, Kanada, schon in der subarktischen, die südlichen Nachbarn in der tropischen Klimazone liegen, liegen die U. S. A. vollständig in der subtropischen und gemäßigten Zone. Wenn trotzdem gegenüber Europa eine wesentliche Klimadifferenz vorliegt, so ist das durch das freie Hereinstreichen der Winde von den drei offenen Seiten her bedingt. Kalte, trockene Nordwestwinde wechseln mit kalten, feuchten Nordostwinden und heißen Südwinden so schnell ab, daß innerhalb weniger Stunden Schwankungen von 14 bis 17 Grad Celsius zu beobachten sind.

An der Europa zugewandten atlantischen Küste, wo der Hauptstamm der Einwanderer sitzenblieb und fast $^3/_4$ der Gesamtbevölkerung ansässig ist, vermehrt die feuchte Meerluft die Reaktionsfähigkeit der Menschen auf Kälte und Hitze. Kein Wunder, wenn das Klima den Charakter dieser Menschen in Arbeit und Genuß, im Wollen und Empfinden wesentlich mitbestimmte. Zur Stetigkeit und Innerlichkeit des kontinentalischen Einwanderers trat die Neigung zur Sprunghaftigkeit und Extravaganz. Wenn wir noch hinzufügen, daß es durchweg nur lebenskräftige, zähe und arbeitsame Naturen gewesen sind, die sich in der Koloni-

sation zu behaupten vermochten, haben wir alle Elemente des zur Zeit führenden Menschentypus der U. S. A. beisammen.

Wenn Europa bis 1914 selbst Amerika gegenüber seine unbestrittene Vormachtstellung in der Welt behaupten konnte, so verdankte es das vornehmlich drei Faktoren:

1. dem politischen und wirtschaftlichen Erobererwillen, der die Erträgnisse anderer Länder in die eigenen Dienste zwang. Das heißt, Europa schuf sich für die fehlende heimische Rohstoffgrundlage Ersatz in den Kolonien und Ländern, die ihm politisch, wirtschaftlich oder finanziell hörig waren;

2. der wissenschaftlich hoch entwickelten Technik und dem Organisationstalent. Die Erschließung der Reichtümer der Welt ging unter der Leitung und mit den Hilfsmitteln Europas, insbesondere seinem Kapital, vor sich;

3. der reichlich vorhandenen Arbeitskraft, die zum Teil sehr hoch entwickelt war. Der europäische Qualitätsarbeiter hat heute seine Standardstellung noch nicht ganz eingebüßt, wenn auch Amerika in manchen Sparten ihm gleichkommt.

Gestützt auf diese Faktoren und von ihnen ausgehend, hat Europa die Wirtschaft der U. S. A. durch peripherische Einwirkung aufgebaut. Hinzu kam die Auswirkung der europäischen Kräfte innerhalb der U. S. A. durch die Einwanderer. Die Erschließung des Landes, der Bau der riesigen transkontinentalen Bahnen, die Einrichtung der gewaltigen Industrie ist von Europa finanziert worden. Das rasende Tempo der Entwicklung, gestützt auf die günstigen, natürlichen Vorteile und Reichtümer, gab dem Lande die Möglichkeit, schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auch innerlich den Kolonialcharakter abzustreifen, um eine politische Großmacht eigner Prägung zu werden. Was noch fehlte, war die absolute wirtschaftliche Selbständigkeit. Bis diese Stufe erreicht war, sollten noch Jahrzehnte vergehen. Man erinnere sich nur, daß Deutschland den U. S. A. noch um die Jahrhundertwende zweimal in größter Krisis beigesprungen ist — 1895 und 1907!

Die Entwicklung zur wirtschaftlichen Selbständigkeit wird gekennzeichnet durch die drei Entschuldungsperioden. Mit Beginn der 90er Jahre, als die große Konjunktur in Amerika einsetzte, begann die finanzielle Loslösung von Europa. Nach Überwindung des Rückschlages von 1895 sind allein in den Jahren 1897/98 unter dem Schlagwort der Repatriierung für etwa 800 Millionen Dollar Wertpapiere in die U. S. A. zurückgeflossen. Die zweite Entschuldungsperiode fällt in die Jahre 1907—1912, wo die U. S. A. zum Gläubiger Lateinamerikas werden. In diesen beiden Perioden hat sich die Inlandsverwertung der Rohstoffe so weit fortgebildet, daß die U. S. A. ihren Charakter als Rohstofflieferant aufgaben und zum Warenlieferant wurden. Auf dieser Basis entwickelte sich im Weltkriege die dritte Periode: der Umschwung vom Schuldner- zum Gläubigerstaat. Heute schuldet die Welt den U. S. A. etwa 80 Milliarden Mark, davon ihren Bundes-

genossen aus dem Weltkriege allein 46 Milliarden, jene Summe also, die dem Dawesplan zugrunde liegt. Wir sehen, Amerika hat sich von Europa unabhängig gemacht, indem es jene Faktoren, auf denen einst Europas unbestrittene Vormachtstellung beruhte, in den Bannkreis seiner eigenen Arbeit und Wirtschaftspolitik zog. Jetzt streben die U. S. A. mit aller Energie danach, ihre dominierende Stellung auszubauen und zu festigen. Und auch dabei kommen ihnen geopolitische Momente in erheblichem Umfange zustatten, wenn auch andererseits wieder Momente — ebenfalls geopolitischer Prägung — das Endziel zu gefährden drohen.

Vier Probleme sind es, die heute die Weltpolitik beherrschen:

1. das Streben der Sieger um Sicherung der Macht und der Wille der Besiegten, wieder hochzukommen;

2. der Kampf um die Macht unter den Siegern selbst;

3. die politischen Macht- und Interessenkämpfe innerhalb der einzelnen Staaten, besonders die sozialen Kämpfe, und

4. der Kampf um die größten Anteile an der Weltwirtschaft.

Alle vier Probleme überschneiden sich und lassen sich nicht absolut voneinander trennen. Aber in allen vieren scheint Amerika besonders günstig zu stehen. Das bedingt seine bevorzugte Lage in einem geschlossenen Erdraum, der weit abliegt von den Kampfstätten des Weltkrieges und den direkten wie indirekten Besiegten. So ist ihm die Möglichkeit gegeben beim Fehlen sozialer Kämpfe, gestützt auf sein wirtschaftliches Übergewicht, ein vollständiges Eigenleben zu führen.

Voraussetzung aber für die Erhaltung dieser „splendid isolation“ ist die Erhaltung der absoluten wirtschaftlichen Überlegenheit, als Grundlage der amerikanischen Machtstellung. Kein Wunder, daß Amerika mit aller Kraft um seinen wirtschaftlichen Vorsprung kämpft, und der Kampf scheint ihm zu glücken. Der flüchtige Beobachter sieht eitel Glanz und Sicherheit. Dennoch, wer schärfer prüft, findet brüchige Stellen. Es scheinen Gefahren für die amerikanische Vormachtstellung heraufzuziehen, deren Umfang sich noch nicht absehen, nur ahnen läßt. Diese Gefahrenquelle liegt im Lande selbst, in seiner Landwirtschaft.

Wurde dem Export der Agrarprodukte in der Schuldnerzeit der U. S. A. jede erdenkliche Erleichterung zuteil, weil mit der Ausfuhr Schulden getilgt und Zinsen bezahlt wurden, so ist das heute anders geworden. Der Krieg brachte eine industrielle Expansion unerhörten Umfangs. Weil diese Expansion traditionslos war, konnte sie ohne innere oder äußere Hemmungen neue Wege in Theorie und Praxis gehen. Ein unerschöpflich scheinendes Finanzreservoir erleichterte den Umschichtungsprozeß. Beschleunigt wurde er durch die Notwendigkeit, mit Kriegsende die inneramerikanische Produktion vor der europäischen Konkurrenz zu schützen. Starke Prohibitivzölle hielten jede fremde Konkurrenz fern und ermöglichten die Schaffung eines isolierten Wirtschaftsgebietes. Einwandererverbote, zum mindestens doch Erschwerungen, sicherten ein hohes Lohnniveau. So war die

Kaufkraft des isolierten Gebietes geschützt. In diesem hermetisch abgeschlossenen Wirtschafts- und Lebensraum begann der Kampf gegen die schon am Horizonte auftauchende, von der Seite der Überproduktion her drohende wirtschaftliche Krisis.

Während die Alte Welt sich damit begnügte, durch Erhöhung der Diskontsätze die Produktionslust einzudämmen, ging man in Amerika einen neuen Weg. Die Konsumkraft wurde der Produktionskapazität angepaßt. Der Konsum wurde ebenso finanziert, wie man in der Alten Welt die Produktion finanziert hatte. Die Verbreiterung der Konsumbasis gab die Möglichkeit, die Produktion wesentlich im Inlande unterzubringen. Das bedeutete eine eminente Steigerung der Sicherheit im ganzen Produktions- und Handelsgeschäft. Nur mußten Produktion und Konsum möglichst genau aufeinander abgestimmt sein. Zweifellos ist es gelungen, diese Gedankenfolge in ihren Hauptsätzen durchzuführen. Man kann zusammenfassend sagen, daß der Schwerpunkt der Wirtschaft der U. S. A. sich in die industrielle Produktion verschoben hat, die durch eine ungeheure Kapitalmacht gestützt, durch Absperrung von ausländischer Konkurrenz die mechanische Anpassung der Produktion an die Konsumkraft erreicht und so einen in sich geschlossenen, automatisch balancierenden Umlaufprozeß weitgehend verwirklicht hat.

Der einzige Zweig der amerikanischen Volkswirtschaft, der sich diesem System nicht eingefügt hat, ist die Landwirtschaft. Es ist unmöglich, den Umfang der Agrarprodukte irgendwie vorher zu bestimmen, weil bei der organischen Grundlage der Landwirtschaft, ihrer Abhängigkeit von Bodengestalt und Klima und den dadurch bedingten starken Schwankungen keine so absoluten Werte für die Wirtschaftspolitik herausgestellt werden können, wie bei Industrie und Handel. Diese absoluten Normen aber, besonders in der Wertung des Einkommenfaktors, sind unbedingt notwendig, um die Kaufkraft eines so bedeutenden Konsumfaktors, wie die Landwirtschaft ihn darstellt, zu bemessen. Die Unmöglichkeit, feste Werte zu finden, bringt in die Berechnung der industriellen Produktionskapazität ein außerordentlich unsicheres Element. Umfang der Ernte, Preis der Erzeugnisse und damit die Höhe des Farmereinkommens stellen dieses Moment privat- und volkswirtschaftlicher Unsicherheit dar. Dieses Moment der Unsicherheit aber wiederum stellt die Landwirtschaft außerhalb des wohlabgehobenen und genau festgelegten, in der Industrie verankerten wirtschaftspolitischen Programms der U. S. A. Jeder Versuch der Farmer, sich dennoch in das System einzugliedern, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. So muß der Farmer sich als Fremdkörper fühlen, und das um so mehr, weil jenseits der Unmöglichkeit, sich organisch in das Programm einzufügen, seine Interessen in ganz anderer Richtung laufen. Er muß seine Erzeugnisse, die er auf dem Inlandsmarkte nur zum Teil absetzen kann, exportieren. Die Notwendigkeit des Exportes aber muß sich ergänzen durch die Möglichkeit des Importes, besonders in europäische Länder. Diese aber fühlen sich durch die überspannte Prohibitivpolitik Amerikas bedroht und erschweren

nach Kräften die Einfuhr amerikanischer Agrarprodukte, weil sie hier die einzige Möglichkeit sehen, den U. S. A. beikommen zu können. Lockerung der amerikanischen Einwandererkonditionen und Entgegenkommen in der Zollfrage werden als Gegenleistung gefordert. Ein Entgegenkommen aber in diesen Punkten muß von der Industrie und der verbündeten Kapitalmacht, weil ihren Interessen zuwiderlaufend, illusorisch gemacht werden. Erleichterte Wareneinfuhr vergrößert das amerikanische Warenkontingent und erschwert die Anpassung von Produktion und Konsum. Erleichterte Einwanderung bedeutet vermehrtes Arbeitsangebot und damit Lohnsenkung, also Schmälerung der Konsumkraft. So wird auch die Erbitterung der Farmer gegen das Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten verständlich, eine Verbitterung, die ihren Niederschlag in der scharfen politischen Opposition der Farmer findet.

Diese Opposition stellt bei der zahlenmäßig großen Bedeutung des Farmerelementes in den U. S. A. einen politischen Faktor dar, mit dem jede Regierung ernstlich rechnen muß. Man will den Farmer mit Konzessionen aus seiner Oppositionsstellung verdrängen. So wird allen Ernstes der Gedanke erwogen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf gesetzlicher oder finanzieller Basis zu stabilisieren, um in das Preis- und damit Einkommenmoment ein wenigstens einigermaßen konstantes Element hineinzubringen.

Aber auch mit anderen, privatwirtschaftlichen Mitteln wird versucht, der Krisis zu Leibe zu rücken. Da die Banken die Ernte oft schon vor der Einholung beliehen haben und so die Preise bestimmen, d. h. die Gewinne einheimsen, wird versucht, die Banken auszuschalten. In den letzten Jahren sind eine Reihe von Genossenschaften gegründet worden, deren Arbeitsweise allerdings wesentlich von den in Europa üblichen Methoden abweicht. Sie haben in der Regel keine eigene Kapitalbasis, sondern beschaffen sich ihr Arbeitskapital durch die Lombardierung der von den Farmern abgelieferten Warenvorräte. Bei der großen Geldflüssigkeit und Billigkeit macht die Beschaffung der Lombardgelder keine Schwierigkeiten, und die Verzinsung bedeutet keine wesentliche Verteuerung. Dieses Genossenschaftssystem steckt noch in seinen Anfängen. Eine zentrale Zusammenfassung, wie etwa in Deutschland, fehlt. Aber die Erkenntnis, daß die Zusammenfassung eine wesentliche Machtsteigerung bedeutet, nimmt zu. Kommt sie aber zustande, genügt die bisher geübte primitive Kapitalbeschaffungsmethode nicht. So ist es denn eine der Forderungen der Landwirtschaft an die Regierung geworden, ihr die fehlenden Mittel zu stellen. Die Regierung ist auch bereit, den Genossenschaften einen 100-Millionen-Dollarkredit zu verschaffen, nur will sie ihn nicht selbst geben, sondern einen offiziellen Druck auf die Banken ausüben, um sie zur Hergabe zu veranlassen. Allem Anschein nach kommt der 100-Millionen-Kredit bestimmt, ob nun durch die Banken oder von seiten der Regierung. Ein anderes Mittel zur Bekämpfung der inneren Agrarkrisis liegt auf rein agrartechnischem

Gebiete. Während bisher ganze Distrikte mit der gleichen Frucht angesetzt waren und ein Fehlschlag das ganze Gebiet in Mitleidenschaft zog, sehen wir in den letzten Jahren eine Steigerung in der Mannigfaltigkeit der Produktion. Es wird immer seltener, daß ein einzelner Farmer oder ein ganzer Bezirk nur eine Pflanze baut. Auch die auf unseren Böden alter Kultur längst geübte Fruchtfolge setzt sich immer mehr durch. Die Edelviehwirtschaft verschafft sich ebenfalls Eingang. In einer Reihe von Bezirken hat sich auch der Großanbau von Gemüse rentabel gezeigt. Kurz und gut, wir sehen, daß, aus wirtschaftlichen Gründen und stellenweise auch durch das Schwinden der natürlichen Bodenkraft bedingt, die europäische Agrartechnik sich Eingang verschafft. Der Übergang zum gemischten Betriebe ist nach einer Statistik des Landwirtschaftsministeriums der U. S. A. im Jahre 1926 schon so weit fortgeschritten, daß die Landwirtschaft gar nicht mehr als Saisonbetrieb angesprochen werden kann, da der Farmer mit Ausnahme von zwei Monaten das ganze Jahr hindurch mit dem Eingang von Erlösen aus seinen verschiedenen Produktionszweigen rechnen kann.

Wie dem aber auch sei, alle diese Versuche, ob von der Regierungsseite in Szene gesetzt oder der eigenen Arbeit der Farmer entsprungen, müssen scheitern, denn es gibt keine Lösung der in der Agrarproduktion liegenden Unsicherheiten. Die Landwirtschaft wird immer das Moment der volkswirtschaftlichen Unsicherheit und damit die Gefahr für die amerikanische Wirtschaft bleiben. Sie wird auf die Dauer das gekünstelt ausgeklügelte Wirtschaftssystem durchbrechen müssen. Die Frage ist nur, ob dann die U. S. A. in sich stark genug sind und die Welt wirtschaftlich gefestigt genug ist, diese gewaltige Unruhewelle ohne nachhaltige Erschütterungen zu überwinden. Auf alle Fälle aber ist die amerikanische Landwirtschaft der Pionier des weltwirtschaftlichen Ausgleiches.

Hans Spethmann:

NEUE WEGE IN DER LÄNDERKUNDE

Die nachstehenden Ausführungen sind Zusammenfassungen einiger Abschnitte eines Buches, das der Verfasser unter dem Titel „Dynamische Länderkunde“ im nächsten Jahr erscheinen lassen wird. Sie behandeln ein methodisches Grundproblem nicht der Geopolitik, sondern der Geographie. Bei der Innigkeit der Beziehungen zwischen Geopolitik und Geographie haben diese Ausführungen jedoch auch für die erstere wesentliche Bedeutung, so daß die Veröffentlichung an dieser Stelle durchaus gerechtfertigt ist.
Lautensach.

Es gibt wohl neben der Philosophie keine andere Wissenschaft, die wie die geographische Länderkunde einen derart umfassenden Stoff irdischer Erscheinun-

gen und Vorgänge jeweils in einem einzigen Brennpunkt zu sammeln trachtet. Ihr Ziel ist, die Erdoberfläche mit ihrer dinglichen Erfüllung in Form von Ländern erkenntnismäßig darzustellen. Es ist klar, daß bei einer so hohen Aufgabe sich im Laufe der Zeit ein reiches methodisches Schrifttum aufgebaut hat. Um einen Fortschritt zu erzielen, ist es aber ratsamer, unmittelbar an die vorliegenden länderkundlichen Werke anzuknüpfen, die mitunter zu den theoretischen Auslassungen in nicht geringem Widerspruch stehen, auch wenn sie von den gleichen Verfassern herrühren. In dem Entwicklungsgang einer Wissenschaft pflegen im allgemeinen die theoretischen Erwägungen, so dankenswert sie an und für sich sein mögen, nicht die erste Rolle zu spielen, sondern der Lehrende wie der Lernende greift immer wieder eher zu den Werken, in denen der Gegenstand tatsächlich abgehandelt ist, als zu jenen, die zeigen wollen, wie er abgehandelt werden sollte.

Bei einer vergleichsweisen kritischen Würdigung ergibt sich, daß die Länderkunden oft ihren Gegenstand verzerren. Die länderkundliche Betrachtung pflegt zwar mit Recht eine Reihe verschiedener Standpunkte einzunehmen, wählt aber oft den einen höher als den anderen und liest von diesem aus mit einem Vergrößerungsglas zahlreiche Kleinheiten auf, schaut aber von jenem nur flüchtig um sich und nimmt vor allen Dingen oft das Blickfeld verschieden weit. Insbesondere hat man der Morphologie eine Überwertung zuteil werden lassen. Wenn in einer Länderkunde der österreichischen Alpen die physikalischen Vorgänge an Gletschern teilweise in der historischen Entwicklung der Ansichten gewürdigt werden, so sind es gewiß wichtige Dinge, sie gehören aber nicht in eine Länderkunde. Müßte man mit demselben Rechte nicht auch den Gang der Ansichten über die Entstehung von Dolomit und Porphyr, von Gneis und Granit innerhalb einer Länderkunde der Alpen bringen? Oder müßte man in gleicher Ausführlichkeit in anderen Abschnitten nicht auch das Konstruktive der Hausformen ebenso erläutern wie das Konstruktive des Gletschereises, um nur eine einzige Folgerung zu ziehen, die man auf zahlreiche andere Gegenstände übertragen könnte?

Eine zweite Gruppe von Verzerrungen rührt daher, daß Wesentliches und Unwesentliches miteinander vermengt wird. Derart hat sich im Laufe der Jahre viel Ballast angesammelt, eine materielle Bereinigung ist dringend notwendig. Ein Unterteil dieser Gruppe ist die Behandlung des Banalen. Eine weitere Form methodischer Verzerrungen beruht darauf, daß viele an und für sich richtige geographische Tatsachen in einseitiger Beleuchtung behandelt werden. Bringe ich ausschließlich eine geographische Leitlinie und würdige sie nicht in ihrer Verbundenheit mit den übrigen, so gelange ich leicht zu einer einseitigen Überschätzung. Um ein Beispiel zu nennen: Es wird in Länderkunden als etwas ganz Natürliches angesehen, daß Berlin infolge seiner geographischen Lage dort aufwuchs und zu mächtiger Entfaltung gelangte, wo es sich heutigentags befindet. In Wirklichkeit war die ursprünglich treibende Kraft ein durchaus künstlicher

Vorgang, indem das Geschlecht der Hohenzollern seinen Herrschersitz von der Burg zu Tangermünde wegen Streitigkeiten mit den umliegenden Bauern nach Cölln an der Spree verlegte. Würde Berlin heutigentags an der Stelle von Tangermünde liegen, wieviel mehr würde man in länderkundlichen Kreisen behaupten, daß gerade dieser Punkt von Natur aus der gegebene für Deutschlands Hauptstadt gewesen ist!

Neben derartigen nicht geringen maßstäblichen Verzerrungen läuft eine zweite Welle von Unausgeglichenheiten, indem einzelne länderkundliche Zweige so gut wie gar nicht gepflegt werden und wie weiße Flecken auf einem Kartenbild erscheinen. Am wenigsten sollte man es von der Landschaftsschilderung erwarten, die in den meisten länderkundlichen Werken gänzlich fehlt — das von Lautensach ist eine der wenigen Ausnahmen —, obwohl sie mitunter theoretisch von ihren Verfassern auf das nachhaltigste gefordert wird. Es sieht heutigentags fast so aus, als will man Kunde von Ländern verbreiten und kann sie nicht mehr schildern.

In der äußeren Aneinanderreihung der einzelnen Standpunkte länderkundlicher Betrachtung legt man ebenso wie auch innerhalb der Unterabschnitte in der Regel den historischen Werdegang zugrunde, um eine Ursächlichkeit herauszuarbeiten. Es ist länderkundlich kaum einmal der Gedanke aufgeworfen, den Blick umgekehrt zu richten, von der Gegenwart in die Vergangenheit, obwohl diese Richtung sich in doppelter Hinsicht mit dem Wesen der Länderkunde deckt. Mit der historischen Betrachtungsweise hängt es zusammen, daß man fast immer die Gegenwart ganz vergißt, daß man zu sehr übersieht, daß sie selber noch Werdendes ist und nicht etwas Gewordenes, daß sie sich in steter Umbildung befindet und nicht etwas Konstantes verkörpert. Es ist geradezu Brauch geworden, sich auf einen länderkundlichen Gegenstand wie auf eine Leiche zu stürzen, um ihn mit dem Messer der Erklärung zu sezieren.

Durch die vorwiegend historische Gewinnung länderkundlicher Ergebnisse hat sich als weiterer methodischer Nachteil eingebürgert, daß in den Länderkunden viele geschichtliche Tatsachen aus der Morphologie oder Pflanzenwelt oder vom Tun und Lassen der Menschen mitgeteilt werden, die mit dem heutigen länderkundlichen Bild überhaupt nichts mehr zu tun haben. Hierbei ist einer der größten Irrtümer der heutigen länderkundlichen Methode, daß sie an jeden Gegenstand nach einem festen Schema herantritt, indem man zunächst die Oberflächenformen betrachtet, alsdann das Klima, weiter die Bewässerung, die Pflanzen- und die Tierwelt; nunmehr folgen Besiedlung, Wirtschaft und Verkehr und andere Züge menschlicher Tätigkeit. Man hat hierfür sogar eine Untersuchungstabelle entworfen. Betrachten wir die einzelnen Glieder genauer, so gelangen wir bald zu dem Ergebnis, daß viele ihrer Erscheinungen ursächlich gar nicht durch die vorher betrachteten bedingt sind. Greifen wir hier als einziges Beispiel die Würdigung von Pflanzen- und Tierwelt heraus. Sind Pflanzenwelt und Tierwelt

im Kausalzusammenhang vor den Faktor Mensch zu stellen? Wir wandern durch Norddeutschlands Felder und Wälder, über die kahlen Hänge von Wales, erfreuen uns an den üppigen Getreidefluren der Ukraine, bewundern die Baumwollplantagen der Südstaaten, wir sammeln die Teespitzen auf javanischen Hügeln, staunen über die starken Büffel Argentiniens und schätzen das Schaf, das uns in Australien, Südafrika oder in Südamerika einen wertvollen Spinnstoff liefert. Sind diese Bilder von Natur aus verständlich? Kann die Ausbreitung von Wäldern und Wiesen, kann die Grenze von Getreide oder Palmen, die Verteilung von Elefant und Kamel ursächlich vor der Würdigung des Menschen gebracht werden? Auf weiten Räumen des Erdballs sind die Lebensreiche von Pflanzen und Tieren ein ausgesprochenes Kunstprodukt des Menschen. In Mittel- und Westeuropa werden die kümmerlichen Reste der Urwüchsigkeit unter staatlichem Schutz konserviert. Den Landschaften des Mittelmeers und im Orient haben die Bewohner seit Jahrtausenden ihren Willen vorgeschrieben, Indien, China und Japan wissen ein Gleiches zu erzählen. In ganz Nord- und Mittelamerika ist man seit einem Jahrhundert mit Nachdruck an der Arbeit, dasselbe zu vollziehen, in Südafrika stehen wir am Anfang des nämlichen Prozesses. In all diesen Fällen wird es in der heutigen Methode den Tatsachen nicht gerecht, die Pflanzen und Tiere vor dem Menschen zu behandeln. Es würde aber auch nicht der Wirklichkeit entsprechen, in jedem Erdraum die menschliche Kultur den Pflanzen und Tieren überzuordnen.

Noch viel widerspruchsvoller wird die heutigentags übliche Reihenfolge in jenem länderkundlichen Teil, der den Einfluß des Menschen in den Vordergrund rückt. Man pflegt ihn mit der Darstellung von Besiedlung und Bevölkerung zu eröffnen, um dann das Wirtschaftsleben abzuhandeln. In Wirklichkeit steht die Besiedlung im Bann der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wo kein Erwerb zu finden ist, kann der Mensch nicht leben, und umgekehrt, wo sich gute und vielseitige Verdienstmöglichkeiten bieten, pflegt er sich so dicht wie nur irgend möglich niederzulassen. In konsequenter Durchführung einer „Ursachenreihe" müßten demnach die wirtschaftlichen Verhältnisse vor den Darlegungen über die Bevölkerung gebracht werden. Alsdann aber gelangen wir sofort zu einem neuen Widerspruch. Wirtschaftliche Betriebe sind ohne Menschen nicht möglich, folglich muß eine Besiedlung des Landes vorausgegangen sein. In einigen Werken hat man auch dieser Tatsache Rechnung getragen, deshalb den Abschnitt Besiedlung und Bevölkerung aufgeteilt, erst die Besiedlung gewürdigt, dann die wirtschaftlichen Verhältnisse und nunmehr die gegenwärtige Verteilung der Bevölkerung. Aber hierbei taucht sofort ein weiterer Irrtum auf. Das historische Werden der Besiedlung ist nicht ein von jeglicher Wirtschaft losgelöster Vorgang, sondern steht jeweils in engster Abhängigkeit von der Wirtschaft der jeweiligen Zeit. Deshalb kann auch eine solche Umgruppierung einer Kausalfolge nicht gerecht werden.

Weitere Irrtümer in der „Ursachenreihe" sind, daß man die Morphologie zu einem Fixpunkt erster Ordnung erhoben hat, an den alle anderen angeschlossen werden. Die Morphologie hat gerade jene Züge, die länderkundlich am maßgebendsten wirken, recht selten in den Kreis ihrer Betrachtung gerückt, ihre Problemstellung zielt durchaus auf morphologische Erkenntnis und nicht auf länderkundliche hin. Sie hat die Ursächlichkeit der geographischen Lage, das Ausmaß von Hoch und Niedrig oder Schmal und Breit, die Verteilung von Wasser und Land kaum erklärt.

Außerdem geht mitten durch die Kausalreihe in der Regel eine scharfe Zäsur, wenn man, meistens nach Würdigung von Pflanzen- und Tierwelt, die Grenzen von Natur und Mensch überschreitet. Es wechseln auf einmal die Handelnden auf der länderkundlichen Bühne, neues Personal tritt auf. Setzt es sich zuerst lediglich aus Kräften der Naturwelt zusammen, so wirken von jetzt ab ausschließlich solche des Menschen. Dadurch wird ein Gegensatz nicht nur zwischen Organischem und Unorganischem oder zwischen Aktivem und Passivem im Willen und Wollen hineingetragen, sondern auch in der Verschiedenheit der Tempi in den Vorgängen. Auf der länderkundlichen Bühne wird aber nicht nur mit neuen Kräften weitergespielt, die andersartige Beleuchtungskörper einschalten, sondern es werden auf einmal sogar ganz andere Räume als vorher der Betrachtung zugrunde gelegt, es wird in einem neuen Stück weitergespielt. Legte man vorher fast ausnahmslos Naturlandschaften zugrunde, so jetzt auf einmal Staatenflächen.

Insgesamt ergibt sich, daß das übliche länderkundliche System weder im Inhalt noch in der Darstellung strengeren wissenschaftlichen Anforderungen, vor allem gegenüber der Wirklichkeit, gerecht wird. Die gebräuchliche Methode ist einseitig in der Erkenntnis, sie sieht vielfach ausschließlich geographische Züge, wo andere weit stärker im Spiele sind. Sie weist arge maßstäbliche Verzerrungen und bedenkliche Lücken auf und ist lediglich auf den historischen Erkenntnisweg eingestellt. Man hat wenig auf scharfe Querschnitte geachtet, stofflich, zeitlich und räumlich ist Ungleichwertiges nebeneinandergestellt. Außerdem geht in einer Zäsur ein tiefer Riß hindurch, der häufig noch mit einem weiteren verbunden ist, dem eines Raumwechsels innerhalb desselben länderkundlichen Gegenstandes. Der Hauptgesichtspunkt aber, die Ursächlichkeit, ist nur scheinbar, sie wird weder in den einzelnen Teilabschnitten noch in deren Aufeinanderfolge gewahrt. In der Gesamtheit ist das gegenwärtige Verfahren nur eine Anhäufung von Mosaiksteinen, die nicht ein Bild geben, sondern mit recht primitivem Rüstzeug in einen Schuppen getragen werden, vor dem das Schild „Länderkunde" hängt.

Der schlimmste Fehler aber beruht darauf, daß man diese Methode in einem Schema erstarren ließ. Wenn man auch hier und da an ihm herumgefeilt hat, in der praktischen Nutzanwendung ist es nicht ein einziges Mal geändert, geschweige denn, daß man die Formel ernsthaft auf ihre Richtigkeit hin nach-

rechnete. Man hat sie einfach gleicherweise überall auf der Erde angewandt, anstatt individuell vorzugehen, man spricht ganz offen von dem „heute üblichen länderkundlichen Schema". Mancher Geograph hat sich mit vollem Recht gegen das Schema von Davis bei der morphologischen Erklärung von Landschaften gewandt. Ist es nicht ein weit größerer Schematismus, wenn dieselben Kritiker das länderkundliche Bild mit seinen vielseitigeren und verwickelteren Zügen immer nach einem gleichen Schema erklären und darstellen? Das Schema von Davis ist überdies wenigstens in sich logisch durchgeführt, was man von dem länderkundlichen nicht sagen kann.

Im vorstehenden sind einige Irrtümer der üblichen länderkundlichen Erkenntnis dargelegt worden, jener chorologischen Betrachtungsweise, wie sie auf Richthofen fußend namentlich Hettner nachdrücklich vertritt. Man könnte einen Fortschritt versuchen, indem man auf Grund der hier entwickelten Gesichtspunkte eine Reihe von Verbesserungen vornimmt. In der Tat lassen sich manche Fehler in einer Reparaturwerkstätte behandeln, aber dadurch wird das System nicht geändert! Es wird immer die Hauptsache fehlen, das der Wirklichkeit entsprechende Verbundensein. Das theoretische Nebeneinander und Hintereinander spiegelt niemals ein tatsächliches Ineinander wider, der Gesamtbau würde immer ein Speicher bleiben, anstatt ein Räderwerk zu sein. An Stelle der Zustände müssen wir zunächst die wirkenden länderkundlichen Kräfte erkennen.

Es ist eine gar bunte Fülle von Kräften, in deren Bann das Bild eines Erdraumes steht. Neben solchen, die in dieser Hinsicht schon häufig aufgeführt sind, wie der Einfluß des Klimas oder der von Bodenschätzen, oder die schief gewürdigt wurden, wie die Formenwelt der Erdoberfläche anstatt des Morphodynamischen, tritt eine Vielheit von anderen, denen man wenig Beachtung geschenkt oder die man kaum in ihrer Bedeutung erkannt hat, technische, konjunkturelle, finanzielle, politische, solche des Lebenserwerbs und der Kulturhöhe, der Religion, und nicht zuletzt spielt das Moment der Persönlichkeit eine nicht zu unterschätzende Rolle; neben weiteren ist dann noch eine Gruppe für sich vorhanden, die der Unwägbaren. Von ihnen ist nur eine einzige in letzter Zeit intensiver gepflegt worden, jene der politischen. Gerade die vorliegende Zeitschrift hat auf diesem Gebiete besonders verdienstlich gearbeitet, so daß es sich erübrigt, diese Art Kräfte an dieser Stelle näher darzustellen. Es seien hier einige wenige andere aus einem größeren Material herausgegriffen.

Zunächst aus dem Gebiet der Technik: In unserer Zeit sind die größten Fortschritte durch die Nutzung von Dampf, Öl und Elektrizität erzielt, länderkundlich nicht etwa nur in der Form, daß Plätze industriell gewachsen sind, daß man Eisenbahnschienen legte, Überlandzentralen baute oder Talsperren errichtete. Gerade flächenhaft haben sich diese drei Faktoren am stärksten bemerkbar gemacht. Die maschinelle Vervollkommnung landwirtschaftlicher Geräte hat eine

intensivere Ackerbestellung als früher ermöglicht. Heute vermag man dem Tropenwald in einer Geschwindigkeit zu Leibe zu rücken, die früher nicht möglich war. In den letzten Jahren ist es namentlich eine Reihe chemischer Erfolge gewesen, die umwälzend gewirkt haben. Die Gewinnung künstlicher Düngemittel ward von maßgebender Bedeutung. Ob im Ruhrgebiet Schiffsbleche oder Röhren fabriziert werden, wie in manchen Länderkunden steht, ist länderkundlich gänzlich untergeordnet gegenüber der Tatsache, daß hier Düngemittel in erheblichem Umfang gewonnen werden, wodurch bislang unbenutzte Flächen in Kultur genommen oder benutzte in ihrer Ertragfähigkeit bedeutend gesteigert werden, woraus wiederum die Besiedlung und der Verkehr neue Impulse empfängt. Oder ein anderes Gebiet chemischen Fortschritts, die Gewinnung des Zuckers aus der Zuckerrübe, derenthalben nicht nur weite Flächen des mittleren Deutschland vom Niederrhein über Sachsen bis nach Oberschlesien hin ein anderes Gepräge erhalten haben, sondern in gleicher Weise auch überseeische Gebiete, in denen der frühere Alleinherrscher, das Zuckerrohr, wohnte.

Oder einige Beispiele aus der Gruppe der Krisen und Konjunkturen: Der Mensch empfindet den Einfluß vom Auf und Ab des Wirtschaftslebens am stärksten in der Krisis. Sie wirkt sich länderkundlich in Stillegungen agrarer und industrieller Betriebe mehr oder minder scharf aus. Die große Kohlenkrisis der letzten Jahre zeitigte, daß der Bergbau am Fluß der Ruhr, soweit sie sich auf westfälischem Boden bewegt, fast restlos verschwand, aus jenen Gegenden, in denen Ruhrbergbau und Ruhrkohle einmal ihre Namen empfangen haben und wo der bergmännische Nachwuchs groß ward. Die Orte Wetter und Witten, Stiepel und Hörde weisen heute keine Zechen mehr auf, und bei Sprockhövel erzählt nur noch eine einzige Grube von einer regen Kohlenförderung, die dermaleinst bis zur Ennepestraße hin stattfand. Die Anlagen verfallen, nur die Halden erinnern noch an die Vergangenheit. Gleichzeitig wurden viele Tausende brotlos, die meisten verloren ihren Lebenserwerb. Stockungen und Rückgang in der Bevölkerungsbewegung sind als äußerliche Wirkungen zu verzeichnen. Größere Menschenmassen fangen an zu wandern, Siedlungen werden verlassen und gehen ein. Das ist bei tiefgreifenden Krisen das gleiche Bild in den kolonialen Plantagen der Tropen, wenn der Urwald wieder anfängt zu wachsen, oder auf den Berieselungsflächen der Trockengebiete, wenn Wind und Wüste erneut von ihnen Besitz nehmen. Hand in Hand geht die Auswanderung.

Die Vereinigten Staaten der Nachkriegszeit spiegeln typisch wider, wie umgekehrt eine Konjunktur daran arbeitet, landschaftlich umgestaltend zu wirken. Eine allgemeine Steigerung des Wohlstandes bedingt ein starkes Wachstum der Bevölkerung, die intensiver und rentabler wirtschaftet: Vorhandene Städte dehnen sich aus, neue werden gegründet, das Verkehrsnetz wird ausgestaltet, Kanäle und Eisenbahnen werden gebaut. Der Wald und die Trockenzone weichen zurück,

unerschlossene Gebiete mit Erz und Kohle öffnen sich, die bestehenden breiten sich aus.

Oder einige Hinweise aus dem Gebiet der finanziellen Kräfte: Das Kapital ist vielfach ein starker Erreger länderkundlicher Gestaltung, der Erwerbssinn treibt den Menschen in Räume, in denen es etwas zu verdienen gibt. Hiervon erzählen Plantagenanlagen und Feldbau, Entwässerung und Berieselung, die Ausbreitung von Kaffee, Tee oder Reis, von Kautschuk oder Baumwolle. Um welche Summen es sich hierbei handeln kann, vermag man daraus zu ersehen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika in der Zeit von 1914—1924 in Zentralamerika und Südamerika 15 Milliarden Mark investierten, die der wirtschaftlichen Erschließung dienen sollten, was sich länderkundlich außerordentlich stark auswirken muß. Oft wird der Geldstrom von machtvollen Regierungen oder privatwirtschaftlichen Zentren planmäßig in einzelne Gegenden gelenkt, wovon die Monopolbildung in der Bananenbewirtschaftung unter der Flagge der United Fruit Co. ein Beleg sein mag, die sich zur Aufgabe setzte, durch die Entwicklung tropischer Kulturen Zentralamerika zu erschließen, in unseren Tagen eins der vielen Beispiele wichtiger länderkundlicher Vorgänge finanzieller Herkunft. Für die nächsten Jahrzehnte wird Rhodesia eins der Zukunftsländer der führenden Kapitalwelt. Die Beherrschung der Banken reicht weiter, als man in der Regel annimmt, da in ihren Kreisen vieles mit Fleiß verschwiegen oder umgestaltet wird. Die oberste Entscheidung länderkundlich sich tief auswirkender Aufgaben liegt oft ausschließlich in wenigen Händen der Hochfinanz: Das Schlagen des Holzes in Kanada und damit zusammenhängend die Verschiebung der nordamerikanischen Waldzone hängt ab vom Ausbau des Eisenbahnnetzes, über den mächtige angelsächsische Gesellschaften entscheiden, die an den Geldmarkt gebunden sind.

Nichts wäre verfehlter, als nunmehr eine Systemreihe länderkundlicher Kräfte zu entwerfen und sie schematisch auf alle Erdräume anzuwenden. Gerade die analytische Bloßlegung führt nicht zur länderkundlichen Darstellung, da jeder einzelne Faden nur in Verbindung mit anderen da ist, in dem Augenblick aber, wo er abgetrennt wird, oft seine Hauptfunktion verliert gleich einer Arterie, die zerschnitten wird und aus der das Blut herausläuft. Keine länderkundliche Kraft kann für sich verstanden werden, sondern nur in ihrer Verflechtung mit weiteren. Allein ist sie als gebundene Energie oft gänzlich unwirksam, sie schlummert, erst in der Vergesellschaftung wird sie lebendig. Gerade diese Vergesellschaftung ist bislang zu wenig beachtet worden, indem man einzelne Zustände nacheinander abhandelte und dabei kaum nach links und rechts zu blicken wagte.

Jede Kraft bildet für sich ein Kraftfeld mit Schwingungen, das in andere und über andere greift; jedes Kraftfeld wird deshalb von vielen Wellen beherrscht, primäre können nicht nur von ihm ausgehen, sondern auch von außerhalb empfangen werden. Die ersten können an Zahl geringer sein als die zurückgeworfenen,

die durch ihre Häufigkeit oft das ursprüngliche Bild verschleiern. Das Erzeugnis der Kräfte ist deshalb nicht bloß eine Summierung, sondern eine Wertung aller einzelnen Kräfte, die sich vielfach gegenseitig verstärken oder abschwächen, ja sogar gänzlich aufheben. Auch ist das Produkt nicht in sich gleichbleibend, sondern ewig wechselnd und doch jeweils in einer Gestalt erscheinend, dem länderkundlichen Ausdruck. Bringen wir das Ergebnis auf eine kurze Formel: Länderkundliche Kräfte sind solche, die ein Erdraumbild gestalten. Die Wertung aller länderkundlichen Kräfte eines Erdraumes ist seine länderkundliche Erkenntnis.

Das ist das Wesen und das Forschungsfeld der dynamischen Länderkunde gegenüber der heute üblichen statischen, die vielfach rein statistisch ist, indem sie gern in historischem Aufbau Tatsachen anhäuft. Es wird mit der vorstehenden methodischen Entwicklung derselbe Schritt vorwärts getan, den die Geopolitik, die Meereskunde und die Meteorologie bereits hinter sich haben, man denke nur an den Gegensatz in den Arbeiten von Bjerknes und Hellmann. Der gleiche Schritt muß endlich auch in der Länderkunde getan werden, damit sie aus der Sackgasse herauskommt, in der sie seit Jahrzehnten methodisch fortschrittlos steht.

Wir können jetzt bei der Betrachtung von Erdräumen gruppieren in Hauptkräfte und Nebenkräfte, in Nahwirkungen und Fernwirkungen. Überdies läßt sich eine Kräfteskala nach Ausdrucksstärke im Landschaftsbild aufstellen und zuletzt eine länderkundliche Reihenwandlung. Durch die dynamische Länderkunde verschwindet auch die Zäsur zwischen Natur und Kultur, die so viele geplagt hat. Sie existiert in Wirklichkeit ja gar nicht! Sie ist nur eine Fiktion, eine Folgerung eines künstlichen Systems, das dem Sinn der Sache nicht gerecht wird. Außerdem geht eine stark belebende Anregung davon aus, daß jede Länderkunde bei einer individuellen Behandlung des Gegenstandes nicht nur in dem Tatsachenmaterial, sondern auch in der Wertung ein neues Bild entwirft. Die Loslösung von dem üblichen Schema ermöglicht eine unendliche Mannigfaltigkeit neuer länderkundlicher Gestaltung, wie wir ersehen aus der praktischen Durchführung von Beispielen einfachen dynamischen Baues, wie Antarktika sie bietet, bis zu jenen verwickelten Gebilden, die das Ruhrgebiet oder Teile von England verkörpern.

Auch auf andere Gebiete der Geographie wird eine dynamische Auffassung außerordentlich anregend wirken, insbesondere auf die Wirtschaftsgeographie, die fast ausschließlich nur als ein Aufzählen von Tatsachen behandelt wird. Der stärkste Einfluß wird aber auf die Methodik ausgehen. Es ist für die Zukunft notwendig, neben die Beobachtung auch die praktische Erfahrung in wirtschaftlichen Dingen zu stellen und den Satz von Penck, daß Beobachtung die Grundlage der Geographie ist, für die Länderkunde dahin zu erweitern, daß die Beobachtung zusammen mit der Erfahrung erst die richtige länderkundliche Erkenntnis ermöglicht. Wie immer geraten ist, man solle zur geographischen

Vertiefung in fremden Gegenden forschen, so möchte ich für die Länderkunde hinzufügen, auch in fremden Gebieten anderer Wissenschaften, nicht um Grenzverletzungen zu begehen, sondern zur Selbstbefruchtung. Natur und Mensch sind nun einmal nicht nach Fächern und Fakultäten geordnet. Dann stärkt und verwissenschaftlicht die dynamische Auffassung die Stellung der Länderkunde und damit die der Geographie, der sie einen neuen Gehalt gibt, der ihrem Ansehen und ihrem inneren Ausbau nur förderlich sein kann.

Erich Obst:

LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA*)

R. Karutz: Die Völker Europas. 128 Seiten. 63 Tafeln mit erläuterndem Text. Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart 1926.

Bei dem vorliegenden Werk handelt es sich um den Band II jener Serie, auf die wir in dieser Zeitschrift bereits früher (Jahrgang 1926**, S. 803) aufmerksam gemacht haben. Das dort gekennzeichnete System eines „Völkerkundemuseums in Buchform" wurde auch hier beibehalten. Jede Tafel enthält eine größere Anzahl meist vorzüglich gelungener Federzeichnungen, die einen Einblick in die materielle Kultur des betr. Volkes gewähren und auf der links daneben stehenden Textseite erläutert werden. Den Ausführungen ist jeweils ein knappes Literaturverzeichnis angefügt. — Auch dieser zweite Band des „Atlas der Völkerkunde" wird sicherlich und mit Recht viele Freunde finden.

G. Buschan: Illustrierte Völkerkunde. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachgenossen herausgegeben von Georg Buschan. Verlag von Strecker und Schröder, Stuttgart 1922—1926.

Bd. I Amerika-Afrika: 686 Seiten mit 20 Tafeln, 289 Abbildungen und 4 Völkerkarten. 1922.

Bd. II* Australien, Ozeanien, Asien: 1078 Seiten mit 49 Tafeln, 587 Abbildungen und 9 Völker- und Sprachenkarten. 1923.

Bd. II** Europa und seine Randgebiete: 1154 Seiten mit 43 Tafeln, 708 Abbildungen und 6 Völker-, Sprachen- und Hausformenkarten. 1926.

Ein einzigartiges Monumentalwerk, das hier anzuzeigen mir ein aufrichtiges Bedürfnis ist. Gewiß greift das riesige Unternehmen weit über die Grenzen meines Referats hinaus; es umfaßt ja die gesamte Welt und alle Völker der Erde. Dennoch mag es mir vergönnt sein, das Werk als Ganzes den Lesern dieser Zeitschrift vorzuführen, weil es unverantwortlich und unmöglich wäre, dieser Riesenleistung anders denn als Totalität gerecht zu werden. Was hier in emsiger Arbeit Forscher wie G. Buschan, A. Byhan, W. Volz, A. und M. Haberlandt, R. Heine-Geldern, R. Lasch und W. Krickeberg mit großem Geschick zusammengetragen haben, ein derartig grandioses Gemälde der Menschheit in ihrer unendlichen Differenzierung, das sucht man in der übrigen Weltliteratur tatsächlich vergebens. Dann und wann beschleicht einen vielleicht die Furcht, es könne gar zu viel Material geboten werden und der Leser darin ersticken; aber immer wieder verstehen es die Verfasser, aus der ermüdenden Enge der Einzeltatsachen zu Gipfelhöhen mit weiter Schau und großzügigem Überblick hinaufzuführen. Dazu eine Ausstattung, die zweifellos zu den Glanzleistungen des an sich schon als freigebig bekannten Verlages gehört und auch ihrerseits wieder noch dazu beiträgt, den Text zu beleben und die vom Wort geweckten Vorstellungen plastisch zu gestalten.

Auf den Inhalt des Riesenwerkes im einzelnen einzugehen, ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben bei der Durcharbeitung nur ganz selten einmal die Außerachtlassung des

*) Die am Schluß veröffentlichte Besprechung des „Jahrbuchs der Südafrikanischen Union" stammt von Herrn Fritz Lange-Berlin.

neuesten Materials festgestellt, im allgemeinen immer nur wieder staunen müssen über diese souveräne Beherrschung des Stoffs und die kluge, vorsichtige Deutung der mannigfaltigen Erscheinungen.

E. Hantos: Das Kulturproblem in Mitteleuropa. 46 Seiten. Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1926.

Hantos, kgl. ungarischer Staatssekretär a. D., bietet in der vorliegenden Schrift den erweiterten Text eines in der kulturwissenschaftlichen Gesellschaft in Wien gehaltenen Vortrages. Er versucht Antwort zu geben auf folgende drei Fragen:

1. Ist Mitteleuropa ein selbständiger Kulturkreis, eine Kulturgemeinschaft?

2. Welches sind die geistigen Schöpfungen, die Kulturwerke, die als Erzeugnis des mitteleuropäischen Gemeinschaftslebens auf die Entwicklung der Menschheit entscheidend eingewirkt haben?

3. Welches sind die Ursachen des derzeitigen Kulturrückfalls und wie kann das wankende Kulturniveau Mitteleuropas befestigt und behoben werden?

Selbstverständlich kann es sich für Hantos nur darum handeln, die aufgeworfenen Probleme in ihren Grundzügen zu skizzieren. Er bejaht die erste Frage, nennt zu Punkt 2 Buchdruck, Reformation, Aufklärung, deutschen Klassizismus, Romantik, Liberalismus, Individualismus, Sozialismus, Naturwissenschaft und Musik und kommt im dritten Abschnitt auf die kulturpolitischen, finanzpolitischen, nationalpolitischen und organisatorischen Mängel Mitteleuropas zu sprechen. Hantos tritt ausdrücklich für die wirtschaftliche Zusammenfassung des unnatürlich und gewaltsam zerschlagenen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes ein und empfiehlt als Mittel zur kulturellen Annäherung die Errichtung eines Mitteleuropa-Instituts.

Kletler, Paul: Nordwesteuropas Verkehr, Handel und Gewerbe im frühen Mittelalter. Deutsche Kultur, herausgegeben von W. Brecht und A. Dopsch, Historische Reihe II. 238 Seiten mit einer Karte. Österreichischer Schulbücherverlag, Wien 1924.

Die sehr gründliche Untersuchung von Kletler behandelt das Gebiet zwischen Seine und Elbe mit Einschluß des südöstlichen England und schildert die Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse dieses Raumes im 9. und 10. Jahrhundert. Kletler weist nach, daß schon in jener fernen Vergangenheit Nordwesteuropa einen regen Verkehr aufwies, weil — von den Pilgerfahrten nach Rom ganz abgesehen — das Gebiet wirtschaftlich stark differenziert war und bereits ausgesprochene Gewerbe- und Handelszentren enthielt. Vielleicht tritt hier und da die Dopsche Grundauffassung etwas zu stark in den Vordergrund. In jedem Falle bleibt es ein entschiedenes Verdienst von Kletler, den Fragen für einen speziellen Raum einmal gründlich nachgegangen zu sein. Nicht unerwähnt bleiben darf die beigegebene Karte, die für Geographen und Wirtschaftshistoriker sicher wertvoll sein wird.

Deutsche Siedlungsforschungen. Rudolf Kötzschke—Festschrift. IV und 297 Seiten mit 5 Karten. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1927.

Diese außerordentlich gehaltvolle Festschrift eingehend zu würdigen, begegnet einigen Schwierigkeiten, denn sie enthält 12 selbständige Aufsätze von Freunden, Fachgenossen und Schülern des Jubilars, und jede dieser Abhandlungen verdiente eine ausführliche Würdigung. Man staunt über die Fülle von Gedanken und bewundert die mannigfachen Anregungen, die offenbar der Arbeitsrichtung von Kötzschke zu danken sind. Uhlemann bietet eine sehr beachtliche programmatische Einleitung unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben vergleichender Siedlungsforschungen auf deutschem Volksboden". Martiny versucht nachzuweisen, daß aus den Siedlungsformen der Gegenwart wichtige Rückschlüsse auf den Siedlungsvorgang gezogen werden können. Walter skizziert interessante Beziehungen zwischen Bodenanbau und Siedlungsgeschichte. Frenzel schlägt auf Grund seiner Forschungen in der Lausitz eine Brücke von den vorgeschichtlichen zu den neuzeitlichen Siedlungen. Krause behandelt die volkskundliche Seite der Siedlungsforschung an Beispielen aus dem Gebiet der Haus- und Dorfformen. Beschorner betont die Nortwendigkeit eines Zusammenwirkens von Ortsnamenforschung und Untersuchung der Sachbefunde. Schmid bietet eine sehr gründlicbe Studie über die sozialgeschichtliche Auswertung der westslawischen Ortsnamen in ihrer Bedeutung

für die Geschichte des nordostdeutschen Koloniallandes. Schönebaum schildert den Einfluß, den die Übernahme deutscher Rechtsformen auf die verschiedenen Siedlungsschichten im ungarischen Grenzkomitat ausgeübt hat. Johansen gibt einen Überblick über die lettische und estnische Siedlung und ihre Formen. Gröger untersucht die als Schöpfung der ostdeutschen Kolonisation anzusprechende städtische Siedlung um die Burg Meißen. Curschmann erläutert die für die innere Kolonisation in Pommern bedeutsame Denkschrift Brenckenhoffs aus der Zeit Friedrichs des Großen (1776). Radig erfreut uns durch ein Lebensbild des im Weltkriege gefallenen sächsischen Siedlungsforschers Alfred Hennig.

Die Festschrift ist für jeden, der sich mit Siedlungsforschung beschäftigt, eine wahrhafte Fundgrube neuer Erkenntnisse und wird diesen Zweig der Wissenschaft ohne Frage in stärkstem Maße befruchten. Auch und gerade den Geographen sei dies Werk ans Herz gelegt.

R. F. Kaindl: Österreich — Preußen — Deutschland. Deutsche Geschichte in großdeutscher Beleuchtung. XXVIII und 321 Seiten. Verlag der Universitätsbuchhandlung Wilhelm Braumüller, Wien-Leipzig 1926.

„Dieses Buch ist als eine großdeutsche Berichtigung und Ergänzung zu jedem deutschen und österreichischen Geschichtswerke gedacht." So lautet der erste Satz des Vorwortes. Es klingt im ersten Augenblick vielleicht ein wenig anmaßend, aber wir spüren bei der Lektüre, wie sehr Kaindl mit dem Herzen bei der Sache ist, wie heilig ihm die Wegräumung der durch wie einseitig kleindeutsche Geschichtsschreibung entstandenen Mißverständnisse ist. Die Habsburger haben nach der Meinung Kaindls die universelle, kulturell so wichtige Politik der alten deutschen Kaiser fortgesetzt, haben sogar bewußt die Interessen des deutschen Volkes wahrgenommen in einer Zeit, als an keinem deutschen Fürstenhof nationales Empfinden, großdeutsches Fühlen festzustellen war. Was man als Schuld Habsburgs ausgelegt hat, ist Schuld des deutschen Partikularismus. Durch 1866 verliert das deutsche Volk die Herrschaft über den Südosten des mitteleuropäischen Raumes. Trotzdem lebt der großdeutsche Gedanke gerade in Österreich, und der Anschluß auf föderalistischer Grundlage muß mit allen Mitteln erkämpft werden. — Dies ungefähr die Gedankengänge Kaindls. Wir sind an vielen Stellen anderer Meinung und bedauern die von Kaindl befolgte Methode, sich statt auf archivalisches Quellenmaterial auf eine subjektive Auswahl von Briefstellen, Aussprüchen von Zeitgenossen, Gedichten, Trinksprüchen u. a. m. zu stützen. Wir finden es auch nicht angebracht, daß Kaindl von Friedrich dem Großen als dem Schädiger der deutschen Kaisermacht spricht, seine „undeutsche Politik" und „undeutsche Gesinnung" brandmarkt u. a. m. Daß die kleindeutsche Geschichtsschreibung dem habsburgischen Österreich nicht gerecht geworden ist, geben wir unumwunden zu. Aber warum eine Einseitigkeit mit einer anderen Einseitigkeit bekämpfen, warum alte Gegensätze aufleben lassen in einer Zeit, wo wir einig sein müssen, um als geschlossenes Ganzes in der Anschlußfrage auftreten zu können? Man würde Kaindls Buch schärfer kritisieren, wenn man nicht, wie schon oben betont, wüßte und fühlte, daß Reinheit und Streben nach Gerechtigkeit die Feder dieses Mannes führte. Wer wie Kaindl durch so viele Jahrzehnte sein herzensgutes Deutschtum durch die Tat bekannt hat, der darf es sich erlauben, im Interesse des großdeutschen Gedankens auch einmal seiner Begeisterung die Zügel schießen zu lassen.

E. Scheller: Bismarck und Rußland. Die Grundlinien der Bündnispolitik vor und nach der Reichsgründung. 115 Seiten. R. G. Elwert'sche Verlagsbuchhandlung, Marburg 1926.

Die Untersuchung Schellers zeigt, wie Bismarck es verstanden hat, Deutschlands zentrale Lage in Europa auszunutzen. Seine geradezu prinzipielle Freundschaft gegenüber Rußland verliert aber ersichtlich an Innigkeit in dem Maße, wie sich nach 1866 die Aussöhnung mit Österreich anbahnt. Der Verfasser ist der Meinung, daß Bismarck die Kraft des monarchischen Prinzips überschätzt und allgemeine Volksstimmungen und -bewegungen, wie den Panslawismus, verkannt habe. — Die Schrift schließt ab mit der Wiederherstellung des Drei-Kaiser-Bündnisses vom 18. Juni 1881.

K. Rheindorf: Die Schwarze-Meer (Pontus-) Frage vom Pariser Frieden von 1856 bis zum Abschluß der Londoner Konferenz von 1871. Ein Beitrag zu den orientalischen Fragen und zur Politik der Großmächte im Zeitalter Bismarcks. Unter Benutzung bisher unveröffentlichten amtlichen Materials. XIII und 176 Seiten. Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin 1925.

Eine vorzügliche Veröffentlichung, die den Einfluß einer geographischen Raumeinheit (das abgeschlossene Schwarze Meer) auf die Politik Europas behandelt. Der Pariser Frieden von 1856 erklärte in seinem Artikel 11 das Schwarze Meer für neutralisiert und auf ewig den Kriegsflaggen auch der Uferstaaten untersagt. Rußland hat selbstversändlich von Anfang an darnach gestrebt, sich von den Fesseln dieses Artikels 11 zu befreien, vermochte das Ziel aber erst dank Bismarcks Mithilfe 1871 zu erreichen. Das sind die nüchternen Tatsachen. Aber nicht sie bilden den Reiz des Buches, vielmehr wird man gefesselt durch die feinsinnige und gründliche Art, mit der der Verfasser den diesen Gang der Dinge begleitenden Diplomatenkampf herausarbeitet. Die politischen Sympathien und Antipathien, die später so mächtig das Weltgeschehen beeinflussen sollten, zeigen sich im Kampf um Artikel 11 z. T. erst noch im Werden: Rußlands Zuneigung zu Frankreich, Frankreichs Wohlwollen gegenüber Polen, die Gegensätze Rußland-Österreich, Panslawismus u. a. m. Prächtig auch die Gegenüberstellung des eigensinnigen und doch unsicheren Napoleon III. und der gigantischen Willensnatur Bismarck. — Die Methoden der großen Politik haben sich bis heute wenig gewandelt, aber die Akteure auf der Bühne der Welt zeigen geringeres Format als damals.

Percy Meyer: Ostland Litauen. Ein Beitrag zur deutschen Diasporakunde. 57 Seiten. Verlag Jonck und Poliewsky, Riga 1926.

Angeregt vom deutschen Ausland-Institut in Stuttgart, hat Meyer diese Studie veröffentlicht, in der wir nach dem Vorwort den Vorläufer einer allbaltischen deutschen Diasporauntersuchung vermuten dürfen. Hier verfolgen wir das Schicksal des Deutschtums in Litauen vom 14. Jahrhundert über die Schlacht von Tannenberg (1410) zur Russifizierung des Baltikums und weiter bis in die Gegenwart. Hebung des deutschen Schulwesens tut dringend not, denn nur 58,5% des litauischen Deutschtums sind des Lesens und Schreibens kundig! Ohne kulturelle Hebung des Deutschtums in Litauen ist sein wirtschaftlich-sozialer Aufstieg und damit die wünschenswerte Steigerung seines politischen Einflusses unmöglich.

G. Frantz: Rußland auf dem Wege zur Katastrophe. Tagebücher des Großfürsten Andrej und des Kriegsministers Poliwanow; Briefe der Großfürsten an den Zaren. Mit einer Stammtafel des Zarenhauses. XXII und 343 Seiten. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin 1926.

Das Buch stellt nicht eigentlich eine Geschichte des russischen Zusammenbruchs dar, beleuchtet aber an der Hand der erstmalig ins Deutsche übersetzten Dokumente, wie sich der Zusammenbruch allmählich vorbereitete. Die einleitenden Betrachtungen (S. 1—132) des Verfassers, ehemals Major im Großen Generalstab, enthalten wertvolles Material zur Kriegschuldfrage und führen recht gut in das Verständnis der nachfolgenden, in jeder Beziehung interessanten Dokumente ein.

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution. Erscheint in etwa 20 Lieferungen, Berlin 1927.

Die uns vorliegenden ersten 8 Lieferungen dieses Werkes enthalten eine Darstellung der revolutionären Vorgänge von 1905 bis zum Sommer 1917. Zu Worte kommen nur hervorragende kommunistische Revolutionsführer, die weder Fähigkeit noch Neigung haben, die Ereignisse objektiv zu schildern. Man ist aber ehrlich genug, dies offen auszusprechen; man erzählt eben, gleichsam tagebuchartig, nicht wie die Geschichte ablief, sondern wie Geschichte gemacht wurde. Den sehr zahlreichen Abbildungen ist entschieden kulturhistorische Bedeutung zuzusprechen. Das Werk als Ganzes wird bei aller Einseitigkeit die erste große Schilderung der russischen Revolution in deutscher Sprache darstellen. Wir behalten uns vor, nach Erscheinen der Schlußlieferung noch einmal auf dieses Unternehmen zurückzukommen.

M. L. Schlesinger: Land und Leute in Sowjetrußland. 3. Auflage. Langenscheidts Handbücher für Auslandskunde. 604 Seiten mit drei mehrfarbigen Karten und einer graphischen Darstellung. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg 1927.

Ein Nachschlagebuch (Taschenformat!), das mit seinen alphabetisch geordneten Stichwörtern das gesamte öffentliche Leben der Sowjetunion (Wirtschaft, Siedlung und Verkehr, Recht und Verwaltung, Militär, Parteiwesen, Schule, Kunst usw.) behandelt. Besonders ausführlich ist die russische Lebensweise bedacht, um den Rußland besuchenden Fremden tunlichst Lehrgeld zu ersparen. Der Verfasser bemüht sich selbstverständlich, die Dinge objektiv darzustellen, und darf sicher sein, daß viele Reisende von draußen her dankbar seiner Anleitung und Einführung in die russische Welt gedenken.

H. von Rimscha: Rußland jenseits der Grenzen 1921—1926. Ein Beitrag zur russischen Nachkriegsgeschichte. XI und 238 Seiten. Verlag der Frommannschen Buchhandlung (Walter Biedermann), Jena 1927.

Rund 2 Mill. Russen leben heute in der Emigration (davon rund 400000 in Deutschland). Von ihnen und ihrer geistigen Einstellung handelt dieses Buch, das die meisten Veröffentlichungen ähnlicher Art turmhoch überragt. Es schildert den Zerfall der alten Parteien, das Werden neuer Ideen, das allmähliche Schwinden monarchistischer Tendenzen unter den Emigranten im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Einheitsbestrebungen. Wunderbar plastisch die Gegenüberstellung des „Rußland jenseits der Grenzen", d. i. des emigrierten und des „Rußland unter dem Joch", d. i. des bolschewistischen in der Vorstellung der Emigranten; erschütternd die Einblicke in so viele geistige Tragödien. Von dem vielen, was uns an Rimschas Schrift bemerkenswert erscheint, heben wir vor allem den Abschnitt „Altes Rußland und Intelligenz" (S. 93—107) und „Rußland und Europa" (S. 182 bis 193) hervor. Aber auch in den übrigen Kapiteln wird der Leser allenthalben vieles finden, was ihn im höchsten Maße fesselt und ihn mit der ganzen Problematik der russischen Frage vertraut macht. Das Buch verdient sehr ernsthafte Beachtung.

Karl Anton Prinz Rohan: Moskau. Ein Skizzenbuch aus Sowjetrußland. VIII und 142 Seiten, Verlag G. Braun, Karlruhe 1927.

Das Buch gibt die Eindrücke wieder, die der Verfasser während seines Aufenthaltes in Rußland (18. März bis 13. April 1927) gewonnen hat, und schließt daran tiefgründige Betrachtungen über Land und Volk, Staat, Politik und Kultur an. Geistvolle Aufsätze über die philosophische, soziologische und künstlerische Situation des neuen Rußland wechseln ab mit klugen Erörterungen über die russische Innen- und Außenpolitik. Mir will scheinen, daß Prinz Rohan auf diese Weise einen recht wertvollen Beitrag zu dem Weltbilde geliefert hat, nach dem der Bolschewismus die Menschheit zu formen sich bemüht. Aber war die in Moskau und Petersburg verlebte Zeit nicht etwas gar zu kurz, um — ohne Kenntnis der heutigen Verhältnisse auf dem Lande! — solch abschließende Urteile zu fällen? Und war Prinz Rohan nicht reichlich europamüde, als er diese eigene russische Welt auf sich wirken ließ? Auf jeden Fall ein lesenswertes Buch, selbst wenn man bei der Lektüre hier und da verführt wird, ein Fragezeichen anzubringen.

F. von Taysen: Das jugoslawische Problem. Studien zur Balkanpolitik. 120 Seiten mit einer Karte. Verlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1927.

Der Verfasser, General der Infanterie a. D., hat im Spätsommer 1926 eine kurze Reise nach Jugoslawien ausgeführt und plaudert nun in seiner Schrift behaglich und breit von der Reise selbst und den gewonnenen Eindrücken. Ein besonderer Wert ist dieser Veröffentlichung nicht zuzusprechen, wenngleich hier und da, namentlich bei der Erörterung von Wirtschaft und Verkehr, manch kluges Urteil gefällt wird. Der Verfasser befürwortet eine deutsch-jugoslawische Annäherung.

H. Wendel: Aus der Welt der Südslawen. Politisches, Historisches, Sozialistisches, nebst zwei Südslawienfahrten und Nachdichtungen südslawischer Lyrik. 282 Seiten. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1926.

Das Buch enthält eine Reihe von Aufsätzen, die größtenteils bereits in Zeitungen und Zeitschriften erschienen sind. Wendels große journalistische Begabung ist bekannt; alle Teile dieses Buches bezeugen die außerordentliche Stilgewandtheit und Einfühlungsgabe, die dem Verfasser eigen ist. Bekannt ist auch Wendels Begeisterung für die Südslawen, eine Hinneigung, die gelegentlich zu unkritischer Verherrlichung alles dessen führt, was jugoslawisch ist. Das ist entschieden zu bedauern, denn der Wert des sonst wirklich recht interessanten Buches — ich weise namentlich auf die Aufsätze „Südslawisches Staatsproblem", „Skuptschtinawahlen 1923" und „Bauernbewegung" hin — muß darunter leiden. Alles Schlechte in den ehemals österreichisch-ungarischen Teilen des jugoslawischen Staates auf die Maßnahmen der Wiener Regierung zurückzuführen, ist selbstverständlich eine historische Unrichtigkeit. Noch ärger wirken Entgleisungen wie „habsburgische Büttel", „k. u. k. Tücken", „schwarzgelbe Frechheit" oder „Verbrecherkeller des Wiener Ministeriums". Wir meinen, daß nicht nur für Jugoslawien. sondern ebenso für den alten habsburgischen Staat vielfach Schicksal ist, was Wendel kurzerhand Schuld nennt. — Auf die Erörterung der Kriegsschuldfrage durch Wendel möchte ich hier vollends nicht eingehen, denn es kann keinen Zweck haben, sich über diesen Punkt mit dem Parteimann Wendel auseinanderzusetzen. Wichtig dagegen erscheint mir ein Letztes. Wenn die jugoslawische Regierung nach Wendel die Zahl der deutschen Minderheit in Jugoslawien mit nur 513500 Seelen angibt, so hat sie sich damit gewiß wohl ebenso einen „kleinen Scherz" erlaubt, wie es Wendel für die offizielle Zählung der makedonischen Bulgaren vermutet.

H. Louis: **Albanien**. Eine Landeskunde vornehmlich auf Grund eigener Reisen. Geogr. Abhandlungen, herausgegeben von A. Penck, 2. Reihe, Heft 3. 164 Seiten mit 8 Bildtafeln und 1 Karte. Verlag J. Engelhorns Nachf., Stuttgart 1927.

Das Buch verrät den gründlich geschulten Fachgeographen und ist besonders wertvoll, da wir über die landeskundliche Eigenart des jetzt politisch so bedeutsamen Albanien bislang nur dürftig orientiert waren. Der Verfasser gibt im ersten Hauptteil einen Überblick über Lage und Oberflächengestaltung, Klima, Pflanzenkleid und Tierwelt, Bevölkerung, Besiedlung und Wirtschaft (S. 4—61). Darauf folgt eine sorgfältig alle Einzelheiten berücksichtigende Darstellung der verschiedenen Landschaftsgebiete Albaniens: Niederalbanien, das albanische Epirus und seine Randlandschaften, das südliche Inneralbanien, das nördliche Inneralbanien (S. 62—153). Auf die politischen Probleme geht der Verfasser nur gelegentlich und ganz kurz ein, was entschieden zu bedauern ist. Andererereits aber bietet er mit seiner Studie ein gediegenes Fundament, das für eine geopolitische Behandlung Albaniens unentbehrlich ist. In diesem Sinne ist die Arbeit von Louis auch an dieser Stelle auf das lebhafteste zu begrüßen.

Xenophon Zolotas: **Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung**. 144 Seiten. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1926.

Nachdem der Verfasser kurz auf die allgemeine Industrialisierungstendenz der bisherigen Agrarländer hingewiesen hat, behandelt er im ersten Teil seiner Studie die geschichtliche Entwicklung der griechischen Volkswirtschaft seit der Türkenherrschaft und die Ansätze zu einer Industrialisierung vor dem Weltkriege. Der zweite Abschnitt ist einer eingehenden Untersuchung über die Vorbedingungen der industriellen Entwicklung in Griechenland gewidmet (Roh- und Betriebsstoffe, Verkehrsverhältnisse, Arbeiterfrage, Kapitalverhältnisse, Industriepolitik); den Naturgrundlagen wird hierbei nicht ganz dieselbe Aufmerksamkeit geschenkt wie den nationalökonomischen Problemen im engeren Sinne. Zolotas kommt zu dem Ergebnis, daß eine Industrialisierung Griechenlands durchaus möglich ist, wenngleich in bezug auf viele Rohstoffe und Halbfertigwaren eine Einfuhr vom Ausland nicht entbehrt werden kann. Der dritte Teil der Studie ist den einzelnen Industriezweigen gewidmet und zeigt, daß infolge Kapitalmangels und Fehlens genügend geschulter Arbeitskräfte die Industrialisierung Griechenlands doch nur sehr langsam vor sich geht. Die Wirtschaftszahlen leiden darunter, daß sie in Papierwert

angegeben sind und meist erst mit dem Jahr 1920 beginnen. Der Vergleich mit der Vorkriegszeit wird dadurch außerordentlich erschwert. Trotzdem ist die Untersuchung von Zolotas sicherlich verdienstvoll, da in deutscher Sprache kaum etwas Gleichwertiges vorliegt und unser Wissen von den wirtschaftlichen Verhältnissen Griechenlands entschieden einer Vertiefung bedarf.

Walter Mittelholzer — René Gouzy — Arnold Heim: Afrikaflug. Im Wasserflugzeug „Switzerland" von Zürich über den dunkeln Erdteil nach dem Kap der Guten Hoffnung. Mit einem Vorwort von Prof. Albert Heim. 235 Seiten mit 215 Abbildungen in Tiefdruck, 4 Textkarten und eine Übersichtskarte. Verlag Orell Füßli, Zürich—Leipzig 1927.

Das mit geradezu glänzenden Bildern überreich ausgestattete Reisebuch der kühnen Afrikaflieger bildet in gewisser Weise eine Ergänzung zu dem früher an dieser Stelle angezeigten Werk von Colin Ross „Die erwachende Sphinx". Beschäftigt sich Colin Ross vor allem mit politischen und soziologischen Problemen, so sind Mittelholzer und seine Genossen in erster Linie naturwissenschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen nachgegangen. Der Flug Mittelholzers, der von Zürich über Pisa—Neapel—Athen—Ägypten—Khartum—Victoria Njansa—Tanganjika—Njassa—Beira—Durban nach Kapstadt führte, hat uns mit vielen Landschaften vertraut gemacht, von denen wir bisher nur recht dürftige Kenntnisse besaßen; er hat darüber hinaus bewiesen, daß für die weitere Erforschung Afrikas das Wasserflugzeug sehr wesentliche Dienste zu leisten vermag. Der vorliegende Reisebericht erhebt nicht Anspruch darauf, als wissenschaftliche Leistung gewertet zu werden; er gibt in flotter, packender Darstellung eine Schilderung dessen, was die drei Flieger unterwegs geschaut und erlebt haben, ist ungemein fesselnd gehalten und erfreulicherweise gänzlich frei von übertriebenem Sportenthusiasmus. Der Schlußabschnitt „Geologischer Überblick" von Arnold Heim, an sich durchaus wissenschaftlich, schildert in großen Zügen das Werden der afrikanischen Landschaft derartig plastisch, daß es auch dem Laien nur ein Genuß sein kann, in diese Probleme eingeführt zu werden. Alles in allem ein Buch, das man mit innerer Anteilnahme von der ersten bis zur letzten Seite verfolgt und das einen starken Eindruck hinterläßt. Wir können dieses hervorragende Reisewerk unseren Lesern nur aufs wärmste empfehlen.

Union of South Africa: Official Year Book of the Union and of Basutoland, Bechuanaland Protectorate and Swaziland. No. 8—1925, covering the period 1910—1925. Pretoria: Government Printing and Stationery Office, 1927. XXX, 1130 p. with maps. Preis 5 sh.

Das Jahrbuch für die Südafrikanische Union wird von dem Union Office of Census and Statistics in Pretoria herausgegeben, und seine Grundlage bildet die Statistik; es unterscheidet sich aber insofern etwa von dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, als es durch ein sehr starkes Hervortreten des verbindenden und erläuternden Textes charakterisiert wird und den Kreis des behandelten Stoffes etwas weiter faßt. Auf diese Weise nähert sich sein Charakter dem einer Landeskunde, und im ganzen kann gesagt werden, daß diese Verbindung von statistischen Tabellen mit erklärendem Text und einzelnen selbständigen Artikeln recht glücklich erscheint. So werden u. a. kurze Darstellungen der geologischen Struktur des Landes, von Klima und Meteorologie, Fauna und Flora usw. gegeben; besonders hervorzuheben ist in der diesjährigen Ausgabe ein Beitrag von Prof. Johannes J. Smith von der Universität Stellenbosch über die Entwicklung und Anerkennung des Afrikaans. Wertvoll sind auch die Angaben über Verfassung, Regierung und Verwaltung des Landes, die u. a. eine Übersicht über die Gesetzgebung der Union seit ihrer Begründung (1910) enthalten. Der Eigenart des Landes entsprechend sind der landwirtschaftlichen Produktion, der Wasserwirtschaft, dem Minenwesen und den Eingeborenenfragen besondere Abschnitte gewidmet. Großes Interesse kann ferner das Kapitel über die herstellenden Industrien beanspruchen, das ein klares Bild von dem Fortschreiten der Industrialisierung Südafrikas gibt.

Ein näheres Eingehen auf Einzelheiten oder auch nur eine Aufzählung des Inhalts verbietet sich von selbst durch die außerordentliche Fülle

des gebotenen Stoffes. Auf jeden Fall stellt das Jahrbuch ein hervorragendes und unentbehrliches Nachschlagewerk dar, dessen Benutzung durch ein ausführliches Sachregister sehr erleichtert wird. Das Papier ist von vorzüglicher Qualität, der Druck ist klar, so daß der Preis von 5 sh sehr niedrig bemessen ist, zumal das Buch durch zahlreiche graphische Darstellungen und Kartenbeigaben bereichert ist. Bei den Wirtschaftskarten ist, soweit angängig, die absolute Methode der Darstellung durch Punkte gewählt. Als wichtig hervorzuheben sind weiter die vielfachen Hinweise auf Literatur und namentlich auf die zahlreichen amtlichen Veröffentlichungen. Alles in allem kann man dem ausgezeichneten Werk, das diesmal auch in einer Übersetzung in Afrikaans erschienen ist, nur die weiteste Verbreitung wünschen.

HERMANN LAUTENSACH

LITERATURBERICHT

Meyers Historisch-Geographischer Kalender 1928. Bibliographisches Institut Leipzig, 1927. Der 31. Jahrgang reiht sich seinem Vorgänger, der Z. f. G. 1926, S. 958, besprochen ist, würdig an die Seite. Die dort hervorgehobenen Vorzüge sind sämtlich erhalten, ja ihre Zahl ist durch die rührige Schriftleitung, die keine Anstrengung scheut, um immer wieder ein Belehrungs- und Anschauungsmittel ersten Ranges zu liefern, noch vermehrt worden: das Format der hervorragend schön wiedergegebenen Bilder ist im Durchschnitt vergrößert und die Gebiete, aus denen das Anschauungsmaterial stammt, sind noch erweitert worden. Im Vordergrund stehen sorgfältig erklärte Bilder aus Geographie und Geschichte, die größerenteils den Werken des Bibliographischen Instituts selbst entstammen und damit zugleich einen Überblick über die reiche literarische Erzeugung dieser hervorragenden deutschen Verlagsanstalt geben. Dadurch, daß er die genannten Stoffgebiete mit Vorzug betont, bietet der Kalender implizite dem geopolitisch Interessierten reiche Anregung und sei daher den Lesern dieser Zeitschrift bestens empfohlen.

Politischer Almanach 1927. Jahrbuch des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Organisation. 4. Jahrgang. Mit sachlicher Unterstützung von Behörden des Reiches, der Länder, der Städte und des Auslandes und vieler Verbände herausgegeben von M. Müller-Jabusch, Berlin und Leipzig 1927. K. F. Koehler. Mk. 25.—. Dieses mit gewaltigem Fleiß zusammengetragene Jahrbuch ergänzt das bekannte Gothaische Jahrbuch nach der persönlichen und verbandkundlichen Seite. Reichlich die Hälfte seines Gesamtumfangs von 620 Seiten widmet es dem Deutschen Reich (Reichsbehörden, Länderbehörden, desgl. Auslandsvertretungen, Reichsheer und -marine, Rechtspflege, Bildungs-, Bank-, Verkehrs- Gemeindewesen, Finanzen und Besoldung, Religionsgemeinschaften, politische und wirtschaftliche Organisation, Arbeitgeber- und -nehmerverbände). Es schließen sich sehr knappe entsprechende Angaben über das Ausland an, ein kurzer Abschnitt über die Organisation des Völkerbundes, ein sehr gründlicher über die deutsche Presse, ein biographischer Abschnitt über die Politiker der Welt, eine Chronik des Jahres 1926 und schließlich ein leider ebenfalls sehr kurz gefaßter statistischer Teil. Die erstaunliche Vielseitigkeit macht es selbstverständlich, daß auch der Geopolitiker das Jahrbuch mit Gewinn benutzen kann, aber bei dem Überwuchern des Persönlichen und Organisationskundlichen ist dieser Nutzen ein verhältnismäßig bescheidener. Häufig vermißt man bei Größenangaben das Jahr. So wird z. B. verschleiert, daß die Einwohnerzahlen der Vereinigten Staaten sich noch auf die Zählung vom 1. Januar 1920 beziehen.

OTTO MAULL:
LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Kühn, Franz: Argentinien. Handbuch zur physischen Landeskunde. 2 Bde. 1. Bd. Text 256 S. 2. Bd. (Bilder und Karten) 108 S. und 22 Tafeln. Breslau (Ferdinand Hirt). 1927. Geb. 42 M.

Unter den geographischen Büchern, die wir über Südamerika besitzen, nimmt diese „physische Landeskunde“, wie sie sich nennt, eine fast einzigartige Stellung ein. Daß Argentinien sich eines solchen Buches rühmen darf, hängt mit der starken Einwurzelung europäischer, besonders deutscher Wissenschaft in diesem Lande zusammen. Ein fünfzehn Jahre langer Aufenthalt, wie ihn die Verwaltung der Geographieprofessur an der Universidad Nacional del Litoral Parana mit sich brachte, hat es den Verfasser ermöglicht, auf achtzehn längeren und kürzeren Reisen fast ganz Argentinien kennenzulernen, dabei die Anden mehrfach zu überschreiten. Nur die nördlichen Grenzgebiete im Chaco und die inneren Teile des mittleren Patagonien sind seiner eigenen Anschauung fremd geblieben. Doch auch sie bilden in der Publikation bestimmt keine Lücke; dafür sind die Auskunftsmöglichkeiten bei so langer Anwesenheit im Lande viel zu reichlich. Auf solcher Erfahrung basierend, hat der Verfasser schon im Jahre 1922 seine „Fundamentos de Fisiografia Argentina“ vorzulegen vermocht. Dem rührigen Verlag Hirt ist es zu danken, daß jetzt mit einer deutschen Ausgabe jener Veröffentlichung eine sicher heute nicht besser zu fundierende physischgeographische Basis allen denen geboten wird, die sich für dieses wichtige südamerikanische Land interessieren. Es ist als Handbuch gedacht, systematisch angelegt und übermittelt nicht etwa die Ergebnisse der reichen Forschungen Kühns im einzelnen. Überall, besonders auch in den Kartenbeilagen und in den ausgezeichneten, mit einem guten Blick für das Charakteristische gesehenen Bildern erkennt man die Grundlage, die dem Verfasser aus seinen Forschungen zur Verfügung stand. So gibt es zunächst die Gliederung in die einzelnen Landschaften, richtet dabei aber sofort seinen Blick auf die morphogenetische Entwicklung. Der besondere Teil führt von der Besprechung der einzelnen tektonischen Elemente über die Orographie der Landesteile zur Betrachtung der Stromgebiete und der Meeresküste. Klima und Pflanzenwelt sind in sehr viel bescheidenerem Umfange behandelt. Sehr reiche Literaturangaben und ein langes Register erhöhen den handbuchartigen Charakter. Aber wenn auch die vom Verfasser gebrauchte Bezeichnung „Handbuch“ gewählt wird, so ist es drum kein einfaches Nachschlagewerk, sondern es bietet eine wohl ausgeglichene Synthese innerhalb der einzelnen physischgeographischen Teilgebiete. Die Exaktheit der Angaben, bei aller Knappheit der Konzeption ein gewisser Reichtum an Einzelmitteilungen ist der entschiedene Vorzug des Kühnschen Buches. Zu breiterer Schilderung reicht der Raum nicht; eindringliche Anschaulichkeit liegt auch dem Verfasser nicht so sehr. Da treten aber die Bilder in die Lücke, die einen Band für sich ausmachen. Die Karten unterstreichen die Gesamtübersicht oder unterstützen das Verständnis von Einzelfragen sehr.

Guenther, Konrad: Das Antlitz Brasiliens. Natur und Kultur eines Sonnenlandes. Sein Tier- und Pflanzenleben. Mit 71 Abb. auf 32 Tafeln und 40 Zeichnungen des Verfassers im Text. X und 359 S. Leipzig (R. Voigtländer) 1927. Geb. 14 M.

Ein ganz anderes Buch ist Guenthers Brasilien. Ihm liegt die Schilderung am Herzen; es will völlig anderes. Um aber zunächst den stärksten Einwand vorauszunehmen: Der Titel, vornehmlich der Obertitel samt dem ersten Untertitel, ist viel zu umfassend. Das ist nichr „das Antlitz Brasiliens!“ Sondern nur wesentliche Züge im Antlitz Brasiliens zeichnet der Verfasser. Der starke, alte Knochenbau und vieles von der Großformung im Antlitz Brasiliens wird gar nicht sichtbar, auch die zahlreichen Bilderbeigaben helfen dem Buch da nicht weiter. Denkt man aber nicht nur

an das Naturgesicht, sondern auch an das zweite, das die Kultur längst dem Lande gegeben hat, so sind auch da nur spärliche Züge zu erkennen. Was über den Brasilianer gesagt wird, ist zwar charakteristisch, aber ist doch nur so nebenhin erwähnt worden.

Das Buch in solcher Einschränkung gefaßt, muß dagegen durchaus als eine starke Erscheinung betrachtet werden. Mir ist kein zweites bekannt, das so eingehend und mit solcher Anschaulichkeit und darstellender Kraft die biologischen Verhältnisse des Landes, oft in ihren Beziehungen zur Kultur des Landes, gelegentlich geradezu als Kulturbedingungen schilderte. Als solches verlangt es seine unantastbare Stellung in der Literatur über Brasilien. Man braucht gar nicht dem Zoologen und Botaniker im einzelnen zu folgen, überall weiß der Verfasser formen- und farbenreiches Leben zu gestalten, das Brasilien als ein echtes Tropenland erscheinen läßt, gleichgültig ob er das Milieu des Mangrovewaldes und sein Tierleben schildert, die Lebensbedingungen des Urwaldes betrachtet, oder über die Lebensweise eines einzelnen Tieres spricht, oder die Lebensformen von Pflanzen, z. B. die Lianen beschreibt. Es schalten sich weiterhin Kapitel z. B. über die Schädlingsfrage bei den wichtigsten Kulturpflanzen ein, die besonders den Kolonialwirtschaftler und den tropischen Landwirt angehen, und das um so mehr, als der Verfasser auf dem Gebiete als Autorität gilt. Den Anstoß zu seiner Reise gab z. B. der Auftrag zur Bekämpfung eines Schädlings der Baumwollpflanzungen im Nordosten. In diesem Zusammenhang empfiehlt Guenther mit allem Nachdruck den Naturschutz für Brasilien. Das klingt für manchen, der das Land, in dem er ungebrochene Tropenkraft wähnt, etwas sonderbar; es ist aber wahr, es wird dort viel Naturgut zerstört, ohne daß ein vollwertiger Ersatz oder überhaupt ein solcher geschaffen wird. Freilich schützen sich auf lange Zeiten hinaus große Teile des Landes dank ihrer Riesenweite noch selbst. Eins ist aber sicher: viel größer ist die von der Kultur beeinflußte, auch die von ihr verwüstete Landschaft, als man gemeinhin glaubt. Prächtige Darlegungen rein biologischen Inhalts über die brasilianische Natur als Organismus, über das Mosaikbild der Farben, über die Blütenpracht und ihre Bedeutung, natürlich über Schlangen, folgen. Besonders anziehend sind auch die Kapitel über Bienen-, Wespen- und Ameisenstaaten. Das letzte Kapitel über den Brasilianer bietet ein paar, jedoch völlig unverarbeitete Eindrücke über die Menschen, und nicht mehr.

Stelzmann, Alexander: Mexiko. Kultur- und Wirtschaftskundliches. Mit 46 Abb. u. 3 Karten. 293 S. Lübeck, Berlin, Leipzig (Otto Quitzow) 1927.

Zu den Versuchen zusammenfassender Darstellung eines großen lateinamerikanischen Landes gehört auch Stelzmanns Mexiko. Es ist sehr viel in der letzten Zeit über Mexiko geschrieben worden, so daß es dem Buch nicht ganz leicht wird, sich eine Stellung in der Literatur über Mexiko zu erobern; man kann nicht sagen, daß diese Aufgabe zu voller Befriedigung von dem Verfasser gelöst worden sei. Sicher gibt er manches Eigene, was man anderwärts nicht findet, daneben kehrt aber in großer Breite Bekanntes wieder. Störend wirkt oft die sprunghafte Darstellung, das nicht selten Fragmentarische der Mitteilung. Daneben ist aber nicht zu verkennen, daß der kenntnisreiche Verfasser weite Gebiete des mexikanischen Lebens, namentlich im Bereich des Politischen, Wirtschaftlichen und Kulturlichen dem Leser nahezubringen vermag. Besonders eindringlich ist in drei Kapiteln das Deutschtum in Mexiko behandelt. Am ausgeglichensten erscheint das 2. Buch, das über die Seele des Mexikaners, d. h. Lebensauffassung und -art, Sitten und Gebräuche, handelt. Wenn es auch längst nicht alle Erwartungen erfüllt, so liefert sein Reichtum an Mitteilungen doch wichtige Bausteine zur Kunde von Mexiko.

Roß, Colin: Südamerika. Die aufsteigende Welt. Vierte Auflage. Mit 54 Abb. u. 2 Karten. 312 S. Leipzig (F. A. Brockhaus) 1927.

Eine vierte Auflage empfiehlt ein Buch an sich. Es hat den Geschmack der Leser getroffen. Das ist verständlich bei diesem. In ruhigem Flusse zieht sich die Darstellung hin. Sie hascht nicht nach Eindrücken, aber sie verwertet sie geschickt. Sie orientiert; sie streift überall die wichtigsten Probleme, ohne sie irgendwo zu erschöpfen. Knapp ist der Stil, formelhaft, aber

klar die Begriffsfassung. So weiß der Verfasser die einzelnen Länder nahezubringen, die er flüchtig durchreist hat: Argentinien, Chile, Bolivien, Uruguay, Brasilien. Natürlich sind es meist nur seeseitige Ansichten oder solche längs der großen internationalen Wege, die gewonnen werden: doch gelegentlich geht es auch tief in das Land hinein, so daß die Informationen selbst Einheimischen wertvoll sein können. Kolonisations- und Deutschtumsfragen kehren, z. T. in Verknüpfung miteinander, stets wieder; sie bildeten auch die wichtigste Triebfeder zur Reise des Verfassers. Auch wenn manches in einer zeitlichen Perspektive gesehen ist, die fünf Jahre zurückliegt, wird auch heute noch das Buch den vollkommen befriedigen, der eine ernste, aber leichte Lektüre liebt.

Hagemann, Walter: Zwischen La Plata und Hudson. Wanderungen durch Lateinamerika. 270 S. Berlin (Verlag der Germania) 1927. Brosch. 3.50 M., geb. 5 M.

Die Betrachtung des längst nicht genügend bekannten fundamentalen Gegensatzes zwischen Lateinamerika und Germanischamerika, im besonderen den Vereinigten Staaten von Amerika, bildete den Rahmen für die einzelnen gehaltvollen politisch- und wirtschaftshistorischen Skizzen aus dem Länderkreis zwischen La Plata und Hudson. Eine Analyse Brasiliens erkennt das aufstrebende Land in mancher Hinsicht als ein Erbe Dom Pedros. Bei Argentinien interessiert den Verfasser besonders Einwanderung und Wachstum. Mehr landschaftlich ist die Schilderung des amerikanischen Dachs der Welt. Lateinische Probleme, Fragen der Grundlagen und der Zukunftsaussichten Lateinamerikas bilden den Übergang zu der Analyse der nördlichen Ländergebiete, zu Panama und Westindien, besonders auch zu Mexiko, an dessen Beispiel der Freiheitskampf des Indio seine Darstellung findet. Eine Betrachtung nordamerikanischer Städte schließt diese Einzelskizzen ab, die volle Aufmerksamkeit verdienen.

Preisausschreiben der Marine-Rundschau.

Die Schriftleitung der Marine-Rundschau hat u. a. folgende unsere Leser interessierende Themen für eine bis zum 31. März 1928 einzuliefernde Preisarbeit zur Wahl gestellt: Kriegskunst und Staatskunst in ihren Beziehungen zueinander. — Die Schiffahrts- und Seemachtbedingungen der durch den Weltkrieg neu entstandenen Staaten. — Die Erdrosselung der deutschen Seegeltung durch den Versailler Vertrag. — Die Reichswehr als Grundlage der deutschen Staatsordnung. — Das französische Kolonialreich in Afrika, besonders unter Berücksichtigung des Nordens und seiner Bedeutung im Kriege. — In welchem Grade sind England, Japan, Italien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Rußland (oder ein einzelnes dieser Länder) durch Seekrieg und Wirtschaftskrieg verbundbar? — Wirtschaftskrieg und Neutralität, im Weltkriege und nach den Satzungen des Völkerbundes. — Vergleich der sozialpolitischen Bestrebungen in Deutschland, Rußland, Italien in ihrer Wirkung auf die staatliche Geschlossenheit. Die Bedingungen für die Teilnahme am Wettbewerb werden auf Wunsch von der Marine-Rundschau (Reichswehrministerium, Berlin W 10) kostenfrei übersandt.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig